



14020011710031

52_30860320



ARBITRAGEGERICHT DER STADT MOSKAU
Bolshaya Tuskaya Straße 17, Moskau 115191

BESCHLUSS

г. Moskau
29. Dezember 2021

Fall Nr. A40-158044/2020-52-1171

Der Tenor des Urteils wurde am 17. Dezember 2021 verkündet.
Das Urteil in seiner Gesamtheit wurde am 29. Dezember 2021 erlassen.

Moskauer Arbitragegericht, bestehend aus:

Der Vorsitzenden Richterin Galiyeva R.E.

Das Gerichtsprotokoll wurde von der Sekretärin der Gerichtssitzung, A.O. Nazipova, geführt.
nach gerichtlicher Prüfung der Rechtssache betreffend den Antrag

Der deutsche Staatsbürger Axel Niels Hartmann

gegen die Interessierten Parteien:

1. die 2. RHV Verwaltungs GmbH (Ludwig-Ekes-Platz 1, 55268 Nieder-Olm, BRD),
2. Eckes-Granini International GmbH (Ludwig-Eckes-Platz 1, 55268 Nieder-Olm, BRD),
3. Eckes-Granini Group GmbH (Ludwig-Eckes-Platz 1, 55268 Nieder-Olm, BRD),
4. Eckes AG (Ludwig-Eckes-Platz 1, 55268 Nieder-Alm, BRD),
5. T. H., Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland,
6. R. W., Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland,
7. W. A. F. G., Bürger der Bundesrepublik Deutschland,

Drittbeteiligte:

1. Dronow O.V.
2. Föderale Finanzaufsichtsbehörde (Rosfinmonitoring) für den Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung eines Ad-hoc-Schiedsspruchs in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.Y. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der Fassung des Schiedsspruchs vom 10.09.2019.

an der Gerichtsverhandlung nahmen teil:

Kläger: Axel Niels Hartmann, Staatsangehöriger der BRD, persönlich, Vertreter Babenko A.A. , Shtykov D.V. (mit Vollmacht Nr. 77 AG 7622403 vom 08.10.2021);

Von Interessierten Parteien (1-4): Vertreter Aitkulov T.D., Semushina O.V., Valentirova G.E., B.M. Lavrichenko (in Vertretung);

von der Interessierten Partei (5): Vertreter O.S. Kokoz. (mit Vollmacht vom 12.05.2021);

von der Interessierten Partei (6): Vertreter O.V. Kolotilov (mit Vollmacht vom

12.05.2021); von der Interessierten Partei (7): Vertreter Pokryshkin N.A. (mit Vollmacht vom 06.06.2019);
Von Dronov O.V. Vertreterin Galyuda E.Yu. (Vollmacht Nr. b/n vom 11.01.2021);
von Rosfinmonitoring – nicht erschienen, geladen.

ES WIRD FESTGESTELLT:

Axel Niels Hartmann hat sich an das Schiedsgericht der Moskauer Industrie- und Handelskammer gewandt mit einer gesamtschuldnerischen Klage gegen die Beklagten 1-7 in Höhe von 68.228.226 € nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten ab Klageerhebung, hilfsweise von den Beklagten 1-7 als Gesamtschuldner in Höhe von 68.228.226 Euro und Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten ab Klageerhebung zugunsten des Klägers und von UAB Axis & Co, UAB Axis Consulting oder UAB Gutta im Verhältnis zur Höhe des von ihnen erlittenen Schadens und sowie zur Erstattung der Prozesskosten.

Das Schiedsgericht (Ad-hoc-Schiedsgericht) bestehend aus den Schiedsrichtern M. Savransky (Vorsitz), Dr. J. Potten, M. Schwartz, hat am 21.05.2019 im Fall Nr. A-2016/50-AN, die Ansprüche von Axel Niels Hartmann in Höhe von 49.024.599,75 Euro; Zinsen in Höhe von 5 Prozent p.a. auf den Betrag von 49.024.599,75 Euro ab dem 13.07.2017 bis zur vollständigen Zahlung des Schadensersatzes; weitere Kosten für den Kläger in Höhe von 8.886,15 Euro, Kosten für Vertretungsgebühren in Höhe von 100.000 Euro, Kosten für Schiedsgerichtsgebühren in Höhe von 78.595,57 Euro zugesprochen.

Axel Niels Hartmann beantragte beim Moskauer Stadtarbitragegericht die Vollstreckung des Ad-hoc-Schiedsspruchs aus Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.J. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der von den Schiedsrichtern am 10.09.2019 korrigierten Fassung.

Ein Vertreter des Föderalen Finanzkontrolldienstes erschien nicht zur Gerichtsverhandlung; er wurde gemäß dem Korrespondenzverfolgebuch der Russischen Post, dem das Korrespondenzregister des Gerichts beigelegt war, über Zeit und Ort der Gerichtsverhandlung informiert; daher wurde der Antrag in seiner Abwesenheit auf der Grundlage von Artikel 156 der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation geprüft.

Der Kläger legte die Forderungen dar und erläuterte seinen Standpunkt zum Antrag.

Die Interessierten Parteien haben gegen den Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung des Schiedsspruchs im Ad-hoc-Schiedsverfahren in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.J. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der Fassung des Schiedsspruchs vom 10.09.2019 Einspruch erhoben.

Im Laufe des Verfahrens haben die Interessierten Parteien Anträge auf Aussetzung des Verfahrens und/oder Vertagung der Verhandlung gestellt, bis der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation über die Berufung gegen das Urteil des Moskauer Stadtarbitragegerichts vom 21.08.2020 in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 und gegen das Urteil des Moskauer Bezirksarbitragegerichts vom 05.11.2020 entscheidet, sowie bis das Oberlandesgericht Koblenz (Deutschland) über den Antrag der Beteiligten über die Rechtmäßigkeit des Ad-hoc Schiedsspruchs in der Sache A-2016/50-AH vom 21.05.2019 entscheidet und über die Vertagung der mündlichen Verhandlung aufgrund der von den Interessierten Parteien neu vorgelegten Beweise.

Der Kläger widersprach den Anträgen der Interessierten Parteien und wies darauf hin, dass der Oberste Gerichtshof die Beschwerden der Interessierten Parteien in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 zurückgewiesen habe. In Bezug auf die Vertagung bis zur Entscheidung vor dem Oberlandesgericht Koblenz (BRD) erklärte der Kläger, dass dieses Verfahren kein Hindernis für die Prüfung der vorliegenden Rechtssache sein könne.

In der mündlichen Verhandlung unterstützte der Drittbeteiligte den Standpunkt des Antragstellers, beantragte die Zurückweisung der Anträge [der Interessierten Parteien] und die Prüfung des Antrags.

Nach Prüfung des Vorbringens der Beteiligten, nach Anhörung der Einwände des Antragstellers und des Dritten und nach Würdigung der zur Begründung der Anträge vorgelegten Beweise gemäß Artikel 71 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation kam das Gericht

zu dem Schluss, dass die Anträge auf Aussetzung des Verfahrens und auf Vertagung der Verhandlung in der vorliegenden Rechtssache abgelehnt werden müssen.

In der Sache A40-264409/2019-68-1743 erließ das Moskauer Stadtarbitragegericht ein Urteil vom 21.08.2020, das durch das Urteil des Moskauer Bezirksarbitragegerichts vom 05.11.2020 bestätigt wurde, mit welchem die Anträge auf Aufhebung des Ad-hoc-Schiedsspruchs aus Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.Y. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der Fassung des Schiedsspruchs vom 10.09.2019, abgelehnt wurden. Mit Beschluss des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 25.02.2021 wurde der Antrag, die Kassationsbeschwerden zur Prüfung an den Rechtsausschuss für Wirtschaftsstreitigkeiten des Obersten Gerichts der Russischen Föderation zu überweisen, abgelehnt.

Mit Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 30.04.2021 wurde die Beschwerde gegen die Entscheidung des Richters des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 25.02.2021, die Übertragung der Kassationsbeschwerde an den Rechtsausschuss für Wirtschaftsstreitigkeiten des Obersten Gerichts der Russischen Föderation abzulehnen, zurückgewiesen.

Wie das Oberste Gericht der Russischen Föderation feststellte, wurden die Rechtsmittel der Interessierten Personen vom Obersten Gericht der Russischen Föderation nach dem gesetzlich festgelegten Verfahren geprüft; die Antragsteller hatten die in den Artikeln 291.1-291.15 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation vorgesehenen Mittel zur Anfechtung von Gerichtsakten der Arbitragegerichte, die in Rechtskraft erwachsen waren, vor dem Obersten Gericht der Russischen Föderation ausgeschöpft.

Mit Schreiben des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 16.11.2021 wurden die wiederholt eingelegten Rechtsmittel der Interessierten Parteien gegen die Gerichtsakte in der Rechtssache №A40-264409/2019-68-1743 mit dem Hinweis auf die Ausschöpfung der Mittel zur Anfechtung der Gerichtsakte zurückgewiesen.

Da der Beschluss des Moskauer Stadtarbitragegerichts vom 21.08.2020 zur Ablehnung der Aufhebung des Schiedsspruchs des Ad-hoc-Schiedsverfahren in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.Y. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der Fassung des Schiedsspruchs vom 10.09.2019 rechtskräftig geworden ist, kommt das Gericht zu dem Schluss, die Anträge der Interessierten Parteien auf Aussetzung des Verfahrens in der vorliegenden Rechtssache bis zur Rechtskraft der Rechtsakte des Obersten Gerichts der Russischen Föderation gegen die Entscheidungen des Moskauer Stadtarbitragegerichts vom 21.08.2020 und das Urteil des Moskauer Bezirksarbitragegerichts vom 05.11.2020 in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 abzulehnen.

Dem Antrag der Interessierten Parteien auf Vertagung der mündlichen Verhandlung bis zur Entscheidung des Oberlandesgerichts Koblenz (BRD) über die Rechtmäßigkeit der Ad-hoc-Entscheidung in der Sache A-2016/50-AN vom 21.05.2019 wird ebenfalls nicht stattgegeben.

Fragen der Vollstreckung oder Nichtvollstreckung eines Ad-hoc-Schiedsspruchs in anderen Gerichtsbarkeiten können kein Hindernis für das vorliegende Verfahren sein, da gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 6 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, New York, 1958 (im Folgenden "Übereinkommen") ein Schiedsspruch nur von der zuständigen Behörde des Landes, in dem er erlassen wurde, oder des Landes, dessen Recht er unterliegt, aufgehoben werden kann.

Die Fragen der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Vollstreckung des Ad-hoc-Schiedsspruchs in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019 in bestimmten Rechtsordnungen haben gemäß Art. 5 und Art. 6 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, New York, 1958, Art. 143, 144, 158 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation keinen Einfluss auf die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs in der Russischen Föderation, und das Bestehen anderer Rechtsstreitigkeiten in ausländischen Gerichtsbarkeiten ist kein Grund für die Aussetzung oder den Aufschub des vorliegenden Verfahrens.

In Anbetracht dessen hat das Gericht die Anträge der Interessierten Parteien auf Vertagung der Verhandlung und auf Aussetzung der Verhandlung bis zum Erlass des Urteils in einer anderen Rechtssache geprüft und abgewiesen, da die in den Anträgen der Beteiligten angeführten Gründe einer Verhandlung der Klage in der Sache nicht entgegenstehen.

Die Argumente der Interessierten Parteien, die Gerichtsverhandlung zu verschieben, um zusätzliche Beweise vorzulegen, da eine dritte Partei eine Erwiderung zu den Akten eingereicht hat, müssen ebenfalls zurückgewiesen werden. In Anbetracht der von den Parteien eingereichten Schriftsätze und Unterlagen sowie des Eingangs der vom Gericht angeforderten Unterlagen zum Schiedsverfahren und unter Berücksichtigung des zeitlichen Ablaufs des Rechtsstreits kommt das Gericht zu dem Schluss, dass keine Gründe für eine Verschiebung der Gerichtsverhandlung vorliegen. Die Beteiligten haben nicht nachgewiesen, dass die Anhörung beim derzeitigen Verfahrensstand und den in der Rechtssache eingegangenen Beweisen nicht durchgeführt werden kann. Außerdem berücksichtigt das Gericht, dass solche Anträge von den Betroffenen seit dem 19.10.2020 bei jeder Verhandlung in der vorliegenden Rechtssache gestellt wurden.

Die Interessierten Parteien beantragten außerdem die Einstellung des Verfahrens auf der Grundlage von Artikel 150 § 1 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation, da das Gericht unzuständig sei. So erklärten die Betroffenen, dass sie nicht in der Russischen Föderation ansässig seien; sie besäßen kein Eigentum in der Russischen Föderation; es gebe keine Vereinbarung zwischen den Interessierten Parteien einerseits und dem Kläger andererseits im Sinne von Art. 3 Art. 236 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation.

Gemäß Art. 236 Abs. 3 des Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation ist der Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs beim Arbitragegericht der Russischen Föderation einzureichen, das an der Anschrift oder dem Wohnort des Schuldners oder, wenn die Anschrift oder der Wohnort unbekannt ist, am Ort des Vermögens des Schuldners, der Partei des Schiedsverfahrens ist, zuständig ist. Ein Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs kann bei dem Arbitragegericht des Subjekts der Russischen Föderation, auf dessen Territorium der Schiedsspruch ergangen ist, oder bei dem Arbitragegericht des Subjekts der Russischen Föderation an der Anschrift der Partei des Arbitrageverfahrens, zu deren Gunsten der Schiedsspruch ergangen ist, gestellt werden, wenn die Parteien des Schiedsverfahrens zustimmen.

Es wird von den Beteiligten nicht bestritten, dass sich die Interessierten Parteien nicht im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation aufhalten.

Zur Begründung seines Antrags auf Erlass eines Vollstreckungstitels wies der Kläger darauf hin, dass die Interessierten Parteien in der Russischen Föderation über folgendes Vermögen verfügten. Die ECKES-GRANINI Group GmbH ist seit 2002 bis heute Inhaberin des in Russland registrierten Domainnamens ECKES-GRANINI.RU, was durch das notarielle Beweisaufnahmeprotokoll vom 17.03.2016 und die Bescheinigung von JSC RSIC (RU-CENTER, einem akkreditierten Registrar von Domainnamen in der Domain RU) vom 13.01.2021 und 12.10.2021 bestätigt wird.

Artikel 5 des Föderalen Gesetzes Nr. 149-FZ vom 27. Juli 2006 (revidiert am 02. Juli 2021) "Über Informationen, Informationstechnologie und den Schutz von Informationen" legt fest, dass Informationen Gegenstand öffentlicher, zivilrechtlicher und anderer Rechtsbeziehungen sein können und von jeder Person frei genutzt und von einer Person an eine andere weitergegeben werden können, es sei denn, föderale Gesetze schränken den Zugang zu Informationen ein oder legen andere Anforderungen an das Verfahren zu deren Bereitstellung oder Verteilung fest.

Der Domain-Name und das Recht auf seine Verwaltung seien nach Meinung des Antragstellers als ein Eigentumsrecht zu qualifizieren, das darin bestehe, dass derjenige, der den Domain-Namen registriert habe, eine Informationsquelle ins Internet stellen könne, auf die die Internetnutzer durch Eingabe bestimmter Zeichen, die den Domain-Namen bildeten, zugreifen könnten.

Wie der Kläger hervorhebt, ist die Eckes-Granini Group GmbH Inhaberin von internationalen Marken, die auf dem Gebiet der Russischen Föderation Schutzwirkung genießen. So fügte der Kläger dem Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels Auszüge aus der offiziellen

Website der Weltorganisation für geistiges Eigentum <https://www3.wipo.int/branddb/en/> (WIPO) über die Marken der Eckes-Granini Group GmbH bei, darunter die Nr. 652698 (granini) und 820878 (гранини). Die Übersetzung der genannten Auszüge wurde notariell beglaubigt. Den Auszügen zufolge sind diese Marken auf dem Gebiet der Russischen Föderation (die Auszüge tragen die Angabe "RU" in Abschnitt 834) zum Datum des Antrags auf Erlass des Vollstreckungstitels geschützt, was die Erfüllung der Anforderungen von Teil 3 Artikel 236 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation belegt.

Zur Begründung des Aussetzungsantrags wiesen die Interessierten Parteien darauf hin, dass alle internationalen Marken gemäß dem Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (Madrid, 14. April 1891) und dem Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (Madrid, 27. Juni 1989) im Register des Internationalen Büros der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) eingetragen sind. Das Internationale Büro der WIPO hat seinen Sitz in Genf, Schweiz. Der Ort der Basisregistrierung (d.h. der Registrierung, die der internationalen Registrierung vorausgeht) der Marken "Granini" und "Granini" ist Deutschland. Keine der internationalen Marken ist im staatlichen Register für Marken und Dienstleistungsmarken der Russischen Föderation eingetragen.

Folglich könnte nach Ansicht der Interessierten Parteien der Sitz der Internationalen Marken, auch für die Klärung der Frage der gerichtlichen Zuständigkeit, im Hoheitsgebiet Deutschlands oder auch in der Schweiz liegen.

Die Interessierten Parteien legten schriftliche Erklärungen vor, aus denen hervorging, dass der Domänenname keinem der in Art. 128 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation aufgeführten Rechtsgüter zugeordnet werden kann. Der Domain-Name ECKES-GRANINI.RU wird nicht im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit der betreffenden Person verwendet, insbesondere gibt es keine Website im Internet, die den oben genannten Domain-Namen verwendet. Außerdem ist es, wie in dem von RSIC vorgelegten Schreiben ausgeführt, "nicht möglich, die Frage nach dem Standort des Domänennamens ECKES-GRANINI.RU genau zu beantworten. Außerdem ist es unwahrscheinlich, dass sich der Domänenname ECKES-GRANINI.RU auf dem Gebiet von Moskau befindet".

Der Domainname ist eine symbolische Bezeichnung, die dazu dient, Websites im Internet zu adressieren, um den Zugang zu Informationen im Internet zu ermöglichen (Artikel 15, Artikel 2, Gesetz Nr. 149-FZ vom 27.07.2006 "Über Information, Informationstechnologie und Informationsschutz"). Mit anderen Worten, es handelt sich um die Adresse im Internet, die in der Adressleiste angegeben ist.

Die Verwendung eines Domänennamens kann an sich nicht zu Einnahmen führen, da jede natürliche oder juristische Person eine unbegrenzte Anzahl von Domänennamen registrieren lassen kann. Für den Besitz eines Domänennamens fallen wiederum Kosten für die Zahlung des Domänennamens an die Registrierungsstelle für Domänennamen an.

Aus den Erklärungen der Interessierten Parteien geht hervor, dass der Domänenname ECKES-GRANINI.RU von den Interessierten Parteien nicht verwendet wird.

Die Vertreter der Interessierten Parteien legten einen Auszug aus der offiziellen Website der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Bezug auf die genannten Marken vor, dessen Übersetzung notariell beglaubigt wurde und der das Datum des Ausdrucks 06.10.2021 trägt; hieraus ergibt sich, dass in Bezug auf die genannten Marken die Angabe "RU" in Abschnitt 834 fehlt, wodurch diese Marken nach Ansicht der Beteiligten ab dem genannten Datum in der Russischen Föderation nicht geschützt sind.

Zur Klärung des Sachverhalts legte der Kläger Auszüge von der offiziellen Website der Weltorganisation für geistiges Eigentum vor, aus denen hervorgeht, dass die Angabe "RU" in Abschnitt 834 am 25.02.2021 entfernt wurde, während der rechtliche Schutz der genannten internationalen Marken, auch in anderen Rechtsordnungen, erhalten blieb. Diese Informationen werden durch Auszüge ab dem 12.10.2021 mit beglaubigten Übersetzungen bestätigt.

Nach Prüfung der Anträge der Interessierten Parteien auf Einstellung des Verfahrens kam das Gericht zu folgenden Ergebnissen.

Gemäß Teil 3, Artikel 236 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation ist ein Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs bei einem Arbitragegericht der Russischen Föderation einzureichen, das an der Anschrift oder dem Wohnsitz des Schuldners oder, wenn seine Anschrift oder sein Wohnsitz unbekannt ist, am Ort des Vermögens des Schuldners - der Partei des Schiedsverfahrens - zuständig ist. Ein Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs kann bei dem Arbitragegericht des Subjekts der Russischen Föderation, auf dessen Territorium der Schiedsspruch ergangen ist, oder bei dem Arbitragegericht des Subjekts der Russischen Föderation an der Anschrift der Partei des Arbitrageverfahrens, zu deren Gunsten der Schiedsspruch ergangen ist, gestellt werden, wenn die Parteien des Schiedsverfahrens zustimmen.

Gemäß Art. 38 Abs. 9 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation ist ein Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung von Schiedssprüchen und internationalen Handelsschiedssprüchen, die in der Russischen Föderation ergangen sind, sowie ein Antrag auf Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile und ausländischer Schiedssprüche beim Arbitragegericht der Russischen Föderation unter der Anschrift oder dem Wohnsitz des Schuldners oder, wenn dessen Anschrift oder Wohnsitz nicht bekannt ist, an dem Ort zu stellen, an dem sich Vermögen des Schuldners befindet. Im Einvernehmen mit den Parteien des Schiedsverfahrens kann der Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs beim Arbitragegericht des Subjekts der Russischen Föderation, auf dessen Territorium der Schiedsspruch ergangen ist, oder beim Arbitragegericht des Subjekts der Russischen Föderation an der Adresse oder am Wohnort der Partei des Schiedsverfahrens, zu deren Gunsten der Schiedsspruch ergangen ist, eingereicht werden.

Die Zuständigkeit der Arbitragegerichte in der Russischen Föderation für die Verhandlung von Fällen, an denen ausländische Personen beteiligt sind, und die Besonderheiten der Behandlung solcher Fälle sind in Abschnitt V "Verfahren in Fällen, an denen ausländische Personen beteiligt sind" der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation geregelt.

Gemäß Artikel 247 Teil 1 Absatz 1 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation verhandeln die Arbitragegerichte der Russischen Föderation über wirtschaftliche Streitigkeiten und andere Streitigkeiten im Zusammenhang mit unternehmerischen und anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten, an denen ausländische Organisationen, internationale Organisationen, ausländische Staatsangehörige und staatenlose Personen, die eine unternehmerische oder andere wirtschaftliche Tätigkeit ausüben (im Folgenden "ausländische Personen"), beteiligt sind, wenn der Beklagte in der Russischen Föderation ansässig ist oder dort wohnt.

Gemäß den Erläuterungen in Absatz 3 des Beschlusses Nr. 23 des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 27. Juni 2017 "Über die Prüfung von Fällen wirtschaftlicher Streitigkeiten, die sich aus Beziehungen ergeben, die durch ein ausländisches Element erschwert werden, durch die Arbitragegerichte" sollen die Arbitragegerichte der Russischen Föderation bei der Klärung der Frage der Zuständigkeit für wirtschaftliche Streitigkeiten, die durch ein ausländisches Element erschwert werden, den allgemeinen Regeln des Artikels 247 der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation folgen.

Die Arbitragegerichte der Russischen Föderation sind jedoch für wirtschaftliche Streitigkeiten und andere Fälle im Zusammenhang mit unternehmerischen und anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zuständig, an denen ausländische Organisationen beteiligt sind, wenn sich die Streitigkeit aus einem Vertrag ergibt, dessen Erfüllung in der Russischen Föderation erfolgen muss oder erfolgt ist (Artikel 247.1.3 der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation), und wenn das streitige Rechtsverhältnis eng mit dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation verbunden ist.

Gemäß Ziffer 15 des Beschlusses des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 27.06.2017 Nr. 23 "Über die Behandlung von Fällen wirtschaftlicher Streitigkeiten, die sich aus Beziehungen ergeben, die durch ein ausländisches Element kompliziert sind, durch Arbitragegerichte" in Übereinstimmung mit Ziffer 10 des Teils 1 des Artikels 247 der Arbitrageprozessordnung hat das Arbitragegericht in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung der

Gesamtheit der Umstände des Falles die enge Verbindung zwischen dem streitigen Rechtsverhältnis und dem Territorium der Russischen Föderation festzustellen.

Eine enge Verbindung zwischen dem streitigen Rechtsverhältnis und dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation kann unter anderem dadurch nachgewiesen werden, dass das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation der Ort ist, an dem ein wesentlicher Teil der Verpflichtungen aus den Beziehungen der Parteien zu erfüllen ist, dass der Streitgegenstand den engsten Bezug zum Hoheitsgebiet der Russischen Föderation aufweist, dass sich die wichtigsten Beweismittel in der Russischen Föderation befinden, dass auf den Vertrag das Recht der Russischen Föderation anwendbar ist, dass die Gesellschaft, welche Organfunktionen einer ausländischen Gesellschaft ausübt, in der Russischen Föderation registriert ist, dass die Website mit dem streitigen Domain-Namen (mit Ausnahme von Domain-Namen in der russischen Domain-Zone) sich in erster Linie an das russische Publikum richtet oder dass die kommerziellen Aktivitäten sich an Personen innerhalb der Gerichtsbarkeit der Russischen Föderation richten.

Alle strittigen Verträge waren in der Russischen Föderation geschlossen und ausgeführt worden, wie sich aus der Ad-hoc-Entscheidung unmittelbar ergibt. Am 05.03.2007 wurde zwischen der Eckes-Granini Rus LLC, der Eckes-Granini Russland Holding GmbH (vormaliger Name der Antragstellerin zu 1), der GUTTA LLC, der Axis Consulting LLC, der Axis&Co CJSC und Herrn Hartmann A.N. eine Vereinbarung über die Beilegung gegenseitiger Ansprüche geschlossen.

Gemäß Klausel 11.6 der Vereinbarung über gegenseitige Ansprüche vom 05.03.2017 werden alle Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrag ergeben oder seine Verletzung, Beendigung oder Ungültigkeit betreffen, von einem Schiedsgericht, bestehend aus 3 (drei) Schiedsrichtern, gemäß der Schiedsgerichtsordnung der Industrie- und Handelskammer Moskau endgültig entschieden. Die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte ist ausgeschlossen. Der Ort des Schiedsverfahrens ist Moskau. Die Sprache des schiedsrichterlichen Verfahrens ist Deutsch.

Die Parteien haben die im Rahmen der besagten Schiedsklausel zu regelnden Fragen in der Vereinbarung nicht eingeschränkt. Entgegen dem Vorbringen der Antragstellerinnen ergibt sich aus dem Inhalt der Vereinbarung nicht, dass sie nur für den vergangenen Zeitraum gelte, da mehrere Bestimmungen der Vereinbarung Bedingungen für die künftigen Rechtsbeziehungen der Parteien enthielten, wie die Abschnitte 2 und 6 der Vereinbarung.

Darüber hinaus hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation in Ziffer 21 des Beschlusses des Plenums vom 10.12.2019 Nr. 53 "Über die Wahrnehmung von Erleichterungs- und Kontrollfunktionen durch die Gerichte der Russischen Föderation in Bezug auf Schiedsverfahren, internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit" klargestellt, dass eine Schiedsvereinbarung, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben, für alle Geschäfte gilt, die auf die Erfüllung, Änderung oder Beendigung des in der Schiedsvereinbarung genannten Vertrages gerichtet sind, sowie für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit seinem Abschluss, Inkrafttreten, seiner Änderung, Beendigung oder Auflösung. Sofern sich aus dem Wortlaut der Schiedsvereinbarung nichts anderes ergibt, erstreckt sich ihre Wirkung auch auf Ansprüche aus außervertraglichem Schadenersatz, Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung und sonstige Ansprüche, wenn diese Ansprüche mit dem Vertrag zusammenhängen, in Bezug auf den die Schiedsvereinbarung geschlossen wurde (Artikel 7 Absätze 9 und 11 des Gesetzes über die Schiedsgerichtsbarkeit, Artikel 7 Absätze 10 und 12 des Gesetzes über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit).

Damit Fragen vom Anwendungsbereich der Schiedsklausel ausgenommen werden können, müssen sie in der Klausel ausdrücklich genannt werden, was in der fraglichen Vereinbarung nicht der Fall ist.

Darüber hinaus hat der Kläger einen Auszug aus der offiziellen Website der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), dessen Übersetzung notariell beglaubigt ist, für die internationale Marke Nr. 1177186 - "LAMBADA" vorgelegt, deren Rechtsinhaber die Interessierte Partei 3 - Eckes-Granini Group GmbH - ist. Das ausschließliche Recht der Interessierten Partei 3 an der genannten Marke ist bis zum 27.06.2023 gültig. Gemäß der Eintragung "RU" in Abschnitt "834" des Auszugs aus dem internationalen Register der WIPO ist die Russische Föderation eines der Länder, in denen die Marke Nr. 1177186 - "LAMBADA" rechtlich geschützt ist.

Die Tatsache des Rechtsschutzes auf dem Territorium der Russischen Föderation für das Warenzeichen Nr. 1177186 - "LAMBADA" ergibt sich aus dem Inhalt des Antrags Nr. 4/2021 vom 14.12.2021, der in dieser Sache von den Beteiligten Nr. 1 bis 4 eingereicht wurde.

Die Argumente, die die Interessierten Parteien zur Stützung ihrer Einwände gegen die Behauptungen des Antragstellers vorgebracht haben, es gebe keine internationalen Marken, die mit den Interessierten Parteien 1 bis 4 in Verbindung gebracht würden, denen auf dem Gebiet der Russischen Föderation Rechtsschutz gewährt würde und zu denen die Sektion "834" des Auszugs aus dem Internationalen Register der WIPO solche Informationen enthalte, werden durch die in der Rechtssache vorgelegten Beweise widerlegt.

Nach Prüfung der Diskrepanzen in den oben genannten Auszügen kommt das Gericht zu dem Schluss, dass die Löschung der Marke "RU" in Bezug auf die genannten internationalen Marken, falls sie tatsächlich nach dem Antrag des Antragstellers auf Erlass eines Vollstreckungstitels (31.08.2020) erfolgte, kein Grund für die Beendigung des Verfahrens in der vorliegenden Rechtssache auf der Grundlage von § 150 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation ist.

Das Gericht berücksichtigte auch den gesamtschuldnerischen Charakter der Forderungen und die Zugehörigkeit (Zugehörigkeit zu derselben Personengruppe) der betroffenen Personen, wie in dem Ad-hoc Schiedsspruch und der Entscheidung des Moskauer Stadtarbitragegerichts in der Sache A40-264409/19-68-1743 festgestellt wurde.

Artikel 10 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verbietet die Ausübung der bürgerlichen Rechte allein in der Absicht, einer anderen Person Schaden zuzufügen, die Umgehung des Gesetzes mit rechtswidrigem Ziel und jede andere wissentlich unbewusste Ausübung der bürgerlichen Rechte (Rechtsmissbrauch).

Auf der Grundlage der Gesamtheit der oben dargelegten Umstände, der Erklärungen des Antragstellers und unter Berücksichtigung der Einwände der Interessierten Parteien gegen die Prüfung des Antrags durch das Arbitragegericht der Stadt Moskau ist das Gericht der Auffassung, dass der Antrag der Interessierten Parteien auf der Grundlage von Artikel 150 § 1 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation nicht gewährt werden.

Das Gericht ist der Ansicht, dass die Einstellung des Verfahrens bei Vorliegen von Erkenntnissen über Vermögenswerte dem Kläger das Recht auf gerichtlichen Schutz in der Russischen Föderation nehmen würde.

Nach Prüfung des Antrags auf Erteilung eines Vollstreckungstitels für den Ad-hoc-Schiedsspruch aus Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.J. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der von den Schiedsrichtern korrigierten Fassung vom 10.09.2019, ist das Gericht der Auffassung, dass diesem Antrag aus folgenden Gründen stattgegeben wird.

Aus den Akten geht hervor, dass am 21.05.2019 in einem Ad-hoc-Schiedsverfahren in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN über die Klage von Axel Hartmann gegen die Beklagten R. W., Bürger der Bundesrepublik Deutschland, W. A. F. G., T. H., Bürger der Bundesrepublik Deutschland, Firma 2. RHV Verwaltungs GmbH, Eckes-Granini International GmbH, Eckes-Granini Group GmbH, Eckes AG, ein Schiedsspruch zur teilweisen Befriedigung der Ansprüche zugunsten von Axel Hartmann von den Beklagten als Gesamtschuldner Schadensersatz in Höhe von 49.024.599,75 €, Zinsen in Höhe von 5 % p.a. in Höhe von 49.024.599,75 € ab dem 13.04.04.2017 und bis zur Zahlung des vollen Betrages, weiterer Kosten des Klägers für das Schiedsverfahren in Höhe von 8.886,15 EUR, Kosten der Verfahrensvertretung des Klägers in Höhe von 100.000 EUR, Kosten der Schiedsgebühr in Höhe von 78.595,57 EUR ergangen ist, im Übrigen wurde die Klage abgewiesen.

Am 10.09.2019 haben die Schiedsrichter eine Entscheidung erlassen, um Tippfehler und andere technische Fehler in der Entscheidung zu korrigieren.

Aus dem Schiedsspruch geht hervor, dass der Rechtsstreit auf der Grundlage einer am 05.03.2007 zwischen der OOO Eckes-Granini Rus, der Eckes-Granini Russland Holding GmbH (vormaliger Name der 2. RHV GmbH), der OOO GUTTA, der OOO Axis Consulting, der ZAO AXIS&CO und Herrn Hartmann A.N. geschlossenen Vereinbarung über die Regelung gegenseitiger

Ansprüche entschieden wurde. Die Vertragsparteien legten die Zuständigkeit des Schiedsgerichts und die Behandlung von Streitigkeiten nach ihrer vereinbarten Verfahrensordnung fest.

Aus den Akten geht hervor, dass die Interessierten Parteien schriftliche Erklärungen sowie Erwidierungen auf den Antrag auf Erlass eines Vollstreckungstitels eingereicht haben.

In seiner Erwidierung auf die Antragschrift führt T. H. die folgenden Argumente an:

- die Weigerung, den Schiedsspruch in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 aufzuheben, hindert das Gericht nicht daran, die Vollstreckung des Urteils zu verweigern;

- Die Schiedsklausel gilt nicht für Beklagte, die die Vereinbarung nicht unterzeichnet haben;

- Die Tatsache, dass die Vereinbarung im Namen der Eckes-Granini Rus LLC unterzeichnet worden sei, könne dem Kläger nicht als Grund für die Ausdehnung der Schiedsklausel auf ihn angelastet werden;

- eine Schiedsklausel gilt nur für die Parteien eines Schuldverhältnisses und kann nicht durch eine indirekte Bezugnahme im Text auf einen Dritten (Nicht-Partei) ausgedehnt werden;

- die Schiedsklausel in der Vereinbarung darf sich nicht auf Dritte durch deren Beteiligung an anderen, älteren Ereignissen erstrecken;

- ein Verfahren gegen die nicht unterzeichnenden Beklagten in einem MTPP [*Anm: Moskauer Industrie- und Handelskammer*]-Schiedsverfahren würde in jedem Fall gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstoßen, was das Recht eines jeden auf Rechtsschutz betrifft;

- Die Schiedsklausel ist sowohl nach russischem als auch nach deutschem Recht null und nichtig;

- die Schadensersatzforderung (im Wesentlichen die subsidiäre Haftung der beherrschenden Person) ist vom Gegenstand der Vereinbarung, die die Schiedsklausel enthält, nicht erfasst;

- die Schiedsklausel ist eng gefasst und kann sich nicht auf deliktische Ansprüche erstrecken;

- das Verfahren gegen die Beklagten im Rahmen des MTPP-Schiedsverfahrens in Ermangelung einer Schiedsvereinbarung gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstößt, die das Recht eines jeden auf ein Gericht vorsieht;

- Die Entscheidung verstößt gegen die öffentliche Ordnung (Grundsatz der entgegenstehenden Rechtskraft), da die Forderung, die Beklagten stellvertretend für den Konkurs haftbar zu machen, bereits vom Arbitragegericht der Region Kirow geprüft und abgewiesen wurde (Nr. A28-8586/2012);

- das Ignorieren der Feststellungen des russischen Gerichts im Schiedsspruch gegen die russische öffentliche Ordnung verstößt (russische Gerichte hatten bereits ähnliche Sachverhalte beurteilt, die bei der Prüfung des Anspruchs durch das Schiedsgericht aufgrund des Grundsatzes der Bindungswirkung eines rechtskräftig gewordenen Gerichtsakts nicht ignoriert werden konnten. Folglich verstieß der Schiedsspruch gegen den Grundsatz der Bindungswirkung eines rechtskräftig gewordenen Gerichtsakts, der Teil der öffentlichen Ordnung der Russischen Föderation war und nicht vollstreckt werden konnte);

- Die Entscheidung verstößt gegen die öffentliche Ordnung, weil sie gegen den Grundsatz des Schutzes der Rechte Dritter, einschließlich der Konkursgläubiger der GUTTA LLC, verstößt;

- Wenn das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31.10.2017 nicht weitergeführt hat, verstößt der Schiedsspruch gegen Art. Artikel 225.1 § 2 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation und Artikel 36 § 2 (2) des MTPP-Gesetzes [*Anm: Gesetz über die Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit*], da die in der Entscheidung untersuchte gesellschaftsrechtliche Streitigkeit nicht Gegenstand eines Ad-hoc-Schiedsverfahrens gewesen sein kann;

- Die Ad-hoc-Behandlung einer gesellschaftsrechtlichen Streitigkeit ist unzulässig;

- es gab keine Zustimmung der Beklagten zu einem Ad-hoc-Schiedsverfahren;

- Wenn das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31. Oktober 2017 weitergeführt hat, kann der Schiedsspruch wegen eines Verstoßes gegen das Schiedsverfahrensrecht nicht vollstreckt werden (Artikel 44 (20) des Schiedsverfahrensgesetzes).

T. Hs schriftliche Stellungnahme, wurde weiter dargelegt:

- die Beteiligung am StamMTPPital der Samy Sok! Ltd. ist nicht russisches Eigentum von R. W.;
 - Die unbewiesenen Behauptungen Brazhnikovs über die Überweisung von 9.000.000 Rubel an W. im Jahr 2009 können die Zuständigkeit des russischen Gerichts für die Prüfung des Antrags auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids nicht begründen;
 - die internationalen Marken "Granini", "Granini" und "Pago" sind nicht russisches Eigentum der Beklagten;
 - der Domänenname ECKES-GRANINI.RU ist kein russisches Eigentum der Interessierten Partei 3;
 - Die Verfahren gegen A.F. G., T. H. und die Beteiligten 1, 2 und 4 sind einzustellen, da Hartmann nicht erklärt, dass sie Vermögen in der Russischen Föderation haben;
 - ein Vollstreckungsantrag nicht an der letzten bekannten Anschrift von R. W. gestellt werden kann;
 - der Antrag der Beklagten auf Nichtigerklärung vor den russischen Gerichten keine Zuständigkeit der russischen Gerichte für die Vollstreckung des Urteils aufgrund einer ausdrücklichen Rechtsnorm begründet;
 - Die Argumente Hartmanns zur erfolgreichen Vollstreckung des Urteils im Ausland sind unzutreffend, und das Verfahren muss im Hinblick auf die Verhandlung des Falles in Deutschland eingestellt werden.
- In seiner Antwort auf die Antragschrift führt R. W. die folgenden Argumente an:
- die Weigerung, den Schiedsspruch in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 aufzuheben, hindert das Gericht nicht daran, die Vollstreckung des Urteils zu verweigern;
 - der Schiedsspruch ist nicht vollstreckbar, weil er gegen Personen ergangen ist, die nicht an der Schiedsklausel beteiligt sind und die die Zuständigkeit des MTPP-Schiedsverfahrens angefochten haben (Artikel 36 (1) (6) des MTPP-Gesetzes);
 - Die Schiedsklausel gilt nicht für die Beklagten, die die Vereinbarung nicht unterzeichnet haben;
 - Die Tatsache, dass die Vereinbarung im Namen der Eckes-Granini Rus LLC unterzeichnet worden sei, könne dem Kläger nicht als Grund für die Ausdehnung der Schiedsklausel auf ihn angelastet werden;
 - eine Schiedsklausel gilt nur für die Parteien eines Schuldverhältnisses und kann nicht durch eine indirekte Bezugnahme im Text auf einen Dritten (Nicht-Partei) ausgedehnt werden;
 - die Schiedsklausel in der Vereinbarung darf sich nicht auf Dritte durch deren Beteiligung an anderen, älteren Ereignissen erstrecken;
 - ein Verfahren gegen die nicht unterzeichnenden Beklagten in einem MTPP-Schiedsverfahren würde in jedem Fall gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstoßen, was das Recht eines jeden auf Rechtsschutz betrifft;
 - Die Schiedsklausel ist sowohl nach russischem als auch nach deutschem Recht null und nichtig;
 - die Schadensersatzforderung (im Wesentlichen die subsidiäre Haftung der beherrschenden Person) ist vom Gegenstand der Vereinbarung, die die Schiedsklausel enthält, nicht erfasst;
 - die Schiedsklausel ist eng gefasst und kann sich nicht auf deliktische Ansprüche erstrecken;
 - das Verfahren gegen die Beklagten im Rahmen des MTPP-Schiedsverfahrens in Ermangelung einer Schiedsvereinbarung gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstößt, die das Recht eines jeden auf ein Gericht vorsieht;
 - Die Entscheidung verstößt gegen die öffentliche Ordnung (den Grundsatz der entgegenstehenden Rechtskraft), da die Forderung, die Beklagten stellvertretend für den Konkurs haftbar zu machen, bereits vom Arbitragegericht der Region Kirow geprüft und abgewiesen wurde (Nr. A28-8586/2012);
 - das Ignorieren der Feststellungen des russischen Gerichts im Schiedsspruch gegen die russische öffentliche Ordnung verstößt (russische Gerichte hatten bereits ähnliche Sachverhalte beurteilt, die bei der Prüfung des Anspruchs durch das Schiedsgericht aufgrund des Grundsatzes der Bindungswirkung eines rechtskräftig gewordenen Gerichtsakts nicht ignoriert werden konnten.

Folglich verstieß der Schiedsspruch gegen den Grundsatz der Bindungswirkung eines rechtskräftig gewordenen Gerichtsakts, der Teil der öffentlichen Ordnung der Russischen Föderation war und nicht vollstreckt werden konnte);

- Die Entscheidung verstößt gegen die öffentliche Ordnung, weil sie gegen den Grundsatz des Schutzes der Rechte Dritter, einschließlich der Konkursgläubiger der GUTTA LLC, verstößt;

- Wenn das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31.10.2017 nicht weitergeführt hat, verstößt der Schiedsspruch gegen Art. Artikel 225.1 § 2 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation und Artikel 36 § 2 (2) des MTPP-Gesetzes, da die in der Entscheidung untersuchte gesellschaftsrechtliche Streitigkeit nicht Gegenstand eines Ad-hoc-Schiedsverfahrens gewesen sein kann;

- Die Ad-hoc-Behandlung einer gesellschaftsrechtlichen Streitigkeit ist unzulässig;

- es gab keine Zustimmung der Beklagten zu einem Ad-hoc-Schiedsverfahren;

- Wenn das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31. Oktober 2017 weitergeführt hat, kann der Schiedsspruch wegen eines Verstoßes gegen das Schiedsverfahrensrecht nicht vollstreckt werden (Artikel 44 Absatz 20 des Schiedsverfahrensgesetzes).

Die schriftliche Stellungnahme von R. W., wird durch folgende Erläuterungen ergänzt:

- die Beteiligung am StamMTPPital der Samy Sok! Ltd. ist nicht russisches Eigentum von R. W.;

- Die unbewiesenen Behauptungen Brazhnikovs über die Überweisung von 9.000.000 Rubel an W. im Jahr 2009 können die Zuständigkeit des russischen Gerichts für die Prüfung des Antrags auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids nicht begründen;

- die internationalen Marken "Granini", "Granini" und "Pago" sind nicht russisches Eigentum der Beklagten;

- der Domänenname ECKES-GRANINI.RU ist kein russisches Eigentum der Interessierten Partei 3;

- Die Verfahren gegen A.F. G., T. H. und die Beteiligten 1, 2 und 4 sind einzustellen, da Hartmann nicht behauptet hat, dass sie über Vermögen in der Russischen Föderation verfügen;

- der Vollstreckungsantrag nicht an der letzten bekannten Anschrift von R. W. eingereicht werden kann;

- der Antrag der Beklagten auf Nichtigerklärung vor den russischen Gerichten begründet keine Zuständigkeit der russischen Gerichte für die Vollstreckung des Urteils aufgrund einer ausdrücklichen Rechtsnorm;

- Die Argumente Hartmanns zur erfolgreichen Vollstreckung des Urteils im Ausland sind unzutreffend, und das Verfahren muss im Hinblick auf die Verhandlung des Falles in Deutschland eingestellt werden.

Schriftliche Stellungnahme der Interessierten Parteien 1 - 4, wie in den Erläuterungen gemäß Artikel 81 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation dargelegt:

- der Domänenname ECKES-GRANINI.RU ist kein russisches Eigentum der Interessierten Partei 3, in welches die Zwangsvollstreckung betrieben werden kann;

- die Beteiligung am Stammkapital der Samy Sok! Ltd. ist nicht russisches Eigentum von R. W.;

- Die Transaktion zur Veräußerung der Marke "Samy Sok!" der OOO "Sokovaya Kompaniya" (ehemals "Ekes-Granini Rus" LLC) wurde von niemandem angefochten und nicht für ungültig erklärt. OOO "Sokovaya Kompaniya" ist kein Schuldner im Sinne des Schiedsspruchs und hat sich nicht an dem Schiedsverfahren beteiligt. Folglich ist die Marke kein Vermögenswert der Interessierten Parteien;

- die Überweisung von Bargeld im Jahr 2009, selbst wenn sie stattgefunden haben sollte, was von den Interessierten Parteien nicht bestritten wird, stellt keinen Beweis dafür dar, dass die Interessierten Parteien im Jahr 2021 Eigentum in der Russischen Föderation hatten;

- die internationalen Marken "Granini", "Granini" und "Pago" sind nicht russisches Eigentum der Beklagten;
 - die mögliche künftige Einschaltung von Gerichtsvollziehern oder Insolvenzverwaltern ist kein Grund für das Gericht, die Zuständigkeit des Gerichts für die Entscheidung über den Antrag anzuerkennen;
 - der Kläger habe nicht nachgewiesen, dass sich der Wohnsitz des Herrn W. in der Russischen Föderation befinde;
 - Das Argument des Antragstellers, dass die Beklagten angeblich ihr Eigentum in der Russischen Föderation veräußerten (umregistrierten), sei unbegründet.
- Die Interessierten Parteien 1-4 haben schriftliche Erklärungen zu den Akten des Falles eingereicht, in denen sie angeben:
- das Schiedsverfahren nicht im Einklang mit dem Gesetz und der Vereinbarung der Parteien stand, u. a. weil das MTPP-Schiedsgericht das Schiedsverfahren nach dem 01.11.2017 rechtswidrig weitergeführt hat;
 - der Schiedsspruch verstößt gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation, da der Schiedsspruch die ausschließliche Zuständigkeit des russischen Gerichts und die Rechte Dritter verletzt; der Schiedsspruch verletzt das verfassungsmäßige Recht der Beklagten auf ein Gericht; das Urteil verletzt die Grundsätze der kontradiktorischen und prozessualen Gleichheit, die für die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation von Bedeutung sind;
 - das Urteil ist ohne Schiedsvereinbarung zwischen den Beteiligten 2-7 einerseits und der Klägerin andererseits ergangen;
 - Selbst wenn W., G. und H. Parteien der Vereinbarung und der darin enthaltenen Schiedsklausel wären (was nicht der Fall war), wäre eine solche Klausel nach Art. 3 Art. 239 Abs. 3 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation unwirksam, da die nach deutschem Recht vorgeschriebene Form für Schiedsvereinbarungen mit Verbrauchern nicht eingehalten wurde;
 - die Schiedsklausel, soweit sie vom Schiedsgericht auf die betroffenen Personen 2-7 ausgedehnt worden ist, gemäß Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation nichtig ist;
 - der Schiedsspruch ergeht über eine Streitigkeit, die nicht unter eine Schiedsklausel fällt, d.h. die sich aus einer Vereinbarung ergibt und nicht deren Verletzung, Beendigung oder Ungültigkeit betrifft (Artikel 239 § 3 (4) der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation);
 - Das Schiedsverfahren stand nicht im Einklang mit dem Gesetz und der Vereinbarung der Parteien;
 - während des Schiedsverfahrens wurden zahlreiche wesentliche Verstöße gegen die Vereinbarung der Parteien über das Schiedsverfahren und den Gebrauch der deutschen Sprache begangen, die den reibungslosen Ablauf des Schiedsverfahrens beeinträchtigten und die Rechte der Betroffenen auf ein faires Verfahren beeinträchtigten;
 - Das Urteil verstößt gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation (Verletzung der ausschließlichen Zuständigkeit eines russischen Gerichts; Verletzung des Grundsatzes, dass die Rechte Dritter, einschließlich der Konkursgläubiger der GUTTA LLC, geschützt werden müssen; Verletzung des verfassungsmäßigen Rechts der Beklagten auf ein Gericht; Verletzung der Grundsätze des kontradiktorischen Verfahrens und der Verfahrensgleichheit; Verletzung des Grundsatzes der Verbindlichkeit eines rechtskräftigen Gerichtsakts; Verletzung des Grundprinzips des russischen Rechts, dass einer Klage nur dann stattgegeben werden kann, wenn dem Kläger das Recht zusteht;
 - Das Vorbringen des Antragstellers, dass Produkte unter der Marke "Granini" in der Russischen Föderation verkauft werden, ist für die Prüfung des Antrags irrelevant, da er nicht beweisen kann, dass die Beklagten über Eigentum in der Russischen Föderation verfügen, und jedenfalls auf unzureichende Beweise gestützt ist;
 - Die internationale Registrierung der internationalen Marke "LAMBADA" (internationale Registrierungsnummer 1177186 vom 27.06.2013) wurde nie auf die Russische Föderation erstreckt;

- Der Kläger hat nicht nachgewiesen, dass die Interessierten Parteien Ansprüche gegenüber Importeuren und Händlern haben, die auch in der Russischen Föderation vollstreckt werden können;
 - der Grundsatz der engen Verbindung (Abs. 10 ч. Artikel 247 § 1 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation) ist im vorliegenden Fall nicht anwendbar;
 - das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation nicht der Ort ist, an dem ein Großteil der Verpflichtungen aus den Beziehungen zwischen den Parteien zu erfüllen ist - der Antrag grundsätzlich keine zivilrechtliche Verpflichtung, sondern die Vollstreckung eines Schiedsspruchs nach deutschem Recht betrifft, ist das Gericht nicht berechtigt, dessen Begründetheit zu prüfen;
 - Die wichtigsten Beweismittel befinden sich nicht im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation, da sich das gesamte Vermögen und die Beklagten selbst im Ausland befinden;
 - der Vertrag, der die Schiedsklausel in Klausel 11.6 enthält, unterliegt deutschem Recht. Die Schiedsrichter wendeten deutsches Recht auf die Schiedsklausel und auf das Rechtsverhältnis der Parteien aus unerlaubter Handlung an;
 - keiner der Angeklagten ist in der Russischen Föderation registriert/ansässig, ebenso wenig wie die Leitungsorgane der betroffenen Personen;
 - Der vorliegende Fall und der Fall Nr. A40-264409/2019-68-1743 sind nicht identisch, die Regeln der entgegenstehenden Rechtskraft sind im vorliegenden Fall nicht anwendbar.
- In seiner Antwort führt V.A.F. G. die folgenden Argumente an:
- Markenrechte sind in der Russischen Föderation nicht geschützt;
 - Der Domänenname ECKES-GRANINI.RU und das Recht, ihn zu verwalten, sind kein Vermögen;
 - Weder der Domänenname noch das Recht, ihn zu verwalten, sind nicht verkehrsfähig und sind daher nicht Gegenstand von bürgerlichen Rechten;
 - Der Grundsatz der engen Verbindung erlaubt es nicht, die Zuständigkeit des russischen Gerichts für den vorliegenden Rechtsstreit nach Artikel 236 Absatz 3 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation zu begründen.
 - Die Weigerung, eine Entscheidung aufzuheben, bedeutet nicht, dass automatisch ein Vollstreckungstitel ausgestellt werden muss.
- In seiner Antwort auf die Klageschrift führt die W.A.F. G. folgende Argumente an:
- die Weigerung, das Urteil in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 aufzuheben, hindert das Gericht nicht daran, die Vollstreckung des Urteils zu verweigern;
 - die Klage gegen die nicht unterzeichneten Beklagten konnte nicht auf der Grundlage einer Schiedsklausel geprüft werden, an der sie nicht beteiligt waren (d. h. es gab keine gültige Schiedsklausel und der Schiedsspruch stützte sich auf eine Streitigkeit, die nicht von der Schiedsvereinbarung erfasst war);
 - Die Schiedsklausel gilt nicht für Beklagte, die die Vereinbarung nicht unterzeichnet haben;
 - Die Tatsache, dass die Vereinbarung im Namen der OOO Eckes-Granini Rus unterzeichnet worden sei, könne dem Kläger nicht als Grund für die Ausdehnung der Schiedsklausel auf sie zugerechnet werden;
 - eine Schiedsklausel gilt nur für die Parteien eines Schuldverhältnisses und kann nicht durch eine implizite Bezugnahme im Text auf einen Dritten (Nicht-Partei) ausgedehnt werden;
 - die Schiedsklausel in der Vereinbarung darf sich nicht auf Dritte durch deren Beteiligung an anderen, älteren Handlungen erstrecken;
 - das Verfahren gegen die Beklagten, die nicht Unterzeichner sind, vor dem MTPP-Schiedsgericht verstößt in jedem Fall gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation in Bezug auf das Recht eines jeden auf gerichtlichen Schutz;
 - Wenn die Schiedsklausel fälschlicherweise auf den nicht unterzeichnenden Beklagten ausgedehnt wird, ist sie nach russischem Recht nichtig;
 - wenn die Schiedsklausel fälschlicherweise auf die Antragsteller ausgedehnt wird, ist sie nach deutschem Recht unwirksam;
 - der Schiedsspruch ist nicht vollstreckbar, weil er in einer Streitigkeit ergangen ist, die nicht von der Schiedsklausel erfasst ist, nicht unter deren Bestimmungen fällt und Entscheidungen über

Angelegenheiten enthält, die über deren Anwendungsbereich hinausgehen (Artikel 36 (1) (6) des MTPP-Gesetzes);

- die Schadensersatzforderung (im Wesentlichen die subsidiäre Haftung der beherrschenden Person) ist mit dem Gegenstand der Vereinbarung, die die Schiedsklausel enthält, unvereinbar;

- die Schiedsklausel ist eng gefasst und kann sich grundsätzlich nicht auf deliktische Ansprüche erstrecken;

- das Verfahren gegen die Beklagten im Rahmen des MTPP-Schiedsverfahrens verstößt in Ermangelung einer Schiedsvereinbarung gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation, die das Recht eines jeden auf ein gerichtliches Verfahren vorsieht;

- Die Entscheidung verstößt gegen die öffentliche Ordnung (Grundsatz der entgegenstehenden Rechtskraft), da die Ansprüche auf subsidiärer Konkurshaftung der Beklagten bereits vom Arbitragegericht der Region Kirow geprüft und abgewiesen wurden (Az. A28-8586/2012);

- Die Nichtberücksichtigung der Feststellungen des russischen Gerichts im Schiedsspruch verstößt gegen die russische öffentliche Ordnung (russische Gerichte hatten bereits ähnliche Sachverhalte beurteilt, die bei der Prüfung des Anspruchs durch das Schiedsgericht aufgrund des verbindlichen Charakters des vollstreckbaren Rechtsakts nicht ignoriert werden konnten. Der Schiedsspruch verstöße daher gegen den Grundsatz der Bindungswirkung eines rechtskräftig gewordenen gerichtlichen Aktes, der Teil der öffentlichen Ordnung der Russischen Föderation ist;

- Die Entscheidung verstößt gegen die öffentliche Ordnung, weil sie gegen den Grundsatz des Schutzes der Rechte Dritter, einschließlich der Konkursgläubiger der GUTTA LLC, verstößt;

- Wenn das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31.10.2017 nicht weitergeführt hat, verstößt der Schiedsspruch gegen Art. Artikel 225.1 § 2 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation und Artikel 36 § 2 (2) des MKA-Gesetzes, da die in der Entscheidung untersuchte gesellschaftsrechtliche Streitigkeit nicht Gegenstand eines Ad-hoc-Schiedsverfahrens gewesen sein kann;

- Der Beklagte hat sich nicht auf ein Ad-hoc-Schiedsverfahren eingelassen;

- Wenn das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31. Oktober 2017 weitergeführt hat, kann der Schiedsspruch wegen eines Verstoßes gegen das Schiedsverfahren nicht vollstreckt werden (Artikel 44 Absatz 20 des Schiedsverfahrensgesetzes).

Gemäß Artikel 239 Abs. 3 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation kann das Arbitragegericht den Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung des Schiedsspruchs ablehnen, wenn die Partei des Schiedsverfahrens, gegen die der Schiedsspruch ergangen ist, nachweist, dass

- 1) eine der Parteien der Schiedsvereinbarung, auf deren Grundlage die Streitigkeit durch das Schiedsgericht entschieden wird, nicht voll geschäftsfähig war;

- 2) eine Schiedsvereinbarung, nach der eine Streitigkeit durch das Schiedsgericht entschieden wurde, nach dem Recht, dem die Parteien sie unterworfen haben, und in Ermangelung eines solchen Hinweises nach dem Recht der Russischen Föderation ungültig ist;

- 3) die Partei, gegen die der Schiedsspruch ergeht, nicht ordnungsgemäß von der Bestellung des Schiedsrichters oder dem Schiedsverfahren, einschließlich Ort und Zeit der schiedsrichterlichen Verhandlung, benachrichtigt worden ist oder aus einem anderen wichtigen Grund nicht in der Lage war, ihre Erklärung vor dem Schiedsgericht abzugeben;

- 4) der Schiedsspruch eine Streitigkeit betrifft, die nicht von der Schiedsvereinbarung erfasst ist oder nicht unter deren Bestimmungen fällt, oder Entscheidungen über Angelegenheiten enthält, die nicht in den Anwendungsbereich der Schiedsvereinbarung fallen, und dass, wenn Entscheidungen über Angelegenheiten, die von der Schiedsvereinbarung erfasst sind, von solchen, die nicht von dieser Vereinbarung erfasst sind, getrennt werden können, der Teil des Schiedsspruchs anerkannt und vollstreckt werden kann, der Entscheidungen über Angelegenheiten enthält, die von der Schiedsvereinbarung erfasst sind;

- 5) die Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder das Schiedsverfahren nicht der Vereinbarung der Parteien oder dem Bundesrecht entsprach.

Gemäß Artikel 239 (4) der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation lehnt das Arbitragegericht den Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung des Schiedsspruchs ab, wenn es feststellt, dass

1) eine Streitigkeit, die vor einem Schiedsgericht verhandelt wird, nach Bundesrecht nicht Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein kann;

2) die Vollstreckung des Schiedsspruchs gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstößt. Wenn der Teil des Schiedsspruchs, der gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstößt, von dem anderen Teil getrennt werden kann, kann der Teil des Schiedsspruchs, der nicht gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstößt, anerkannt oder vollstreckt werden.

Die gerichtliche Handlung, zu deren Vollstreckung der Vollstreckungstitel beantragt wird, ist die Entscheidung über ein Ad-hoc-Schiedsverfahren in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019. Die Streitigkeit wurde zunächst dem Schiedsgericht bei der Moskauer Industrie- und Handelskammer gemäß der Schiedsklausel in der Vereinbarung über die Beilegung gegenseitiger Forderungen vom 05.03.2007 verhandelt, und anschließend, aufgrund der Schiedsgerichtsreform und des Verlusts des Status einer ständigen Schiedsinstitution des Schiedsgerichts bei der Moskauer Industrie- und Handelskammer gemäß Punkt 16 des Artikels 52 des Föderalen Gesetzes "Über die Schiedsgerichtsbarkeit in der Russischen Föderation", als ad-hoc Verfahren, wie dies auch im rechtskräftigen Urteil in der Sache A-40-264409/2019-68-1743 festgestellt wurde.

Als Gründe für die Ablehnung der Vollstreckung des Schiedsspruchs führen die Interessierten Parteien unter anderem an, dass die bestehende Streitigkeit nicht schiedsfähig sei, da sie nicht von der Schiedsklausel erfasst werde; die Schiedsklausel sei nicht auf die Beklagten anwendbar, die die Vereinbarung nicht unterzeichnet hätten; die Tatsache, dass die Klägerin die Vereinbarung im Namen von Eckes-Granini Rus LLC unterzeichnet habe, könne ihr nicht als Grund für die Anwendung der Schiedsklausel zugerechnet werden; die Schiedsklausel gilt nur für die Vertragsparteien und kann nicht stillschweigend auf Dritte (Nichtvertragsparteien) ausgedehnt werden; eine Schiedsklausel in einem Vertrag kann nicht auf Dritte durch deren Beteiligung an anderen, älteren Ereignissen ausgedehnt werden; ein Schiedsverfahren gegen nicht unterzeichnende Beklagte in einem MTPP-Schiedsverfahren würde in jedem Fall gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation in Bezug auf das Recht eines jeden auf Rechtsschutz verstoßen; die Schiedsklausel ist eng gefasst und kann sich nicht auf deliktische Ansprüche erstrecken; ein Verfahren gegen die Beklagten vor einem MTPP-Schiedsgericht ohne Schiedsvereinbarung verstößt gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation im Hinblick auf das Recht eines jeden auf den gesetzlichen Richter.

Gemäß Ziffer 11.6 der Vereinbarung über gegenseitige Ansprüche vom 05.03.2017 werden alle Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrag ergeben oder seine Verletzung, Beendigung oder Ungültigkeit betreffen, von einem Schiedsgericht, bestehend aus 3 (drei) Schiedsrichtern, gemäß der Schiedsgerichtsordnung der Industrie- und Handelskammer Moskau endgültig entschieden. Die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte ist ausgeschlossen. Der Ort des Schiedsverfahrens ist Moskau. Die Sprache des schiedsrichterlichen Verfahrens ist Deutsch.

Die Parteien haben die im Rahmen der besagten Schiedsklausel zu regelnden Fragen in der Vereinbarung nicht eingeschränkt. Entgegen dem Vorbringen der Antragstellerinnen ergebe sich aus dem Inhalt der Vereinbarung nicht, dass sie nur für den vergangenen Zeitraum gelte, da mehrere Bestimmungen der Vereinbarung Bedingungen für die künftigen Rechtsbeziehungen der Parteien enthielten, wie die Abschnitte 2 und 6 der Vereinbarung.

Darüber hinaus hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation in Ziffer 21 des Beschlusses des Plenums vom 10.12.2019 Nr. 53 "Über die Wahrnehmung von Erleichterungs- und Kontrollfunktionen durch die Gerichte der Russischen Föderation in Bezug auf Schiedsverfahren und die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit" klargestellt, dass eine Schiedsvereinbarung, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben, für alle Geschäfte gilt, die auf die Erfüllung, Änderung oder Beendigung des in der Schiedsvereinbarung genannten Vertrages gerichtet sind, sowie für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dessen Abschluss, Inkrafttreten, Änderung, Beendigung oder Auflösung. Sofern sich aus dem Wortlaut der Schiedsvereinbarung nichts anderes ergibt, erstreckt sich

ihre Wirkung auch auf Ansprüche auf außervertraglichem Schadensersatz, Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung und sonstige Ansprüche, wenn diese Ansprüche mit dem Vertrag zusammenhängen, in Bezug auf den die Schiedsvereinbarung geschlossen wurde (Artikel 7 Absätze 9 und 11 des Gesetzes über die Schiedsgerichtsbarkeit, Artikel 7 Absätze 10 und 12 des Gesetzes über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit).

Damit Fragen vom Anwendungsbereich der Schiedsklausel ausgenommen werden können, müssen sie in der Klausel ausdrücklich genannt werden, was in der fraglichen Vereinbarung nicht der Fall ist.

Der Standpunkt der Antragsteller steht daher im Widerspruch zu den oben erwähnten Ausführungen des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation.

Darüber hinaus wurden ähnliche Argumente zur Begründetheit vorgebracht und von den Schiedsrichtern in ihrer Begründung der Zuständigkeit zurückgewiesen (Absätze 8 bis 10 (S. 556 bis 559) des Schiedsspruchs in Übersetzung).

So heißt es in Ziffer 8.2 des Schiedsspruchs erstens, dass deliktische Ansprüche in direktem Zusammenhang mit Vertragsverletzungen stehen; sie leiten sich daraus ab und können nicht einfach als außervertraglich angesehen werden. Zweitens heißt es in der Schiedsvereinbarung in russischer Sprache, obwohl die Vereinbarung über die gegenseitigen Ansprüche die Gleichstellung von Deutsch und Russisch eindeutig festlegt, wie vom Schiedsgericht festgestellt und weiter unten näher beschrieben und dargestellt (Klausel 11.6) "Die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte ist ausgeschlossen". Eine Analyse dieser Umstände in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenhang unter Berücksichtigung des Grundsatzes *contra proferentem* führte das Schiedsgericht zu dem Schluss, dass die Parteien beabsichtigten, durch eine Schiedsvereinbarung die Beilegung aller Streitigkeiten, die auf die eine oder andere Weise mit ihren Beziehungen im Rahmen des Geschäftsprojekts zusammenhängen, sicherzustellen.

Im Schiedsspruch (S. 557 ff.) wird dann detailliert und begründet unter Bezugnahme auf den offiziellen Leitfaden des Internationalen Rates für Handelsschiedsgerichtsbarkeit (ICCA) zur Auslegung des New Yorker Übereinkommens von 1958: Ein Leitfaden für Richter das Argument der Kläger widerlegt, dass die Formulierungen "disputes arising from...", "relating to..." restriktiv ausgelegt seien. "im Zusammenhang mit ...". Vereinbarung. Auch das unsubstantiierte Vorbringen der Antragstellerinnen, die Vereinbarung und die darin enthaltene Klausel bezögen sich nur auf Rechtsverhältnisse, die vor ihrem Abschluss bestanden hätten, ist widerlegt.

Die oben dargelegten Argumente der Kläger sind daher unbegründet, zumal in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 sowie in der angefochtenen Entscheidung des Schiedsgerichts das Argument bewertet wurde, dass das Schiedsgericht nicht befugt war, die Anträge von Axel Hartmann zu verhandeln. Das Argument, mit der Vereinbarung sei nur ein enger Kreis von Fragen geregelt worden, ist zurückzuweisen.

Die Antragsteller 2 bis 7 bestreiten, dass die Schiedsklausel auf sie anwendbar sei, da sie die Vereinbarung nicht unterzeichnet hätten. Die Antragsteller 1-4 geben dies auch in ihrem Antrag an.

Das Schiedsgericht hat in den Ziffern 7.10 bis 7.38 auf S. 544 - 556 des Schiedsspruchs die Ausdehnung der Schiedsklausel auf alle Antragsteller gerechtfertigt.

Die angefochtene Entscheidung enthält insbesondere die folgenden Schlussfolgerungen: 1. "Absatz 8.2 der Vereinbarung zur Beilegung gegenseitiger Ansprüche legt fest, dass alle Parteien der Vereinbarung dafür verantwortlich sind, dass ihre verbundenen Unternehmen <...> den endgültigen Charakter dieser Vereinbarung anerkennen. Wenn also verbundene Personen - hier zu verstehen als juristische Personen - aufgrund oder im Zusammenhang mit den oben genannten Vereinbarungen verklagt werden, müsste die Schiedsklausel ebenfalls angewendet werden. Die Beklagten 5, 6 und 7 sind mit der Beklagten 4 verbundene Unternehmen im Sinne des § 15 des deutschen Aktiengesetzes.

Vor der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Beilegung gegenseitiger Ansprüche gab es Vereinbarungen zwischen dem Kläger und den Antragsgegnern 4-7, die durch die Vereinbarung zur Beilegung gegenseitiger Ansprüche ersetzt wurden. Dies hat zur Folge, dass die jeweilige Partei/Beklagte auch an den übrigen Vereinbarungen, die sich auf die verdrängten Vereinbarungen beziehen - also auch an der Schiedsklausel - beteiligt ist/ist. (Absatz 7.11 des Schiedsspruchs).

"Die Beklagte 5 wurde unter anderem in der Absichtserklärung (Exhibit CC8) vom 07.10.2005 erwähnt, die auch verbindliche Vereinbarungen enthielt. Auch in dem von den Anwälten der Beklagten 4-7 ausgearbeiteten Entwurf einer Vereinbarung über den Abschluss des neuen Vertragspakets, die Zusammenarbeit und die abschließende Regelung der gegenseitigen Ansprüche wurde sie unter den Definitionen in den Vereinbarungen über die Ausübung der Rechte der Gesellschafter gesondert erwähnt" (Randnummer 7.12 des Schiedsspruchs).

"Das Protokoll des Treffens zwischen dem Beklagten zu 2 und dem Berater des Klägers, Herrn De Faria, am 24.08.2006 in Wiesbaden wurde auf dem Briefkopf von Eckes-Granini verfasst. In der Niederschrift bekräftigt der Beklagte zu 2 die Verbindlichkeit der Absichtserklärung vom 07.10.2005.

Dies sollte zusammen mit der Präsentation des Klägers in der Vorstandssitzung am 18.07.2006 die "Grundlage der Zusammenarbeit" bilden. Im Protokoll wurde erneut ein Forderungsverzicht von Eckes-Granini gegenüber dem russischen Unternehmen Eckes-Granini angesprochen - der Verzicht sollte durch Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital erfolgen.

- mit den entsprechenden Sekundäransprüchen Dritter; in Eckes-Granini RUS beabsichtigte der Kläger, sich gemäß der Optionsvereinbarung zu beteiligen. Das Protokoll wurde u.a. von Herrn Grätz unterzeichnet, ohne dass Angaben zur Vertretungshandlung hinzugefügt wurden. In der Liste der Beteiligten in der Akte ist nur (Eckes Granini) unter seinem Namen aufgeführt" (Randnummer 7.13 des Schiedsspruchs).

"Die Beklagte 6, ein Unternehmen der Eckes-Granini Gruppe (EG-Gruppe), war für die Marken der Unternehmen der Eckes-Granini Gruppe (EG-Gruppe) zuständig - die entsprechenden Vereinbarungen waren auch in der Absichtserklärung enthalten - die Absichtserklärung wurde am 07.10.2005 auf dem Briefkopf der Beklagten 6 erstellt" (Randnummer 7.14 des Schiedsspruchs).

"Zusatzvereinbarungen zur Kooperationsvereinbarung - unterzeichnet am 31.03.2004, wobei der Beklagte zu 1 für die gesamte Eckes-Granini Gruppe handelte - diese Zusatzvereinbarung wurde durch die Vereinbarung zur Regelung gegenseitiger Ansprüche ersetzt, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarungen in Abschnitt 1 - Laufzeit der Verträge. Die Zusatzvereinbarung regelte in Ziffer 6 u. a. die von der Beklagten 6 (Eckes-Granini-Gruppe) gehaltenen Lizenzen an der Eckes-Granini-Gruppe (EG). Die Zusatzvereinbarung vom 22.10.2004 und 12.07.2005 (nicht unterzeichnet) - beides sind Vereinbarungen außerhalb des Geltungsbereichs der russischen Eckes-Granini Gruppe, so dass die Zustimmung der Eckes-Granini Gruppe zu dieser Vereinbarung (Zusatzvereinbarung) mit der Genehmigung des Marketing- und Verkaufsbudgets für 2005 in Höhe von 1.500.000 USD als erteilt gelten muss. Die Genehmigung dieser Budgets durch das klagende Unternehmen bedeutete auch die Zustimmung der Eckes-Granini Gruppe.

- die Beklagten konnten auch hier nur für die zur Eckes-Granini-Gruppe gehörenden Unternehmen handeln" (Randnummer 7.16 des Schiedsspruchs).

"Die Beklagten 4-7 sind Teil einer arbeitsteiligen Gruppenstruktur, so dass sich die Handlungen der einzelnen Gruppenmitglieder auf die gesamte Gruppe beziehen. Aufgrund des Systems der Arbeitsteilung in der Gruppe können die Verfahrensregelungen nicht umgangen werden. Obwohl es sich bei den Unternehmen der Gruppe um rechtlich getrennte Einheiten handelte, traten sie in ihren Beziehungen zu Dritten als eine Einheit auf, insbesondere weil sie eine gemeinsame Geschäftsleitung hatten. Mehrere Unternehmen sollten im Namen von Eckes-Granini vertragliche Verpflichtungen erfüllen. Wie weiter unten ausgeführt, arbeiteten diese Unternehmen später zusammen, um das russische Unternehmen Eckes-Granini wirtschaftlich zu zerstören und damit den Gläubigern, insbesondere dem Kläger, Schaden zuzufügen. Diese Benachteiligung ist nicht nur im Sinne des Konkursrechts rechtswidrig, sondern geht - wie in den Zeugenaussagen wortgewandt dargelegt - über diesen Rahmen hinaus; insbesondere ist festzustellen, dass die Beklagten 1 bis 3 vorsätzlich in der Absicht gehandelt haben, die Interessen des Klägers zu beeinträchtigen". (Absatz 7.17 des Schiedsspruchs).

"Die Beklagten 1, 2 und 3 haben als Geschäftsführer der Eckes Granini RUS (Beklagter 1 - CEO von 2003 bis Oktober 2008) bzw. der Eckes Holding GmbH (Beklagte 2 und 3) Verträge mit dem Kläger und seinem Unternehmen unterzeichnet. Sie hatten Kenntnis von den Verträgen bzw.

dem Vertragspaket und der Form der Zusammenarbeit, die zu einer Beteiligung des Klägers an dem Unternehmen führen sollte. In diesem Fall haben diese Personen später nicht nur in leitender Funktion gehandelt, sondern auch persönlich unerlaubte Handlungen begangen, die aufgrund des Zusammenhangs der Fälle und der Wechselbeziehung zwischen den unerlaubten Handlungen von der Schiedsklausel erfasst werden.

Die noch aufzuzählenden Handlungen waren Teil eines vorsätzlichen Eingriffs in den Geschäftsbetrieb des Klägers durch Unternehmen und Einzelpersonen, die sich angesichts des deliktischen Charakters ihrer Handlungen nicht darauf berufen konnten, dass sie sie lediglich in Ausübung ihrer Leitungsfunktionen begangen hätten.

Eine solche Ausweitung des Anwendungsbereichs der Schiedsvereinbarung ist nur in Ausnahmefällen zulässig - und das vorliegende Verfahren ist ein solcher Ausnahmefall. Es ist nicht möglich, das Verfahren für deliktische und vertragliche Ansprüche aufzuteilen oder zu verzweigen - sie müssen in einem einzigen von den Parteien eingeleiteten Schiedsverfahren behandelt werden.

Aufgrund der glaubwürdigen Aussagen der Zeugen Brazhnikov, Kartashov, Yarkova und dem Konkursverwalter Vadim Rybkim ergibt sich, dass die beteiligten Personen böswillig und vorsätzlich einen Schaden durch Handlungen herbeiführten, die gleichzeitig eine Verletzung zusätzlicher vertraglicher Verpflichtungen darstellen - insbesondere erleichterten die natürlichen Personen - die Beklagten 1 bis 3 - den Schaden, obwohl sie nicht in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer, sondern in eigenem Namen handelten.

Sie waren an dem Vertragsschluss beteiligt, und die Aufteilung der Verantwortung in persönliche Verantwortung und Verantwortung der kontrollierten Personen wäre nicht möglich, da sich ihre Handlungen ergänzen und überschneiden". (Absatz 7.18 des Schiedsspruchs).

"Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass die Herren W. und G., die Beklagten zu 1 und 2, unabhängig voneinander die Handlungen organisiert haben, die letztlich zum Konkurs der Gutta Ltd geführt haben. Sie handelten einerseits in ihrer Funktion als Führungskräfte, nahmen aber auch außerhalb dieser Funktion rechtswidrige Handlungen vor, die nicht der Funktion von Führungskräften zuzurechnen waren". (Absatz 7.21 des Schiedsspruchs).

"Aus den obigen Aussagen geht hervor, dass die gesamte Eckes-Granini Gruppe beteiligt war. Die Beklagten 4, 5, 6 und 7 waren als Vorgesetzte von Eckes-Granini RUS zum Handeln verpflichtet. Dabei könnten sie von den Handlungen der Beklagten 2 und 3 profitiert haben. Sie hatten ihre Handlungspflicht verletzt und waren daher auch für den Schaden des Klägers verantwortlich" (Randnummer 7.23 des Schiedsspruchs).

"Das Schiedsgericht stimmt mit Professor Pfeiffer überein, dass nach deutschem Recht Schiedsvereinbarungen grundsätzlich für die Vertragsparteien und deren Rechtsnachfolger gelten und dass die Schiedsvereinbarung nur in Ausnahmefällen für Personen gilt, die sie nicht unterzeichnet haben." (Absatz 7.26 des Schiedsspruchs).

"... führt zu der bereits in diesem Abschnitt des Schiedsspruchs ausführlich begründeten Schlussfolgerung, dass es sich um einen ungewöhnlichen Fall handelt und dass die Schiedsvereinbarung auf der Grundlage der oben genannten Beweise und der nachstehend dargelegten Argumente auf die Beklagten 1-3 ausgedehnt werden könnte" (Absatz 7.27 des Schiedsspruchs).

"Aus der Schiedsvereinbarung geht hervor, dass alle Beklagten zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung über die gegenseitige Beilegung von Ansprüchen eindeutig beabsichtigten, alle Streitigkeiten, die in irgendeiner Weise mit ihrem gemeinsamen Geschäftsprojekt zusammenhängen, vor dem MTPP-Schiedsgericht beizulegen, und zwar unter vollständigem Ausschluss der Zuständigkeit der staatlichen Gerichte. Aus der Gesamtheit der Umstände (die Bedingungen für die Unterzeichnung und Ausführung der Vereinbarungen der Parteien, die aktive Beteiligung aller Beklagten an der Durchführung des Geschäftsprojekts und der beträchtliche Gewinn für sie im Rahmen des Projekts) ergibt sich, dass ein unvoreingenommener, vernünftiger Mensch nicht unvernünftigerweise annehmen würde, dass die genannten Personen im Falle einer solchen Streitigkeit diese lediglich vor dem in der Schiedsklausel genannten Gericht beilegen wollten, und dass die Weigerung, dies zu tun, unter anderem zu zwei oder mehr Verfahren mit gleichem oder ähnlichem Sachverhalt in verschiedenen Gerichtsbarkeiten und miteinander geführt hätte. Der von den Beschwerdegegnern vorgeschlagene rein formale Ansatz sollte daher aufgrund der obigen

Ausführungen und des Wortlauts und Geistes des geltenden Rechts nicht (wie auch die heutigen internationalen Standards) über den gesunden Menschenverstand und die Gerechtigkeit zu stellen und den Angeklagten, die von einem Geschäftsprojekt und ihrem bösgläubigen Verhalten bei dessen Durchführung wesentlich profitiert haben, die Möglichkeit zu geben, auch von diesem Rechtsstreit zu profitieren. Alles andere wäre eine Zerrüttung des Rechts" (Randnummer 7.28 des Schiedsspruchs).

"Die Vereinbarung über die Regelung gegenseitiger Ansprüche enthält die Klausel 8.2, die wie folgt lautet (auf Deutsch und Russisch)

"8.2 Jede Partei dieser Vereinbarung ist dafür verantwortlich, dass ihre verbundenen Unternehmen keine Ansprüche in Bezug auf die in dieser Vereinbarung dargelegten Umstände und Geschäftsbeziehungen geltend machen und den endgültigen Charakter dieser Vereinbarung akzeptiert haben."

Damit verpflichtete sich jeder der Beklagten, den Geltungsbereich der Schiedsvereinbarung auf die mit ihm verbundenen Unternehmen auszudehnen, aber es ist klar, dass ein Unterzeichner den Geltungsbereich der Schiedsvereinbarung nicht auf "unabhängige" Dritte ausdehnen kann. Es sollte jedoch anerkannt werden, dass die Personen, die die besagte Vereinbarung unterzeichnet haben, selbst die Schiedsvereinbarung als Vertreter der Unternehmen - in Anbetracht der anderen im Fall festgestellten Umstände und des oben genannten Wortlauts der Schiedsvereinbarung - auf sich selbst als Einzelpersonen sowie auf alle verbundenen Unternehmen, die sie kontrollieren, einschließlich der Muttergesellschaften, ausgedehnt haben" (Absatz 7.29 - 7.30 des Schiedsspruchs).

Diese Feststellungen widerlegen das Argument, dass die Schiedsklausel nicht auf die Beteiligten 2-7 anwendbar ist.

Die Argumente der Interessierten Parteien bezüglich der in Art. 233 der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation genannten Aufhebungsgründe waren bereits Gegenstand der Prüfung in der Sache Nr. A40-264409/2019-68-1743 betreffend die Aufhebung der Ad-hoc-Entscheidung in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019 und wurden von den Gerichten aller Instanzen für unbegründet erklärt.

Aus dem Inhalt des oben genannten Urteils des Moskauer Stadtarbitragegerichts in der Sache Nr. A40-264409/2019-68-1743 ergeben sich bezüglich der Argumente der Interessierten Parteien gemäß Artikel 239 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation was folgt

- Der Schiedsspruch kann nicht vollstreckt werden, da er gegen Personen ergangen ist, die nicht an der Schiedsklausel beteiligt waren und die die Zuständigkeit des MTPP-Schiedsgerichts bestritten haben;

- Der Schiedsspruch kann nicht vollstreckt werden, da er in einem Streitfall ergangen ist, der nicht unter die Schiedsklausel fällt;

- Der Schiedsspruch kann nicht vollstreckt werden, weil es gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation verstößt;

- Unabhängig davon, ob das MTPP-Schiedsgericht den Rechtsstreit nach dem 31.10.2017 weitergeführt hat, kann der Schiedsspruch nicht vollstreckt werden, da es sich um eine gesellschaftsrechtliche Streitigkeit handelte und das Schiedsverfahrensrecht nicht eingehalten wurde.

Die oben genannten Argumente wurden von den betroffenen Parteien in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 vorgebracht und vom Gericht für unbegründet befunden. Die wiederholte Geltendmachung ähnlicher Argumente war nur auf das Nichteinverständnis mit den gerichtlichen Entscheidungen begründet.

Die Interessierten Parteien weisen darauf hin, dass es neue Gründe für die Verweigerung eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung des Schiedsspruchs gibt.

In der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 seien die Argumente nicht geprüft worden, dass der Schiedsspruch in Ermangelung einer Schiedsvereinbarung in Bezug auf die Beteiligten 2-7 ergangen sei; selbst wenn die Beteiligten W., G. und H. Parteien der Schiedsvereinbarung wären, wäre diese ungültig, da sie nicht der nach deutschem Recht für Schiedsvereinbarungen mit Verbrauchern vorgeschriebenen Form entspräche; die Schiedsklausel sei, soweit sie sich auf die Beteiligten 2-7 erstrecke, sei die Schiedsklausel nichtig gemäß Art. 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation (die betroffenen Parteien erklärten in ihren

Erwiderungen, dass dieses Argument zuvor in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 nicht vorgebracht worden war); das Schiedsverfahren stand nicht im Einklang mit dem Gesetz und der Vereinbarung der Parteien, insbesondere wurde die Vereinbarung im Hinblick auf die anwendbaren Regeln, die deutsche Sprache und andere Verstöße verletzt; der Schiedsspruch verstieß gegen die öffentliche Ordnung in der Russischen Föderation; der Schiedsspruch verstieß gegen die internationale öffentliche Ordnung; der Schiedsspruch betraf eine Streitigkeit, die nicht von der Schiedsklausel abgedeckt war; Unabhängig davon, ob das MTTP-Schiedsverfahren nach dem 31.10.2017 fortgesetzt wurde oder nicht, kann der Schiedsspruch nicht vollstreckt werden, weil die ordentlichen Gerichte den korporativen Charakter des Rechtsstreits festgestellt haben, der nicht ad hoc entschieden werden kann, es keine Zustimmung der Beklagten zum Schiedsverfahren gab und das Schiedsverfahrensrecht nicht eingehalten wurde.

Darüber hinaus haben die Beteiligten beantragt, dass das Gericht das Protokoll der Anhörung vom 02.09.2021 prüft und bewertet. Beim Oberlandesgericht Koblenz und dem Gutachten zum deutschen Recht von Professor Dr. Reinhard Gaier (Band 22 und Band 23 der vorliegenden Rechtssache).

Gemäß Teil 1 des Artikels 16 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation ist festgelegt, dass wirksame Schiedsgerichtsentscheidungen für staatliche Behörden, örtliche Behörden, andere Organe, Organisationen, Beamte und Bürger verbindlich und in der gesamten Russischen Föderation vollstreckbar sind. Gemäß Artikel 16 Absatz 3 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation dürfen verbindliche Gerichtsentscheidungen Personen, die nicht an dem Verfahren beteiligt sind, nicht die Möglichkeit nehmen, sich an das Arbitragegericht zu wenden, um ihre durch diese Entscheidungen verletzten Rechte und berechtigten Interessen zu schützen, indem sie diese Entscheidungen anfechten.

Die Rechtsakte in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 wurden von den Interessierten Parteien sowohl beim Kassationsgericht als auch beim Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation angefochten und bestätigt.

Auch das Argument, die Schiedsklausel gelte für sie nicht, weil sie sie nicht unterzeichnet hätten, ist zurückzuweisen.

Wie aus den Akten hervorgeht, ging es in dem vom Schiedsgericht in der Rechtssache A-2016/50-AN verhandelten Streitfall um die Verletzung von Vertragsbeziehungen zwischen einer Gruppe von juristischen und natürlichen Personen.

Die Vereinbarung enthält kein Verbot oder eine andere Beschränkung, die die Anwendung ihrer Regeln auf die Antragsteller verhindert, sondern enthält Bestimmungen (Definition der Eckes-Granini-Gruppe, Absatz 8.2 der Vereinbarung), die den Gegenstand der Teilnehmer, deren Rechtsbeziehungen durch die Regeln der Vereinbarung geregelt werden, erweitern.

Aus den Akten und dem Schiedsspruch geht hervor, dass alle Beklagten des Schiedsspruchs, die Antragstellerinnen in der vorliegenden Rechtssache, derselben Gruppe von verbundenen Personen - der Granini-Gruppe - angehören.

Nach den Bestimmungen der Vereinbarung gilt sie für die gesamte Granini-Gruppe (der vorletzte Absatz auf Seite 2 der Vereinbarung "Eckes-Granini-Gruppe" bedeutet Eckes Granini GmbH & Co. KG, Eckes Holding GmbH, Eckes Granini Nordic Oy Ab und alle mit ihnen verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG" und Ziffer 8.2 des Vertrages "Jede Vertragspartei steht dafür ein, dass ihre verbundenen Unternehmen keine Ansprüche im Zusammenhang mit den in diesem Vertrag geregelten Sachverhalten und Geschäftsbeziehungen ebenfalls geltend machen und den abschließenden Charakter dieses Vertrages akzeptiert haben").

Das Schiedsgericht schenkte dieser Frage in seinem Schiedsspruch besondere Aufmerksamkeit (S. 544, Absatz 7.11), in dem es heißt: "Klausel 8.2 der Vereinbarung besagt, dass alle Parteien der Vereinbarung dafür verantwortlich sind, sicherzustellen, dass ihre verbundenen Unternehmen den endgültigen Charakter der Vereinbarung anerkennen. Sollten daher verbundene Personen - hierunter sind juristische Personen zu verstehen - Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit den vorstehenden Vereinbarungen geltend machen, so gilt auch die Schiedsvereinbarung. Die Beklagten 5, 6 und 7 sind mit der Beklagten 4 gemäß § 15 AktG verbunden".

In dem Schiedsspruch wird auch festgestellt, dass die Antragsteller (5), (6) und (7) nicht nur Einzelpersonen sind, sondern qualifizierte Fachleute, die in vielerlei Hinsicht völlig unabhängig gehandelt haben, indem sie u. a. rechtswidrige Entscheidungen trafen, die Hartmann A.N. Schaden zufügten, und selbst die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte im Umgang mit Hartmann A.N. ausschlossen.

Das Schiedsgericht legte den Wortlaut der Vereinbarung aus, berücksichtigte seinen Inhalt, die Handlungen der Streitparteien und wandte das materielle Recht an und kam zu dem Schluss, dass die Vereinbarung für alle juristischen und natürlichen Personen gilt, die mit den Unterzeichnern der Vereinbarung verbunden und direkt oder indirekt in die Beziehung eingebunden sind, die die Parteien bei der Unterzeichnung des Vertragspakets eingegangen waren.

Außerdem haben die Antragsteller ein Gutachten von Professor Buchwitz zu den Akten gereicht, in dem die Vorschrift des Artikels 1031 § 6 der Zivilprozessordnung der Bundesrepublik Deutschland zitiert wird, wonach ein Formmangel durch Teilnahme an der Sachprüfung des Schiedsgerichts geheilt wird.

Wie die Schiedsrichter unter Bezugnahme auf Sachverständigengutachten, Rechtsprechung und Aktenlage nach geltendem deutschen Recht festgestellt haben, ist es nicht ausgeschlossen die Schiedsklausel auf gesetzliche Vertreter juristischer Personen und verbundene Personen auszudehnen.

Die Interessierten Parteien verwiesen auch auf den gesellschaftsrechtlichen Charakter des Rechtsstreits. Aus dem Inhalt der Entscheidung geht jedoch hervor, dass es sich um einen Rechtsstreit wirtschaftlicher Art handelte und nicht um einen Rechtsstreit zwischen einem Gesellschafter und der Gesellschaft selbst über die Gründung, Verwaltung oder Beteiligung an einer juristischen Person, die eine Handelsorganisation ist.

Einer der Gründe, die die Interessierten Parteien in ihren schriftlichen Beschwerdepunkten anführten, war ihrer Ansicht nach ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation.

Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat in Ziffer 51 des Beschlusses des Plenums №35 ausführlich dargelegt, was unter einem Verstoß gegen die öffentliche Ordnung zu verstehen ist, nämlich die grundlegenden Rechtsprinzipien (Grundsätze), die oberstes Gebot, Allgemeingültigkeit, besondere soziale und öffentliche Bedeutung besitzen und die Grundlage des wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Systems der Russischen Föderation bilden. Um die Entscheidung eines Schiedsgerichts wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung aufzuheben oder ihre Vollstreckung zu verweigern, muss das Gericht das kumulative Vorhandensein von zwei Merkmalen feststellen: erstens einen Verstoß gegen die Grundprinzipien der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Ordnung der Russischen Föderation, der zweitens Folgen in Form einer Schädigung der Souveränität oder der Sicherheit des Staates haben kann, die Interessen großer gesellschaftlicher Gruppen beeinträchtigt oder die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten natürlicher oder juristischer Personen verletzt.

Die Anwendung ausländischer Rechtsnormen durch das Schiedsgericht, die keine Entsprechung im russischen Recht haben, die Nichtteilnahme des Beklagten am Schiedsverfahren und das Versäumnis des Schuldners, Einwendungen gegen die Vollstreckung des Schiedsspruchs zu erheben, stellen für sich genommen keinen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung der Russischen Föderation dar.

Die Verletzung der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) als Grund für die Aufhebung eines Schiedsspruchs oder die Verweigerung der Vollstreckung eines Schiedsspruchs wird vom Gericht in Ausnahmefällen angewandt, ohne die besonderen Gründe für die Verweigerung der Anerkennung und Vollstreckung zu ersetzen, die in internationalen Verträgen der Russischen Föderation und in den Normen der Zivilprozessordnung der Russischen Föderation und der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation vorgesehen sind.

Im vorliegenden Fall hatten die Interessierten Parteien keinen Beweis für einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung erbracht.

Die Verweise der Beteiligten auf die Tatsache, dass die besagte Streitigkeit bereits Gegenstand des Konkursverfahrens der Sokovaya Kompaniya LLC (Arbitragegericht der Region Kirow, Fall Nr. A28-8586/2012) war, werden vom Gericht zurückgewiesen, da die Streitigkeiten

einen anderen Gegenstand haben und auch Gegenstand und Grundlage der Streitigkeit unterschiedlich sind. Die rechtliche Regelung des Rechtsstreits im Fall Nr. A28-8586/2012 war das Bundesgesetz "Über die Insolvenz (Konkurs)".

Auch in ihren Beschwerdepunkten verweisen die Interessierten Parteien auf einen Verstoß gegen das Schiedsverfahrensrecht

Wie aus den Akten hervorgeht, hat das Schiedsgericht im Dezember 2016 mit der Verhandlung der oben genannten Streitigkeit als ständiges Schiedsgericht im Rahmen des MTPP begonnen.

Gemäß dem Föderalen Gesetz "Über die Schiedsgerichtsbarkeit (Schiedsverfahren) in der Russischen Föderation" vom 01.11.2017 wird diese Streitigkeit weiterhin in der Zusammensetzung des Schiedsgerichts verhandelt, das von den Parteien des Schiedsverfahrens zur Beilegung einer bestimmten Streitigkeit (ad hoc) in Übereinstimmung mit dem durch Absatz festgelegten Verfahren gebildet wird. 16 Art. 52, Föderales Gesetz Nr. 382-FZ vom 29. Dezember 2015 "Über die Schiedsgerichtsbarkeit (Schiedsverfahren) in der Russischen Föderation".

Gemäß Artikel 52 (16) des Föderalen Gesetzes über die Schiedsgerichtsbarkeit (Schiedsverfahren) in der Russischen Föderation werden Streitigkeiten, die von einer ständigen Schiedsgerichtsinstitution verwaltet werden, von einem ständigen Schiedsgericht, das das Recht auf die Verwaltung der Streitigkeit gemäß Teil 13 dieses Artikels verloren hat, weiterhin vom Schiedsgericht verwaltet, und alle Funktionen der Schiedsgerichtsverwaltung werden vom Schiedsgericht wahrgenommen, wie im Rahmen eines Schiedsverfahrens von dem Schiedsgericht, das von den Parteien des Schiedsverfahrens zur Lösung der konkreten

Das Verfahren vor dem MTPP-Schiedsgericht wurde am 31.10.2017 beendet und durch den entsprechenden Beschluss, auf den sich die Klägerinnen beziehen, formalisiert, woraufhin das Verfahren ad hoc fortgesetzt wurde, wie aus dem Wortlaut des Schiedsspruchs hervorgeht.

Mit der Behauptung eines Verfahrensfehlers verweisen die Interessierten Parteien darauf, dass ab dem 01.11.2017 Schiedsinstitutionen, die nicht als ständige Schiedsinstitution zugelassen sind, einschließlich der MTPP-Schiedsgerichtsbarkeit, nicht zur Durchführung von Schiedsverfahren befugt waren.

Entscheidend ist jedoch der Zeitpunkt, an dem die Institution das Recht verloren hat, als ständige Schiedsinstitution zu handeln.

Wenn also die Einrichtung zuerst ihren PDAU-Status [*Anm. Institutionelles Schiedsgericht*] verloren und dann den Fall übernommen hat, liegt in der Tat ein Verstoß vor, wie aus der von den Antragstellern vorgelegten Rechtsprechung hervorgeht.

Wenn aber eine Institution ein Verfahren begonnen hat und im Laufe des Verfahrens seinen Status als PDAU verliert, ist es nach geltendem Recht zwingend erforderlich, das Verfahren ad hoc fortzusetzen und abzuschließen.

Die Zuständigkeit des Schiedsgerichts war von den Parteien vor dem staatlichen Schiedsgericht nicht in Frage gestellt worden. Die entsprechenden Argumente, die sie auch bei der Prüfung der Begründetheit der Streitigkeit vorgebracht hatten, wurden nach der Entscheidung des Schiedsgerichts vorgebracht, als sie ihren Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Schiedsgerichts stellten.

Die Kläger weisen darauf hin, dass das Urteil gegen das Grundprinzip des russischen Rechts verstößt, wonach eine Forderung nur dann erfüllt werden kann, wenn der Kläger klagebefugt ist. Hartmann A.N. hatte jedoch keinen Anspruch auf Erstattung der angeblich von der Gutta LLC verursachten Schäden, da die Gutta LLC einen solchen Anspruch an niemanden abgetreten hatte.

Dieses Argument wurde losgelöst vom Sachverhalt und den Feststellungen in der angefochtenen Entscheidung vorgetragen. Das Schiedsgericht hat das Recht von Hartmann A.N. zur Geltendmachung des geprüften Anspruchs bestätigt und eine entsprechende Begründung unter Bezugnahme auf bestimmte Dokumente geliefert (Para. F par. 18 (S. 582-583) Hartmann A.N. ist persönlich Partei des Vertrags zur Regelung gegenseitiger Ansprüche, und die anderen Vertragsparteien und die mit ihnen verbundenen Unternehmen haben, wie aus der Entscheidung hervorgeht, Verpflichtungen speziell ihm gegenüber übernommen.

Nach der Schiedsgerichtsordnung hatten die Parteien das Recht, den Schiedsrichter abzulehnen, wenn sie der Meinung waren, dass ihre Rechte verletzt worden waren, was nicht der Fall war.

Das Schiedsgericht habe die zahlreichen Anträge der Antragsteller auf zusätzliche Vorbereitungszeit ignoriert.

In der Zwischenzeit hatten alle Kläger aktiv an dem Schiedsverfahren teilgenommen, ihre Rechte verteidigt, ihre Standpunkte, Beweise und Erklärungen vorgelegt, so dass ein so fundamentaler Rechtsgrundsatz wie das Recht auf Verteidigung nicht verletzt worden war. In Anbetracht der obigen Ausführungen gab es keinen Grund, einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung (*ordre public*) festzustellen, der die Verweigerung eines Vollstreckungstitels für die Vollstreckung des Schiedsspruchs von Rechts wegen gerechtfertigt hätte.

Darüber hinaus verweisen die Parteien auf die Nichtigkeit der Schiedsklausel gemäß Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und erklären, dass das Recht eines jeden auf gerichtlichen Schutz durch ein staatliches Gericht in Artikel 46 der Verfassung der Russischen Föderation verankert ist. Diese Bestimmung war auf die Schiedsklausel anwendbar. Obwohl das Schiedsgericht in der Klausel deutsches Recht angewandt habe, sei Artikel 46 der Verfassung der Russischen Föderation gemäß Artikel 1192 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation auf die Schiedsklausel anzuwenden, weil das Recht auf gerichtlichen Schutz von besonderer Bedeutung sei, auch für die Sicherung der Rechte und gesetzlich geschützten Interessen der Beteiligten in Zivilsachen.

Mit anderen Worten: Die Vereinbarung und die darin enthaltene Klausel sind nach Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation nichtig, da sie den Beklagten, die ihrer Ansicht nach Nichtunterzeichner sind, das Recht nimmt, ein staatliches Gericht anzurufen, und die Beklagten, die ihrer Ansicht nach Nichtunterzeichner sind, zur unfreiwilligen Teilnahme am Schiedsverfahren zwingt.

Die Argumente der Beteiligten, einschließlich der von ihnen vorgelegten deutschen Rechtsgutachten, widerlegen weder die in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 festgestellten Umstände noch die in den Gerichtsakten der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 dargelegten rechtlichen Schlussfolgerungen zur Rechtmäßigkeit der Ad-hoc-Entscheidung und können keine Grundlage für die Verweigerung des Erlasses einer Vollstreckungsanordnung sein.

Das Gutachten von Prof. Dr. Reinhard Gaier zum deutschen Recht befasst sich mit dem Ablauf des gerichtlichen Verfahrens in der Schiedsgerichtsbarkeit, der Anwendung der deutschen Rechtsgutachten von Prof. Pfeiffer, Dr. Kurzinski-Singer und Prof. Asoskow, den von den Gutachtern angewandten Regeln der Rechtsauslegung und der Überprüfung der Entscheidung des Schiedsgerichts, ob das in § 103 Abs. 1 GG garantierte Recht auf Gehör verletzt worden ist.

Die Schlussfolgerungen des Gutachters über die unzureichende Bezugnahme im Schiedsspruch vom 21.05.2019 auf die Schlussfolgerungen von Rechtsgutachten, die unzureichende Analyse der gerichtlichen Praxis sowie seine Annahmen, dass die Schiedsrichter die "Wahrnehmungsfähigkeit" der Position der Beklagten nicht sichergestellt haben (Randnummern 110 bis 122 des besagten Gutachtens), sowie über das Vorliegen eines Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung und den internationalen *ordre public* in dieser Hinsicht sind eine Privatmeinung des Verfassers des Gutachtens, da er keine konkreten Rechtsnormen oder Gerichtsentscheidungen anführt, in denen entsprechende Umstände als Grund für die Versagung der Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruchs anerkannt sind.

In Randnummer 127 des Gutachtens wird festgestellt, dass das Gericht, wenn es die rechtlichen Schlussfolgerungen von Professor Pfeiffer zur Kenntnis genommen hätte, wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen wäre, den Geltungsbereich der Schiedsklausel auf alle Beklagten auszudehnen. Abgesehen davon, dass die Schlussfolgerung nicht schlüssig ist, was durch die Formulierungen "unwahrscheinlich", "sicher" und "möglich" belegt wird, ist anzumerken, dass die Schlussfolgerungen von Professor Pfeiffer im Schiedsspruch vom 21.05.2019 berücksichtigt wurden (Rz. 7.26 des Schiedsspruch) und er [*Anm. Prof. Pfeiffer*] hat selbst als Sachverständiger teilgenommen, was von den Parteien nicht bestritten wird.

Das Gericht sieht daher keine Grundlage für andere rechtliche Schlussfolgerungen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Schiedsspruchs vom 21.05.2019 auf der Grundlage der oben genannten Argumente der Interessierten Parteien, die von den Schlussfolgerungen der Gerichte in der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 abweichen.

Was das Vorbringen zur Ungültigkeit der Schiedsklausel nach russischem und deutschem Recht angeht, so hält das Gericht die folgenden Anmerkungen für erforderlich.

Die Beteiligten 1 bis 4 erklären in ihrer Antwort, dass die Schiedsklausel, soweit sie für die Beteiligten 2 bis 7 gilt, nach russischem Recht nichtig ist.

Die Beteiligten 1-4 begründen ihren Antrag damit, dass gemäß Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation ein Geschäft, das zu einem Zweck getätigt wird, von dem bekannt ist, dass es gegen die Grundregeln des Rechts und der Moral verstößt, nichtig ist und die in Artikel 167 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation genannten Folgen nach sich zieht. Die Beteiligten 1-4 begründen ihren Standpunkt mit den Ausführungen in Ziffer 85 des Beschlusses des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 23.06.2015 "Über die Anwendung einiger Bestimmungen des Teils I des Zivilgesetzbuchs der Russischen Föderation durch die Gerichte", den Bestimmungen des Art. 45, 46 der Verfassung der Russischen Föderation, Artikel 6 des Europäischen Übereinkommens (abgeschlossen in Rom am 04.11.1950) und Artikel 1 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation.

Nach Ansicht der Beteiligten 1-4, die die Schlussfolgerungen des Schiedsgerichts akzeptieren, gilt die Schiedsklausel auch für die Beteiligten 2-7, d. h. es liegt eine Vereinbarung (ein Geschäft) zwischen dem Kläger einerseits und den Beteiligten 2-7 andererseits vor, die gegen die Grundlagen der russischen Rechtsordnung verstößt, d. h. sie entzieht den Beteiligten 2-7 das Recht auf gerichtlichen Schutz und darauf, dass ihre Streitigkeit von einem zuständigen staatlichen Gericht behandelt wird, da diese Personen nie eine Vereinbarung mit dem Kläger getroffen haben, die Streitigkeit einem Schiedsverfahren zu unterwerfen, und außerdem gegen den Grundsatz der Willensautonomie und der Vertragsfreiheit verstoßen, da die Interessierten Parteien 2-7 nie ihre Zustimmung zu der beiderseits verbindlichen Vereinbarung zur Regelung gegenseitiger Ansprüche und der darin enthaltenen Klausel geäußert haben

Die Interessierten Parteien 5-7 weisen in ihren Erwiderungen darauf hin, dass die Schiedsklausel nach russischem Recht nichtig ist, wenn sie fälschlicherweise auf die nicht unterzeichnenden Beklagten ausgedehnt wird.

Zur Begründung verweisen die Interessierten Parteien auf Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und erklären, dass eine Transaktion, die zu einem Zweck vorgenommen wird, von dem bekannt ist, dass er gegen die Grundsätze von Recht und Ordnung oder die guten Sitten verstößt, nichtig ist und die in Artikel 167 dieses Gesetzbuches genannten Folgen nach sich zieht. In den gesetzlich vorgesehenen Fällen kann das Gericht den gesamten Erlös aus einem solchen Geschäft von den Parteien, die vorsätzlich gehandelt haben, zu Gunsten der Russischen Föderation einziehen oder andere gesetzlich vorgesehene Konsequenzen anwenden.

Darüber hinaus berufen sich die Parteien auf Artikel 46 der Verfassung der Russischen Föderation und machen geltend, dass diese Bestimmung auf die Schiedsklausel anwendbar sei. Obwohl das Schiedsgericht auf die Schiedsklausel deutsches Recht angewandt hatte, war Artikel 46 der Verfassung der Russischen Föderation gemäß Artikel 1192 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation auf die Schiedsklausel anzuwenden, weil das Recht auf gerichtlichen Schutz von besonderer Bedeutung ist, auch für die Sicherung der Rechte und gesetzlich geschützten Interessen der Zivilparteien.

Die Interessierten Parteien 5-7 sind der Ansicht, dass die Vereinbarung und die darin enthaltene Schiedsklausel gemäß Artikel 169 der Russischen Föderation nichtig sind, da sie den nicht unterzeichnenden Beklagten das Recht vorenthalten, ein staatliches Gericht anzurufen, und die nicht unterzeichnenden Beklagten zur unfreiwilligen Teilnahme am Schiedsverfahren verpflichten.

Nach Prüfung des Vorbringens der Parteien sieht das Gericht keine Veranlassung, die Vereinbarung über die Beilegung gegenseitiger Ansprüche und die darin enthaltene Schiedsklausel gemäß Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation für nichtig zu erklären.

Gemäß Artikel 46 (1) der Verfassung der Russischen Föderation wird jeder Person der gerichtliche Schutz ihrer Rechte und Freiheiten garantiert.

Gemäß Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation in der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages über die Beilegung gegenseitiger Ansprüche und des Schiedsvertrages geltenden Fassung ist ein Geschäft, das zu einem Zweck vorgenommen wird, von dem bekannt ist, dass es gegen die Grundlagen von Recht und Ordnung oder gegen die guten Sitten verstößt, nichtig. Bei Vorliegen des Vorsatzes beider Parteien eines solchen Geschäfts wird, wenn beide Parteien das Geschäft ausgeführt haben, alles, was sie im Rahmen des Geschäfts erhalten haben, zu Gunsten der Russischen Föderation eingezogen, und wenn eine Partei das Geschäft ausgeführt hat, wird alles, was sie erhalten hat, und alles, was sie der anderen Partei als Ausgleich für das, was sie erhalten hat, schuldet, zu Gunsten der Russischen Föderation eingezogen. Ist nur eine der Parteien an einem solchen Geschäft beteiligt, muss alles, was sie im Rahmen des Geschäfts erhalten hat, an die andere Partei zurückgegeben werden, und alles, was diese als Entschädigung für die erbrachte Leistung erhalten hat oder ihr schuldet, muss zu Gunsten der Russischen Föderation eingezogen werden.

Gemäß den Erläuterungen in Ziffer 85 des Beschlusses des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 23.06.2015 Nr. 25 "Über die Anwendung einiger Bestimmungen des Ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte" können Geschäfte, die mit einem Zweck abgeschlossen werden, der sich wissentlich gegen die Grundlagen von Recht und Ordnung oder die Moral richtet, als Geschäfte qualifiziert werden, die gegen die Grundprinzipien der russischen Rechtsordnung, die Grundsätze der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft und ihre moralischen Grundlagen verstoßen. Zu diesen Geschäften können insbesondere Geschäfte gehören, die auf die Herstellung und Veräußerung von Gegenständen abzielen, die im zivilrechtlichen Umsatz beschränkt sind (entsprechende Arten von Waffen, Munition, Drogen, andere Produkte mit Eigenschaften, die für das Leben und die Gesundheit der Bürger gefährlich sind, usw.); Geschäfte, die auf die Herstellung und Verbreitung von Literatur und anderen Produkten abzielen, die den Krieg, den nationalen, rassistischen oder religiösen Hass fördern; Geschäfte, die auf die Herstellung oder den Verkauf von gefälschten Dokumenten und Wertpapieren abzielen; Geschäfte, die gegen das Gesetz und die Moral der Gesellschaft verstoßen. Die Verletzung eines Gesetzes oder eines anderen Rechtsakts durch einen Beteiligten, insbesondere die Steuerhinterziehung, bedeutet für sich genommen nicht, dass das Geschäft zu einem Zweck getätigt wurde, der bekanntermaßen gegen die Grundlagen von Recht und Ordnung oder die guten Sitten verstößt. Für die Anwendung von Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation muss nachgewiesen werden, dass der Zweck des Geschäfts sowie die Rechte und Pflichten, die die Parteien mit dem Abschluss des Geschäfts begründen wollten, oder die angestrebte Änderung oder Beendigung bestehender Rechte und Pflichten wissentlich den Grundlagen von Recht und Ordnung oder den guten Sitten zuwiderliefen und dass mindestens eine Partei des Geschäfts vorsätzlich gehandelt hat. Eine Transaktion, die wissentlich zu einem Zweck durchgeführt wird, der bekanntermaßen gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstößt, hat die in Artikel 167 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation festgelegten allgemeinen Folgen (beidseitige Rückerstattung). In den gesetzlich vorgesehenen Fällen kann das Gericht zu Gunsten der Russischen Föderation den gesamten Erlös aus einem solchen Geschäft einziehen, den die Parteien, die vorsätzlich gehandelt haben, erhalten haben, oder andere gesetzlich festgelegte Konsequenzen anwenden.

Um eine Schiedsvereinbarung aus den in Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation genannten Gründen für nichtig zu erklären, müssen die Interessierten Parteien also beweisen, dass sie zu einem Zweck geschlossen wurde, der gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstößt, und dass mindestens eine Partei die Absicht hatte, das Geschäft durchzuführen. Das Vorliegen von Vorsatz muss nachgewiesen werden und kann nicht vermutet werden.

Bei der Prüfung des vorliegenden Rechtsstreits hat das Gericht keine Umstände festgestellt, die auf einen unsozialen Charakter der Schiedsvereinbarung hindeuten und die Anwendung von Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation ermöglichen würden. Diesbezüglich hat das Gericht festgestellt, dass die betroffenen Parteien nicht nachgewiesen haben, dass die

Schiedsvereinbarung zu einem Zweck geschlossen wurde, der gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstößt, oder dass zumindest eine der Parteien die Absicht hatte, ein solches Geschäft abzuschließen.

Das Schiedsgericht hat die Ausdehnung der Klausel auf alle Interessierten Parteien in den Ziffern 7.10 bis 7.38 des Schiedsspruchs ausführlich begründet.

In der Rechtssache A40-264409/2019-68-1743 entschied das Gericht nach einer Analyse der oben genannten Absätze des Urteils, dass das Gericht die Bedingungen der Vereinbarung zur Schadensregulierung unter Berücksichtigung ihres Inhalts, der Handlungen der Streitparteien und unter Anwendung des materiellen Rechts ausgelegt hat und zu dem Schluss gekommen ist, dass die Vereinbarung zur Schadensregulierung auf alle juristischen und natürlichen Personen Anwendung findet, die mit den Unterzeichnern der Vereinbarung verbunden und direkt oder indirekt an den Beziehungen beteiligt sind, die die Parteien bei

Der Rechtsstreit wurde durch Vertragsverletzungen zwischen einer Gruppe von juristischen und natürlichen Personen ausgelöst. Die Vereinbarung zur Beilegung der gegenseitigen Ansprüche, auf deren Grundlage die Schiedsvereinbarung geschlossen worden war, enthielt kein Verbot oder eine andere Beschränkung, die die Anwendung ihrer Vorschriften auf die betroffenen Personen verhinderte; sie enthielt vielmehr Bestimmungen, die den Gegenstand des Rechtsverhältnisses zwischen den Parteien, das durch die Vereinbarung geregelt wurde, erweiterten.

Es waren die Interessierten Parteien 5-7, die der Klägerin die von ihren eigenen Beratern entwickelten spezifischen Vertragsformen vorschlugen (Ziffer 7.31 des Schiedsspruchs).

Daraus ergibt sich, dass die Interessierten Parteien als die starke Partei, die die Vereinbarungen mit dem Kläger getroffen hatte, die Anrufung eines Schiedsgerichts veranlasst und die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte abgelehnt hatten. Die Akte enthielt keinen Beweis für das Gegenteil.

Gleichzeitig bestätigt die Akte, dass alle Interessierten Personen an dem Schiedsverfahren teilnahmen, sich aktiv daran beteiligten, ihre Rechte verteidigten, ihre Standpunkte, Beweise und Erklärungen vortrugen und folglich der grundlegende Rechtsgrundsatz des Rechts auf Verteidigung nicht verletzt wurde.

Unter diesen Umständen sind die Argumente der Interessierten Parteien, dass die Vereinbarung über die Beilegung gegenseitiger Forderungen und die darin enthaltene Schiedsklausel gemäß Artikel 169 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation nichtig sind, unbegründet und unbewiesen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Interessierten Parteien die Schiedsvereinbarung für nichtig erklärt hatten, ist das Gericht der Auffassung, dass die fragliche Erklärung ausschließlich zu dem Zweck abgegeben wurde, sich der Haftung zu entziehen und die Vollstreckung des Schiedsspruchs bösgläubig zu verhindern.

Bei der Beurteilung des Arguments, dass die Schiedsklausel nach deutschem Recht unwirksam sei, stellt das Gericht fest, dass es keinen Grund gibt, sie für ungültig zu erklären.

Die Unwirksamkeit des Vorbehalts nach deutschem Recht wird damit begründet, dass es sich bei den Betroffenen um Verbraucher im Sinne von § 1031 Absatz 5 der deutschen Zivilprozessordnung und § 13 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs handelt, wobei auf die im deutschen Rechtsgutachten von W. Buchwitz dargelegte Rechtslage verwiesen wird.

Die Interessierten Parteien waren jedoch keine Verbraucher, da der streitige Vertrag, an dem sie beteiligt waren, im Rahmen der Regelung der Rechtsbeziehungen im Bereich der geschäftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit in der Russischen Föderation geschlossen worden war.

Das Urteil des Moskauer Arbitragegerichts vom 21.08.2020 in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 stellt fest, dass das Schiedsgericht nach Prüfung der Richtlinie Nr. 93/13/EWG des Rates von 1993 über unzulässige Klauseln in Verbraucherverträgen sowie des deutschen Rechts und der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs der Bundesrepublik Deutschland festgestellt hat, dass die Beklagten in diesem Fall keine schwächere Partei als der Kläger waren. Im Gegenteil, die Beklagten waren in dem fraglichen Rechtsverhältnis eine nach deutschem Recht und internationaler Geschäftspraxis eindeutig wirtschaftlich dominierende und versierte Partei(en), und sie waren es, wie wiederholt erwähnt, die dem Kläger das von ihren Beratern entwickelte rechtliche Modell der Geschäftsabläufe einschließlich des konkreten Vertragstextes vorschlugen.

Darüber hinaus wird in dem genannten Urteil des Arbitragegerichts Moskau vom 21.08.2020 in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 festgestellt, dass: "Darüber hinaus haben die Kläger ein Gutachten von Professor W. Buchwitz zu den Akten gereicht, das sich auf die Vorschrift des § 1031 Abs. 6 der Zivilprozessordnung der Bundesrepublik Deutschland beruft, wonach ein Formmangel durch die Teilnahme an der Verhandlung des Schiedsgerichts in der Sache geheilt wird.

Wie die Schiedsrichter unter Bezugnahme auf Sachverständigengutachten, Rechtsprechung und Aktenlage nach geltendem deutschen Recht festgestellt haben, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Schiedsklausel auf gesetzliche Vertreter von juristischen Personen und verbundenen Personen ausgedehnt werden kann".

Im vorliegenden Fall wurden keine Argumente vorgebracht, die diese Schlussfolgerungen widerlegen, so dass das Gericht keinen Grund hatte, Artikel 239 § 2 (3) der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation anzuwenden.

Wie das Moskauer Arbitragegericht in der Rechtssache Nr. A40-264409/2019-68-1743 feststellte, "wies der Finanzverwalter außerdem darauf hin, dass gegen Hartmann mit Beschluss des Moskauer Arbitragegerichts vom 10. März 2020 in der Rechtssache Nr. A40-233232/2019 ein Konkursverfahren - Umstrukturierung der Schulden eines Bürgers - eingeleitet wurde. Bislang haben zehn Gläubiger, darunter die Steuerbehörde, Forderungen in Höhe von mehr als 5 Millionen RUB angemeldet.

Es ist klar, dass diese Situation erstens darauf hindeutet, dass der Rechtsstreit öffentlich ist und das Ergebnis des Rechtsstreits die Rechte der Gläubiger von Hartmann A.N. beeinträchtigen wird, und zweitens, dass Hartmann A.N. nicht über das Geld verfügt, um gerichtliche Schritte oder Verfahren zur Eintreibung der Schulden bei den Antragstellern einzuleiten. Dies wird behauptet, um Hartmann zu veranlassen, den Schutz seiner Rechte vor anderen Gerichten, auch im Ausland, erneut zu beantragen.

Es liegt jedoch auf der Hand, dass eine erneute Prüfung desselben Falles (oder derselben Fälle) in ausländischen Gerichtsbarkeiten den Interessen der Gläubiger und der zuständigen Stelle sowie dem öffentlichen Charakter des Konkursverfahrens zuwiderlaufen würde.

Alle zahlreichen Antworten und Argumente der Interessierten Parteien, die im Laufe der Prüfung des Antrags vorgebracht wurden, laufen darauf hinaus, dass sie mit der Entscheidung des Schiedsgerichts und den darin als Ergebnis der Prüfung gezogenen Schlussfolgerungen nicht einverstanden sind, neben den Einwänden im Rahmen des Antrags in der Hauptsache wiederholen sich die Argumente der Interessierten Parteien, die von ihnen im Rahmen der Prüfung der Rechtssache № A40-264409/19-68-1743 vorgebracht wurden und auf eine inhaltliche Überprüfung der Entscheidung des Schiedsgerichts und der Feststellungen des Arbitragegerichts Moskau vom 21.08.2020 in der Rechtssache № A40-264409/19-68-1743 gerichtet sind, die in Rechtskraft erwuchs und von allen höheren Gerichten bestätigt wurde. Das Gericht hat die anderen Argumente in den Schriftsätzen der Beteiligten geprüft, kann sie aber nicht als begründet ansehen. Das Fehlen der Schlussfolgerungen zur Bewertung der einzelnen angeführten Argumente im Begründungsteil deutet nicht darauf hin, dass sie vom Gericht im Rahmen des Antrags auf Erteilung eines Vollstreckungstitels für die Vollstreckung eines Ad-hoc-Schiedsspruchs in Moskau in der Rechtssache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019 in der vom Schiedsgericht am 10.09.2019 korrigierten Fassung nicht geprüft und bewertet wurden.

Das Gericht stellt ferner fest, dass die betroffenen Parteien gemeinsam gehandelt haben und dass sie derselben Gruppe angehörten, wie im Schiedsverfahren festgestellt und im Ad-hoc-Schiedsspruch festgehalten wurde (Ziffern 7.17, 7.18, 7.23 des Schiedsspruchs, Band 7, Nr. 145).

Es ist nicht Sache des Arbitragegerichts, zu prüfen, ob das Schiedsgericht die Regeln des materiellen Rechts oder des Verfahrensrechts richtig angewandt hat, und die Beweise in der Sache zu bewerten, um das Vorliegen eines Umstands zu bestätigen.

In Ziffer 12 des Informationsschreibens des Präsidiums des Obersten Arbitragegerichts der Russischen Föderation vom 22.12.2005 Nr. 96 "Überprüfung der Praxis der Prüfung von Fällen zur Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen ausländischer Gerichte, zur Anfechtung von Entscheidungen der Schiedsgerichte und zum Erlass von Vollstreckungstiteln zur Vollstreckung von

Entscheidungen der Schiedsgerichte durch die Arbitragegerichte" heißt es, dass das Arbitragegericht bei der Prüfung eines Antrags auf Aufhebung einer Entscheidung des Arbitragegerichts nicht berechtigt ist, die Entscheidung in der Sache zu überprüfen. Bei der Prüfung der Akten hat sich das Arbitragegericht darauf zu beschränken, festzustellen, ob Gründe für die Aufhebung des Schiedsspruchs des Schiedsgerichts gemäß Artikel 233 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation vorlagen oder nicht, und alle zur Begründung der Ansprüche vorgelegten Beweise zu prüfen, ohne den Inhalt der besonderen Umstände des Falles erneut zu beurteilen.

Ähnliche Bestimmungen finden sich in Ziffer 44 des Beschlusses Nr. 53 des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 10.12.2019 "Über die Ausübung der Erleichterung und Kontrolle durch die Gerichte der Russischen Föderation in Bezug auf Schiedsverfahren, internationale Handelsschiedsverfahren".

Eine Neubewertung der Beweise und eine andere Auslegung der Vertragsbedingungen im Verhältnis zu den tatsächlichen Beziehungen zwischen den Parteien ist nach geltendem Recht unzulässig, wenn die Arbitragegerichte über Anträge nach Kapitel 30 der Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation entscheiden. Wie bereits erwähnt, wurden bei den geprüften Anträgen keine Verstöße gegen allgemein anerkannte Grundsätze und Regeln des Rechts oder der öffentlichen Ordnung der Russischen Föderation festgestellt.

Nach alledem gibt es keine rechtlichen Gründe für die Ablehnung des Erlasses eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung des Schiedsspruchs im Ad-hoc-Schiedsverfahren in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: M.J. Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der Fassung der Ergänzung vom 10.09.2019.

Gemäß Artikel 110 der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation sind die Kosten der staatlichen Gebühr für den Antrag von den betroffenen Personen zu tragen.

Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen und in Übereinstimmung mit Art. 110, 236-240 der Schiedsverfahrensordnung der Russischen Föderation, das Gericht

ENTSCHEIDET:

Die Anträge der Interessierten Parteien auf Aussetzung des Verfahrens und auf Einstellung des Verfahrens werden zurückgewiesen.

Dem Antrag des Bürgers der Bundesrepublik Deutschland, Axel Niels Hartmann, auf Erlass eines Vollstreckungstitels zur Vollstreckung des Ad-hoc-Schiedsspruchs in Moskau in der Sache Nr. A-2016/50-AN vom 21.05.2019, Schiedsrichter: MJ Savransky, Dr. Jens Potten, Michael Schwartz, in der von den Schiedsrichtern am 10.09.2019 korrigierten Fassung, wird stattgegeben.

Es wird ein Vollstreckungsbescheid ausgestellt.

Es wird gesamtschuldnerisch von der 2. RHV Verwaltungs GmbH, der Eckes-Granini International GmbH, der Eckes-Granini Group GmbH, der Eckes AG, T. H., R. W., W. A. F. G. zu Gunsten von Axel Niels Hartmann 3.000 Rubel für die Zahlung von Staatsgebühren zurückgefordert.

Die Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Verkündung beim Arbitragegericht des Moskauer Gebiets angefochten werden.

Richter

R.E. Galieva

Die elektronische Unterschrift ist gültig.
ES-Daten: FGBU IAC Justizielles Treuhandzentrum

Abteilung
Datum 07.04.2021 8:35:50
An wen wird Galiyeva Renata Evgenyevna ausgestellt



14020011710031

52_30860320



АРБИТРАЖНЫЙ СУД ГОРОДА МОСКВЫ

115191, г.Москва, ул. Большая Тульская, д. 17

<http://www.msk.arbitr.ru>

ОПРЕДЕЛЕНИЕ

г. Москва
29 декабря 2021 года

Дело № А40-158044/2020-52-1171

Резолютивная часть определения объявлена 17 декабря 2021 года.
Определение в полном объеме изготовлено 29 декабря 2021 года.

Арбитражный суд г. Москвы в составе:
председательствующего судьи Галиевой Р.Е.
при ведении протокола секретарем судебного заседания Назиповой А.О.
рассмотрев в судебном заседании дело по заявлению
гражданина ФРГ Акселя Нильса Хартманна

к заинтересованным лицам:

1. 2.ЭрХаВэ Фервальтунгс ГмбХ (Людвиг-Экес-Плац 1, 55268, Нидер-Ольм, ФРГ),
2. Экес-Гранини Интернешнл ГмбХ (Людвиг-Экес-Плац 1, 55268, Нидер-Ольм, ФРГ),
3. Экес-Гранини Груп ГмбХ (Людвиг-Экес-Плац 1, 55268, Нидер-Ольм, ФРГ),
4. Экес АГ (Людвиг-Экес-Плац 1, 55268, Нидер-Ольм, ФРГ),
5. гражданин ФРГ Томас Хиндерер,
6. гражданин ФРГ Ральф Вендланд,
7. гражданин ФРГ Вальтер Альберт Франц Грэц

третьи лица:

1. Дронов О.В.
2. Федеральная служба по финансовому мониторингу (Росфинмониторинг)
о выдаче исполнительного листа на принудительное решения арбитражного решения по
арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019,
арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Шварц, в редакции определения
арбитров от 10.09.2019.

в судебное заседание явились:

- от заявителя: лично гражданин ФРГ Аксель Нильс Хартманн, представитель Бабенко А.А.,
Штыков Д.В. (по доверенности от 08.10.2021 № 77 АГ 7622403);
от заинтересованных лиц (1-4): представители Аиткулов Т.Д., Семушина О.В., Валентирова
Г.Е., Лавриченко Б.М. (по доверенности);
от заинтересованного лица (5): представитель Кокос О.С. (по доверенности от 12.05.2021);
от заинтересованного лица (6): представитель Колотилов О.В. (по доверенности от
12.05.2021);

от заинтересованного лица (7): представитель Покрышкин Н.А. (по доверенности от 06.06.2019);

от Дронова О.В.: представитель Галюда Е.Ю. (доверенность от 11.01.2021 № б/н);

от Росфинмониторинга – не явился, извещен.

УСТАНОВИЛ:

Аксель Нильс Хартманн обратился в Арбитраж при Московской торгово-промышленной палате с иском о солидарном взыскании с ответчиков 1-7 денежных средств в размере 68 228 226 евро, а также исчисляемых с момента возбуждения производства процентов в размере 8 процентных пунктов, а в качестве альтернативы – взыскать солидарно с ответчиков 1-7 денежных средств в размере 68 228 226 евро, а также исчисляемых с момента возбуждения производства процентов в размере 8 процентных пунктов, пропорционально сумме понесенных истцом прямых убытков и в пользу каждого по отдельности ЗАО «АксиС и Ко», ООО «Аксис Консалтинг» или ООО «Гутта» пропорционально сумме понесенных ими убытков, а также взыскании судебных расходов.

Решением Арбитража (разбирательство ad hoc), принятым 21.05.2019 по делу №А-2016/50-АН, в составе третейских судей: М. Савранского (председательствующий), д-р. Й. Поттена, М. Швартца, исковые требования Акселя Нильса Хартманна удовлетворены в части солидарного взыскания с ответчиков убытков в размере 49.024.599,75 евро; процентов в размере 5% годовых на сумму 49 024 599,75 евро начиная с 13.07.2017 и вплоть до оплаты суммы убытков в полном объеме; дополнительных расходов истца и арбитражное разбирательство в размере 8 886,15 евро, расходов по оплате услуг представителей в размере 100 000 евро, расходов по оплате арбитражного сбора в размере 78 595,57 евро.

Аксель Нильс Хартманн обратился в Арбитражный суд города Москвы с заявлением о выдаче исполнительного листа на принудительное решения арбитражного решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Швартц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019.

В судебное заседание не явился представитель Федеральной службы по финансовому мониторингу, о времени и месте судебного заседания извещен согласно Отчету об отслеживании корреспонденции Почты России с приложением реестра корреспонденции суда, в связи с чем, заявление рассмотрено в его отсутствие на основании ст. 156 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

Заявитель требования поддержал, пояснил позицию по заявлению.

Заинтересованные лица возражали относительно выдачи исполнительного листа на принудительное исполнение арбитражного решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Швартц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019.

В ходе рассмотрения настоящего дела со стороны заинтересованных лиц были заявлены ходатайства о приостановлении производства по делу и/или об отложении судебного заседания до вступления в законную силу судебного акта Верховного Суда Российской Федерации, который будет вынесен по результатам рассмотрения жалоб на определение Арбитражного суда города Москвы от 21.08.2020 по постановления Арбитражного суда Московского округа от 05.11.2020 по делу № А40-264409/2019-68-1743, а также до рассмотрения Высшим судом Кобленца (ФРГ) обращения Заинтересованных лиц о законности Решения ad hoc по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, и об отложении судебного заседания в связи с представленными пояснениями третьего лица для представления дополнительных доказательств.

Заявитель возражал относительно заявленных ходатайств со стороны заинтересованных лиц, указал, что Верховным судом оставлены без удовлетворения жалобы заинтересованных лиц в рамках рассмотрения дела А40-264409/2019-68-1743, в части отложения судебного заседания до рассмотрения спора Высшим судом Кобленца (ФРГ) пояснил, что указанный процесс не может стать препятствием для рассмотрения настоящего дела.

Третье лицо в судебном заседании поддержало позицию заявителя, в удовлетворении заявленных ходатайств просило отказать, рассмотреть заявление.

Рассмотрев доводы заинтересованных лиц, заслушав возражения заявителя, третьего лица, оценив представленные в обоснование ходатайств доказательства в порядке ст. 71 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, суд пришел к выводу об отказе в удовлетворении заявлений как в части приостановления производства по настоящему делу, так и в отложении рассмотрения дела по доводам изложенным в ходатайствах.

В рамках рассмотрения дела А40-264409/2019-68-1743 определением Арбитражного суда города Москвы от 21.08.2020, оставленным без изменения постановлением Арбитражного суда Московского округа от 05.11.2020, в удовлетворении требований об отмене решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Швартц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019 отказано. Определением Верховного Суда Российской Федерации от 25.02.2021 в передаче кассационных жалоб для рассмотрения в судебном заседании Судебной коллегии по экономическим спорам Верховного Суда Российской Федерации отказано.

Письмом заместителя Председателя Верховного Суда Российской Федерации от 30.04.2021 отказано в удовлетворении жалобы на определение судьи Верховного Суда Российской Федерации от 25.02.2021 об отказе в передаче кассационной жалобы для рассмотрения в судебном заседании Судебной коллегии по экономическим спорам Верховного Суда Российской Федерации.

Как указал Верховный Суд Российской Федерации, обращения заинтересованных лиц рассмотрены в Верховном Суде Российской Федерации в установленном законом порядке; заявителями исчерпаны предусмотренные нормами статей 291.1-291.15 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации способы обжалования вступивших в законную силу судебных актов арбитражных судов в Верховном Суде Российской Федерации.

Письмами Верховного Суда Российской Федерации от 16.11.2021 заинтересованным лицам возвращены повторно поданные ими жалобы на судебные акты по делу №А40-264409/2019-68-1743 со ссылкой на исчерпание ими способов оспаривания судебных актов.

Поскольку определение Арбитражного суда города Москвы от 21.08.2020 об отказе в отмене решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Швартц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019, вступило в законную силу, то суд приходит к выводу об отказе в удовлетворении заявлений заинтересованных лиц о приостановлении производства по настоящему делу до вступления в законную силу судебного акта Верховного Суда Российской Федерации, который будет вынесен по результатам рассмотрения жалоб на определение Арбитражного суда города Москвы от 21.08.2020 по постановления Арбитражного суда Московского округа от 05.11.2020 по делу № А40-264409/2019-68-1743.

Заявления заинтересованных лиц об отложении судебного заседания до рассмотрения Высшим судом Кобленца (ФРГ) обращения Заинтересованных лиц о законности Решения ad hoc по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, также не подлежит удовлетворению.

Вопросы исполнения или неисполнения Решения ad hoc в иных юрисдикциях не могут быть препятствием для настоящего процесса, так как в силу подп. «е» п. 1 ст. 5 и ст. 6 Конвенции Организации Объединенных Наций «О признании и приведении в исполнение иностранных арбитражных решений», Нью-Йорк 1958 года (далее - Конвенция) арбитражное решение может быть отменено лишь компетентной властью страны, где оно было вынесено или страны, закон которой применяется.

Вопросы возможности или невозможности исполнения решения ad hoc по делу №А-2016/50-АН от 21.05.2019 в отдельных юрисдикциях в силу ст. 5 и ст. 6 Конвенции

Организации Объединенных Наций «О признании и приведении в исполнение иностранных арбитражных решений», Нью-Йорк 1958 года, ст.ст. 143, 144, 158 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации не влияют на возможность исполнения решения в Российской Федерации, и наличие других судебных споров на территории иностранных государств не является основанием для приостановления и отложения настоящего разбирательства.

С учетом вышеизложенного, судом ходатайства заинтересованных лиц об отложении судебного разбирательства, о приостановлении рассмотрения заявления до вынесения судебного акта по другому делу рассмотрены судом и оставлены без удовлетворения, поскольку основания изложенные в ходатайствах заинтересованных лиц не препятствуют рассмотрению заявления по существу.

Доводы заинтересованных лиц об отложении судебного заседания для представления дополнительных доказательств с учетом представления в материалы дела отзыва третьего лица также подлежит отклонению. В условиях предоставления сторонами письменных позиций и документов, поступления истребованных судом материалов арбитражного (третейского) дела, с учетом сроков рассмотрения спора, суд приходит к выводу об отсутствии оснований для отложения судебного заседания. Заинтересованными лицами не представлено доказательств, свидетельствующих о невозможности проведения заседания дела при данной явке и поступивших в дело доказательствах. Более того, суд принимает во внимание, что такие ходатайства заявлялись заинтересованными лицами в каждом заседании по настоящему делу с 19.10.2020 года.

Также со стороны заинтересованных лиц было заявлено о прекращении производства по заявлению на основании п. 1 ч. 1 ст. 150 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, поскольку у суда отсутствует компетенция на рассмотрение заявления. Так заинтересованные лица указывают, что они не находятся на территории Российской Федерации; не имеют имущества на территории Российской Федерации; между заинтересованными лицами с одной стороны и заявителем с другой стороны отсутствует соглашение для целей ч. 3 ст. 236 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

В соответствии с ч. 3 ст. 236 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда подается в арбитражный суд субъекта Российской Федерации по адресу или месту жительства должника либо, если его адрес или место жительства неизвестны, по месту нахождения имущества должника - стороны третейского разбирательства. По соглашению сторон третейского разбирательства заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда может быть подано в арбитражный суд субъекта Российской Федерации, на территории которого принято решение третейского суда, либо в арбитражный суд субъекта Российской Федерации по адресу стороны третейского разбирательства, в пользу которой принято решение третейского суда.

Лицами, участвующими в деле, не оспаривается тот факт, что заинтересованные лица находятся не на территории Российской Федерации.

В обоснование заявления о выдаче исполнительного листа заявитель указал на наличие у заинтересованных лиц следующего имущества на территории Российской Федерации. Экес-Гранини Груп ГмбХ с 2002 года по настоящее время принадлежит зарегистрированное в России доменное имя ECKES-GRANINI.RU, что подтверждается нотариальным протоколом осмотра доказательств от 17.03.2016 и справкой АО «РСИЦ» (RU-CENTER, аккредитованный регистратор доменных имен в домене RU) от 13.01.2021 и 12.10.2021.

Статья 5 Федерального закона от 27.07.2006 № 149-ФЗ (ред. от 02.07.2021) «Об информации, информационных технологиях и о защите информации» устанавливает, что информация может являться объектом публичных, гражданских и иных правовых отношений, может свободно использоваться любым лицом и передаваться одним лицом

другому лицу, если федеральными законами не установлены ограничения доступа к информации либо иные требования к порядку ее предоставления или распространения.

То есть, по мнению заявителя, информационная технология имеет определенную ценность и может быть предметом сделки, доменное имя, право его администрирования, следует квалифицировать как имущественное право, заключающееся в возможности лица, зарегистрировавшего доменное имя, разместить в сети Интернет информационный ресурс, доступ к которому осуществляется пользователем сети Интернет путем набора определенных символов, составляющих доменное имя.

Как указывает заявитель, Экеc-Гранини Групп ГмбХ является правообладателем международных товарных знаков, подлежащих охране на территории Российской Федерации. Так, к заявлению о выдаче исполнительного листа заявителем были приложены выписки с официального сайта Всемирной организации интеллектуальной собственности <https://www3.wipo.int/branddb/en/> (world intellectual property organization, WIPO) в отношении товарных знаков Экеc-Гранини Групп ГмбХ, в том числе № 652698 (granini), № 820878 (гранини). Перевод указанных выписок заверен нотариально. Согласно выпискам, данные товарные знаки охраняются на территории Российской Федерации (выписки имеют указание «RU» в разделе 834) по состоянию на дату обращения с заявлением о выдаче исполнительного листа, что свидетельствует о соблюдении требований ч. 3 ст. 236 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

В обоснование заявления о прекращении производства по делу заинтересованные лица указывают, что все Международные товарные знаки зарегистрированы в реестре Международного бюро Всемирной организации интеллектуальной собственности (ВОИС) в соответствии с Соглашением о международной регистрации знаков (г. Мадрид, 14.04.1891) и Протоколом к Мадридскому соглашению о международной регистрации знаков (г. Мадрид, 27.06.1989). Международное бюро ВОИС находится в г. Женеве, Швейцария. Местом базовой регистрации (то есть регистрации, предшествовавшей международной регистрации и явившейся ее предпосылкой) товарных знаков «Granini» и «Гранини» является Германия. Ни один из Международных товарных знаков не зарегистрирован в Государственном реестре товарных знаков и знаков обслуживания Российской Федерации.

Следовательно, по мнению заинтересованных лиц, местом нахождения Международных товарных знаков, в том числе для разрешения вопроса о компетенции судов, может быть территория Германии или, например, Швейцария.

Со стороны заинтересованных лиц представлены письменные пояснения, согласно которым они указывают, что доменное имя не может быть отнесено ни к одному из объектов гражданских прав, перечисленных в ст. 128 Гражданского кодекса Российской Федерации. Доменное имя ECKES-GRANINI.RU в предпринимательской деятельности заинтересованного лица 3 не используется, в частности, какой-либо сайт в сети «Интернет» по вышеуказанному доменному имени отсутствует. Кроме того, как было указано в представленном письме АО «РСИЦ», «не представляется возможным точно ответить на поставленный вопрос о том, каково местонахождение доменного имени ECKES-GRANINI.RU. При этом, местонахождение доменного имени ECKES-GRANINI.RU на территории г. Москвы маловероятно».

Доменное имя - обозначение символами, предназначенное для адресации сайтов в сети «Интернет» в целях обеспечения доступа к информации, размещенной в сети «Интернет» (п. 15 ст. 2 закона от 27.07.2006 № 149-ФЗ «Об информации, информационных технологиях и о защите информации»). То есть это адрес в сети «Интернет», который указывается в адресной строке.

Использование доменного имени, само по себе, не может приносить доход, поскольку каждое физическое или юридическое лицо может зарегистрировать за собой неограниченное количество доменных имен. В свою очередь владение доменным именем влечет за собой расходы на оплату за доменное имя Регистратору доменных имен.

Из пояснений заинтересованных лиц пояснений усматривается, что доменное имя ECKES-GRANINI.RU не используется заинтересованным лицом.

Представители заинтересованных лиц представили выписки официального сайта Всемирной организации интеллектуальной собственности в отношении указанных товарных знаков, перевод которых заверен нотариально, на которых проставлена дата распечатки 06.10.2021 из которой следует, что в отношении указанных выше товарных знаков отсутствует указание «RU» в разделе 834, в связи с чем, по мнению заинтересованных лиц эти товарные знаки не охраняются на территории Российской Федерации по состоянию на указанную дату.

Заявителем с целью выяснения ситуации представлены выписки с официального сайта Всемирной организации интеллектуальной собственности, из которых следует, что указание на отметку «RU» в разделе 834 исключено с 25.02.2021, при этом правовая охрана указанных международных товарных знаков, в том числе в иных юрисдикциях сохранилась. Указанные сведения подтверждаются выписками по состоянию на 12.10.2021 перевод которых заверен нотариально.

Рассмотрев заявления заинтересованных лиц в части прекращения производства по заявлению, суд пришел к следующим выводам.

В соответствии с частью 3 статьи 236 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда подается в арбитражный суд субъекта Российской Федерации по адресу или месту жительства должника либо, если его адрес или место жительства неизвестны, по месту нахождения имущества должника - стороны третейского разбирательства. По соглашению сторон третейского разбирательства заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда может быть подано в арбитражный суд субъекта Российской Федерации, на территории которого принято решение третейского суда, либо в арбитражный суд субъекта Российской Федерации по адресу стороны третейского разбирательства, в пользу которой принято решение третейского суда.

В соответствии с частью 9 статьи 38 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решений третейских судов и международных коммерческих арбитражей, принятых на территории Российской Федерации, а также заявление о признании и приведении в исполнение решений иностранных судов и иностранных арбитражных решений подается в арбитражный суд субъекта Российской Федерации по адресу или месту жительства должника либо, если его адрес или место жительства неизвестно, по месту нахождения имущества должника - стороны третейского разбирательства. По соглашению сторон третейского разбирательства заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда может быть подано в арбитражный суд субъекта Российской Федерации, на территории которого принято решение третейского суда, либо в арбитражный суд субъекта Российской Федерации по адресу или месту жительства стороны третейского разбирательства, в пользу которой принято решение третейского суда.

Компетенция арбитражных судов в Российской Федерации по рассмотрению дел с участием иностранных лиц и особенности рассмотрения указанных дел регулируются разделом V «Производство по делам с участием иностранных лиц» Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

В силу пункта 1 части 1 статьи 247 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации арбитражные суды в Российской Федерации рассматривают дела по экономическим спорам и другие дела, связанные с осуществлением предпринимательской и иной экономической деятельности, с участием иностранных организаций, международных организаций, иностранных граждан, лиц без гражданства, осуществляющих предпринимательскую и иную экономическую деятельность (далее - иностранные лица), в случае, если ответчик находится или проживает на территории Российской Федерации либо на территории Российской Федерации находится имущество ответчика.

Согласно разъяснениям, содержащимся в пункте 3 Постановления Пленума Верховного Суда Российской Федерации от 27.06.2017 № 23 «О рассмотрении арбитражными судами дел по экономическим спорам, возникающим из отношений, осложненных иностранным элементом» при разрешении вопроса о компетенции арбитражных судов Российской Федерации по экономическим спорам, осложненным иностранным элементом, арбитражным судам следует руководствоваться общими правилами, установленными статьей 247 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

Вместе с тем, арбитражные суды в Российской Федерации обладают компетенцией по рассмотрению дел по экономическим спорам и других дел, связанных с осуществлением предпринимательской и иной экономической деятельности, с участием иностранных организаций в случае, если спор возник из договора, по которому исполнение должно иметь место или имело место на территории Российской Федерации (пункт 3 части 1 статьи 247 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации), а также при наличии тесной связи спорного правоотношения с территорией Российской Федерации (пункт 10 части 1 статьи 247 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации).

Согласно пункту 15 постановления Пленума Верховного Суда Российской Федерации от 27.06.2017 № 23 «О рассмотрении арбитражными судами дел по экономическим спорам, возникающим из отношений, осложненных иностранным элементом» в соответствии с пунктом 10 части 1 статьи 247 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации арбитражный суд устанавливает наличие тесной связи спорного правоотношения с территорией Российской Федерации в каждом конкретном случае с учетом всей совокупности обстоятельств дела.

Подтверждением наличия тесной связи спорного правоотношения с территорией Российской Федерации, в частности, могут служить доказательства того, что территория Российской Федерации является местом, где должна быть исполнена значительная часть обязательств, вытекающих из отношений сторон; предмет спора наиболее тесно связан с территорией Российской Федерации; основные доказательства по делу находятся на территории Российской Федерации; применимым к договору правом является право Российской Федерации; регистрация физического лица, осуществляющего функции органа управления иностранной компании на территории Российской Федерации, произведена по месту жительства на территории Российской Федерации; сайт с доменным именем, в отношении которого возник спор (за исключением доменных имен в российской доменной зоне), ориентирован в первую очередь на российскую аудиторию, коммерческая деятельность ориентирована на лиц, находящихся в юрисдикции Российской Федерации.

Все спорные контракты заключались и исполнялись на территории Российской Федерации, что прямо следует из Решения ad hoc. Между компаниями ООО «Экес-Гранини Рус», Экес-Гранини Русланд Холдинг ГмбХ (прежнее наименование Заявителя 1), ООО «ГУТТА», ООО «Аксис Консалтинг», ЗАО «АКСИС&КО» и господином Хартманном А.Н. 05.03.2007 заключено Соглашение об урегулировании взаимных претензий.

В соответствии с п. 11.6 Соглашения об урегулировании взаимных претензий от 05.03.2017 все споры, вытекающие из настоящего договора или касающиеся его нарушения, расторжения или недействительности, окончательно разрешаются состоящим из 3 (трех) арбитров арбитражным судом в соответствии с регламентом Арбитража при Московской торгово-промышленной палате. Компетенция государственных судов исключается. Местом арбитражного разбирательства является город Москва. Языком арбитражного разбирательства является немецкий язык.

В Соглашении стороны не ограничили круг вопросов, которые подлежат разрешению в соответствии с указанной арбитражной оговоркой. Из содержания соглашения, вопреки доводам заявителей, не следует, что его действие распространяется только на прошлый период, так как ряд положений соглашения содержит условия о будущих правоотношениях сторон, например раздел 2 и 6 Соглашения.

Кроме того Верховный Суд Российской Федерации в п. 21 Постановления Пленума от 10.12.2019 № 53 «О выполнении судами Российской Федерации функций содействия и контроля в отношении третейского разбирательства, международного коммерческого арбитража» разъяснил, что если стороны не договорились об ином, арбитражное соглашение распространяется на любые сделки, направленные на исполнение, изменение или расторжение указанного в арбитражном соглашении договора, а также на любые споры, связанные с его заключением, вступлением в силу, изменением, прекращением, действительностью, в том числе с возвратом сторонами всего исполненного по договору, признанному недействительным или незаключенным. Если иное не следует из формулировок арбитражного соглашения, его действие распространяется на требования из причинения внедоговорного вреда, требования из неосновательного обогащения и иные требования, если такие требования связаны с договором, в отношении которого заключено арбитражное соглашение (части 9, 11 статьи 7 Закона об арбитраже, пункты 10, 12 статьи 7 Закона о международном коммерческом арбитраже).

Таким образом, для исключения каких-либо вопросов из-под действия арбитражной оговорки они должны быть прямо в ней указаны, что в рассматриваемом Соглашении отсутствует.

Более того, заявителем представлена выписка с официального сайта Всемирной организации интеллектуальной собственности, перевод которой заверен нотариально, на международный товарный знак № 1177186 – «LAMBADA», правообладателем которого является заинтересованное лицо 3 - Экес-Гранини Груп ГмбХ. Исключительные права заинтересованного лица 3 на указанный товарный знак действуют до 27.06.2023. Согласно отметке «RU», имеющейся в разделах «834» выписки из Международного реестра ВОИС (WIPO), Российская Федерация входит в число стран, в которой товарному знаку №1177186 – «LAMBADA» предоставлена правовая охрана.

Кроме того, факт осуществление правовой охраны на территории Российской Федерации в отношении товарного знака № 1177186 – «LAMBADA» усматривается из содержания адвокатского запроса № 4/2021 от 14.12.2021, представленного в дело заинтересованными лицами с 1 по 4.

Учитывая изложенное, доводы, приведенные в заинтересованными лицами в обоснование возражения против требований заявителя, об отсутствии международных товарных знаков, связанных с заинтересованными лицами с 1 по 4, которым бы обеспечивалась правовая охрана на территории Российской Федерации и в отношении которых в разделах «834» выписок из Международного реестра ВОИС (WIPO) содержались подобные сведения, опровергается представленными в дело доказательствами.

Рассмотрев разночтения в указанных выше выписках, суд приходит к выводу, что исключение отметки «RU» в отношении указанных международных товарных знаков, если таковое действительно состоялось, после обращения заявителя в суд за выдачей исполнительного листа (31.08.2020) не является основанием для прекращения производства по настоящему делу на основании 150 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

Также суд учитывает солидарный характер требований и аффилированность (вхождение в одну группу лиц) заинтересованных лиц, что установлено решением *ad hoc*, определением Арбитражного суда г. Москвы по делу №А40-264409/19-68-1743.

Согласно п. 1 ст. 10 ГК РФ не допускаются осуществление гражданских прав исключительно с намерением причинить вред другому лицу, действия в обход закона с противоправной целью, а также иное заведомо недобросовестное осуществление гражданских прав (злоупотребление правом).

На основании совокупности изложенных выше обстоятельств, пояснений заявителя, а также принимая во внимание возражения заинтересованных лиц в отношении рассмотрения Арбитражным судом города Москвы настоящего заявления, суд считает ходатайство заинтересованных лиц на основании п. 1 ч. 1 ст. 150 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации не подлежащим удовлетворению.

Суд принимает, во внимание, что прекращение производства по делу при наличии сведений об имуществе, лишит заявителя права на судебную защиту в РФ.

Рассмотрев заявление о выдаче исполнительного листа на принудительное решения арбитражного решения по арбитражному разбирательству ad hoc в г. Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Шварц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019, суд считает его подлежащим удовлетворению на основании нижеследующего.

Из материалов дела следует, что 21.05.2019 в результате арбитражного разбирательства ad hoc в г. Москве по делу № А-2016/50-АН по иску Акселя Хартманна против ответчиков Гражданина ФРГ Ральфа Вендланда, Гражданина ФРГ Вальтера Альберта Франца Грэца, Гражданина ФРГ Томаса Хиндерера, компании 2. ЭрХаВэ Фервальтунгс ГмбХ, компании Экес-Гранини Интэрнэшнл ГмбХ, компании Экес-Гранини Груп ГмбХ, компании Экес АГ, принято арбитражное решение о частичном удовлетворении исковых требований и взыскании в пользу Акселя Хартманна солидарно с ответчиков убытков в размере 49 024 599,75 евро, процентов в размере 5% годовых на сумму 49 024 599,75 евро начиная с 13.04.2017 и вплоть до оплаты суммы убытков в полном объеме, дополнительных расходов истца на арбитражное разбирательство в размере 8 886,15 евро, расходов на оплату услуг процессуальных представителей Истца в размере 100 000 евро, расходы по оплате арбитражного сбора в размере 78 595,57 евро, в остальной части требований иск отклонен.

Арбитры 10.09.2019 вынесли судебный акт об исправлении опечаток и иных технических ошибок в решении.

Из решения суда следует, что спор рассмотрен на основании заключенного 05.03.2007 между компаниями ООО «Экес-Гранини Рус», Экес-Гранини Руссланд Холдинг ГмбХ (прежнее наименование компании 2. ЭрХаВэ Фервальтунгс ГмбХ), ООО «ГУТТА», ООО «Аксис Консалтинг», ЗАО «АКСИС&КО» и Хартманном А.Н. Соглашения об урегулировании взаимных претензий. Стороны соглашения установили компетенцию арбитража и администрирование им споров в соответствии с согласованным ими регламентом.

Из материалов дела следует, что со стороны заинтересованных лиц были представлены письменные пояснения, а также отзывы на заявление о выдаче исполнительного листа.

В своем отзыве на заявление Т. Хиндерер приводит следующие доводы:

- отказ в отмене решения в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743 не препятствует суду отказать в приведении решения в исполнение;
- арбитражная оговорка не распространялась на ответчиков-неподписантов, не являвшихся стороной соглашения;
- факт подписания соглашения от имени ООО «Экес-Гранини Рус» не может вменяться заявителю в качестве основания для распространения арбитражной оговорки на него;
- арбитражная оговорка распространяется только на стороны обязательства и не может быть распространена на третье лицо (не сторону), посредством его косвенного упоминания в тексте;
- арбитражная оговорка в соглашении не может распространяться на третьи лица посредством их участия в иных, более давних событиях;
- рассмотрение иска против ответчиков-неподписантов в арбитраже при МТПП в любом случае нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на судебную защиту;
- арбитражная оговорка является ничтожной как по российскому праву, так и по немецкому праву;
- исковые требования о возмещении вреда (по сути – субсидиарной ответственности контролирующего лица) не соответствуют предмету соглашения, содержащего арбитражную оговорку;

- арбитражная оговорка носит узкий характер и не может распространяться на деликтные требования;
- рассмотрение иска против ответчиков в Арбитраже МТПП в отсутствие арбитражного соглашения нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на суд;
- решение противоречит публичному порядку (принципу обязательности судебных актов), поскольку требование о привлечении ответчиков к субсидиарной ответственности за банкротство уже было рассмотрено и отклонено Арбитражным судом Кировской области (№ А28-8586/2012);
- игнорирование выводов российского суда в решении нарушает российский публичный порядок (российские суда уже оценили аналогичные обстоятельства, не мог быть проигнорирован при рассмотрении иска составом арбитража в силу принципа обязательности вступившего в законную силу судебного акта. Следовательно, решение нарушает принцип обязательности вступившего в законную силу судебного акта, который является частью публичного порядка Российской Федерации не может быть приведено в исполнение);
- решение противоречит публичному порядку поскольку нарушает принцип необходимости обеспечения защиты прав третьих лиц, включая конкурсных кредиторов ООО «ГУТТА»;
- если Арбитраж при МТПП не продолжал администрировать спор после 31.10.2017, то решение нарушает ч. 2 ст. 225.1 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации и абз. 2 п. 2 ст. 36 Закона о МКА, поскольку рассмотренный в решении корпоративный спор не мог явиться предметом рассмотрения в арбитраже ad hoc;
- рассмотрение корпоративного спора в порядке ad hoc является недопустимым;
- отсутствовало согласие ответчиков на арбитраж ad hoc;
- если Арбитраж при МТПП продолжал администрировать спор после 31.10.2017, то решение не может быть приведено в исполнение в связи с нарушением процедуры арбитража (п. 20 ст. 44 Закона об арбитраже).

Письменная позиция Т. Хиндерера, изложенная в объяснениях:

- доля в уставном капитале ООО «Самый сок!» не является российском имуществом Р. Вендланда;
- недоказанные утверждения Бражникова о передаче в 2009 году 9 000 000 руб. в адрес Вендланда не могут обосновывать компетенцию российского суда на рассмотрение заявления о выдаче исполнительного листа;
- международные товарные знаки «Granini», «Гранини» и «Pago» не являются российским имуществом ответчиков;
- доменное имя ECKES-GRANINI.RU не является российским имуществом заинтересованного лица 3;
- в отношении А.Ф. Грэца, Т. Хиндерера и заинтересованных лиц 1, 2, 4 производство подлежит прекращению, поскольку Хартманн не заявляет о наличии у них каких-либо активов в Российской Федерации;
- заявление о принудительном исполнении решения не может быть подано по последнему известному адресу Р. Вендланда;
- обращение ответчиков с заявлением об отмене решения в российские суды не создает компетенцию российских судов на принудительное исполнение решения в силу прямой нормы закона;
- не соответствует действительности доводы Хартманна об успешном исполнении решения за границей, а производство по делу подлежит прекращению в связи с рассмотрением дела в Германии.

В своем отзыве на заявление Р. Вендланд приводит следующие доводы:

- отказ в отмене решения в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743 не препятствует суду отказать в приведении решения в исполнение;

- решение не может быть принудительно исполнено, поскольку вынесено в отношении лиц, не являющихся сторонами арбитражной оговорки и возражавших против компетенции арбитража при МТПП (абз. 6 п. 1 ст. 36 Закона о МКА);

- арбитражная оговорка не распространялась на ответчиком-неподписантов, не являвшихся стороной соглашения;

- факт подписания соглашения от имени ООО «Экес-Гранини Рус» не может вменяться заявителю в качестве основания для распространения арбитражной оговорки на него;

- арбитражная оговорка распространяется только на стороны обязательства и не может быть распространена на третье лицо (не сторону), посредством его косвенного упоминания в тексте;

- арбитражная оговорка в соглашении не может распространяться на третьи лица посредством их участия в иных, более давних событиях;

- рассмотрение иска против ответчиков-неподписантов в арбитраже при МТПП в любом случае нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на судебную защиту;

- арбитражная оговорка является ничтожной как по российскому праву, так и по немецкому праву;

- исковые требования о возмещении вреда (по сути – субсидиарной ответственности контролирующего лица) не соответствуют предмету соглашения, содержащего арбитражную оговорку;

- арбитражная оговорка носит узкий характер и не может распространяться на деликтные требования;

- рассмотрение иска против ответчиков в Арбитраже МТПП в отсутствие арбитражного соглашения нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на суд;

- решение противоречит публичному порядку (принципу обязательности судебных актов), поскольку требование о привлечении ответчиков к субсидиарной ответственности за банкротство уже было рассмотрено и отклонено Арбитражным судом Кировской области (№ А28-8586/2012);

- игнорирование выводов российского суда в решении нарушает российский публичный порядок (российские суды уже оценили аналогичные обстоятельства, не мог быть проигнорирован при рассмотрении иска составом арбитража в силу принципа обязательности вступившего в законную силу судебного акта. Следовательно, решение нарушает принцип обязательности вступившего в законную силу судебного акта, который является частью публичного порядка Российской Федерации не может быть приведено в исполнение);

- решение противоречит публичному порядку поскольку нарушает принцип необходимости обеспечения защиты прав третьих лиц, включая конкурсных кредиторов ООО «ГУТТА»;

- если Арбитраж при МТПП не продолжал администрировать спор после 31.10.2017, то решение нарушает ч. 2 ст. 225.1 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации и абз. 2 п. 2 ст. 36 Закона о МКА, поскольку рассмотренный в решении корпоративный спор не мог явиться предметом рассмотрения в арбитраже ad hoc;

- рассмотрение корпоративного спора в порядке ad hoc является недопустимым;

- отсутствовало согласие ответчиков на арбитраж ad hoc;

- если Арбитраж при МТПП продолжал администрировать спор после 31.10.2017, то решение не может быть приведено в исполнение в связи с нарушением процедуры арбитража (п. 20 ст. 44 Закона об арбитраже).

Письменная позиция Р. Вендланда, изложенная в объяснениях:

- доля в уставном капитале ООО «Самый сок!» не является российском имуществом Р. Вендланда;

- недоказанные утверждения Бражникова о передаче в 2009 году 9 000 000 руб. в адрес Вендланда не могут обосновывать компетенцию российского суда на рассмотрение заявления о выдаче исполнительного листа;

- международные товарные знаки «Granini», «Гранини» и «Pago» не являются российским имуществом ответчиков;

- доменное имя ECKES-GRANINI.RU не является российским имуществом заинтересованного лица 3;

- в отношении А.Ф. Грэца, Т. Хиндерера и заинтересованных лиц 1, 2, 4 производство подлежит прекращению, поскольку Хартманн не заявляет о наличии у них каких-либо активов в Российской Федерации;

- заявление о принудительном исполнении решения не может быть подано по последнему известному адресу Р. Вендланда;

- обращение ответчиков с заявлением об отмене решения в российские суды не создает компетенцию российских судов на принудительное исполнение решения в силу прямой нормы закона;

- не соответствует действительности доводы Хартманна об успешном исполнении решения за границей, а производство по делу подлежит прекращению в связи с рассмотрением дела в Германии.

Письменная позиция заинтересованных лиц 1 – 4, изложенная в объяснениях в порядке ст. 81 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации:

- доменное имя ECKES-GRANINI.RU не является российским имуществом заинтересованного лица 3, на которое возможно обратиться с иском;

- доля в уставном капитале ООО «Самый сок!» не является российским имуществом Р. Вендланда;

- сделка по отчуждению ООО «Соковая компания» (прежнее наименование ООО «Экес-Гранини Рус») товарного знака «Самый сок!» никем не оспорена и не признана недействительной. ООО «Соковая компания» не является должником по решению и в арбитражном разбирательстве не участвовала. Следовательно, этот товарный знак не является активом заинтересованных лиц;

- передача наличных денежных средств в 2009 году, даже если бы она имела место, что заинтересованными лицами не отрицается, не является доказательством наличия у заинтересованных лиц имущества в Российской Федерации в 2021 году;

- международные товарные знаки «Granini», «Гранини» и «Pago» не являются российским имуществом ответчиков;

- возможное в будущем привлечение судебных приставов-исполнителей или арбитражных управляющих не является основанием для признания наличия компетенции у суда на рассмотрение заявления;

- со стороны заявителя не доказано, что место жительства Вендланда находится на территории Российской Федерации;

- довод заявителя о том, что ответчики якобы отчуждают (переоформляют) имущество, имеющееся у них на территории Российской Федерации, несостоятелен.

Заинтересованными лицами 1-4 в материалы дела представлены письменные объяснения, согласно которым указывает:

- процедура арбитража не соответствовала закону и соглашению сторон, в том числе, поскольку после 01.11.2017 Третейский суд при МТПП незаконно продолжил администрировать арбитражное разбирательство;

- решение противоречит публичному порядку Российской Федерации, поскольку решение нарушает исключительную компетенцию российского суда и права третьих лиц; решение нарушает конституционное право ответчиков – право на суд; решение нарушает принципы состязательности и процессуального равенства, которые относятся к публичному порядку Российской Федерации;

- решение вынесено в отсутствие какого-либо третейского соглашения между заинтересованными лицами 2-7 с одной стороны и заявителем с другой стороны;

- если бы даже Вендлан, Грэц и Хиндерер были сторонами соглашения и содержащейся в нем арбитражной оговорки (чего нет), то такая оговорка была бы недействительна полностью на основании п. 2 ч. 3 ст. 239 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, поскольку не была соблюдена форма, предусмотренная правом ФРГ для заключения арбитражных соглашений с потребителями;

- арбитражная оговорка в части ее распространения составом арбитража на заинтересованных лиц 2-7 является ничтожной в силу ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации;

- решение вынесено по спору, не предусмотренному арбитражной оговоркой, то есть вытекающему из соглашения и не касающемуся его нарушения, расторжения или недействительности (п. 4 ч. 3 ст. 239 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации);

- процедура арбитража не соответствовала закону и соглашению сторон;

- при проведении арбитражного разбирательства были допущены многочисленные существенные нарушения соглашения сторон о Регламенте и немецком языке, которые повлияли на нормальный ход арбитражного разбирательства и повлекли ущемление прав заинтересованных лиц на справедливое рассмотрение спор;

- решение противоречит публичному порядку Российской Федерации (нарушение исключительной компетенции российского суда; нарушение принципа необходимости обеспечения защиты прав третьих лиц, включая конкурсных кредиторов ООО «ГУТТА»; нарушение конституционного права ответчиков – права на суд; нарушение принципов состязательности и процессуального равенства; нарушение принципа обязательности вступившего в законную силу судебного акта; нарушение основополагающего принципа российского права, в соответствии с которым исковое заявление может быть удовлетворено судом только в случае, если истец обладает правом на иск);

- довод заявителя о том, что на территории Российской Федерации реализуется продукция под товарным знаком «Granini», не имеет отношения к рассмотрению заявления, поскольку не может доказывать наличие у ответчиков имущества в Российской Федерации, и в любом случае основан на ненадлежащих доказательствах;

- действие международной регистрации международного товарного знака «LAMBADA» (номер международной регистрации 1177186 от 27.06.2013) никогда не распространялось на территории Российской Федерации;

- со стороны заявителя не представлены доказательства наличия у заинтересованных лиц дебиторской задолженности импортеров и дистрибьютеров, на которую также может быть обращено взыскание на территории Российской Федерации;

- принцип тесной связи (пп. 10 ч. 1 ст. 247 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации) не подлежит применению в настоящем деле;

- территория Российской Федерации не является местом, где должна быть исполнена значительная часть обязательств, вытекающих из отношений сторон – заявление в принципе не касается гражданско-правового обязательства, а касается принудительного исполнения решения арбитража по немецкому праву, суд не вправе пересматривать его существо;

- основные доказательства по делу не находятся на территории Российской Федерации, поскольку все имущество и сами ответчики находятся за рубежом;

- соглашение, в п. 11.6 которого содержится арбитражная оговорка, регулируется немецким правом. К арбитражной оговорке и к правоотношениям сторон из деликта арбитры применили немецкое право;

- никто из ответчиков не зарегистрирован/не находится на территории Российской Федерации, равно как и руководящие органы заинтересованных лиц;

- настоящее дело и дело № А40-264409/2019-68-1743 не являются идентичными, нормы о преюдиции не подлежат применению в настоящем деле.

В своем отзыве В.А.Ф. Грэц приводит следующие доводы:

- охрана товарных знаков на территории Российской Федерации не осуществляется;

- доменное имя ECKES-GRANINI.RU и право его администрировать не являются имуществом;

- ни у доменного имени, ни у права его администрировать нет свойств свободной обороноспособности, а значит они не являются объектами гражданских прав;

- принцип тесной связи не позволяет обосновать компетенцию российских судов на настоящий спор в порядке п. 3 ст. 236 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации;

- отказ в отмене решения не означает возникновение оснований для автоматической выдачи исполнительного листа.

В своем отзыве на заявление В.А.Ф. Грэц приводит следующие доводы:

- отказ в отмене решения в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743 не препятствует суду отказать в приведении решения в исполнение;

- иск против ответчиков-неподписантов не мог быть рассмотрен на основании арбитражной оговорки, стороной которой они не являются (то есть отсутствует действительная третейская оговорка и решение третейского суда вынесено по спору, не предусмотренному третейским соглашением);

- арбитражная оговорка не распространялась на ответчиков-неподписантов, не являющихся стороной соглашения;

- факт подписания соглашения от имени ООО «Экес-Гранини Рус» не может вменяться заявителем в качестве основания для распространения арбитражной оговорки на него;

- арбитражная оговорка распространяется только на стороны обязательства и не может быть распространена на третье лицо (не сторону), посредством его косвенного упоминания в тексте;

- арбитражная оговорка в соглашении не может распространяться на третьи лица посредством их участия в иных, более давних событиях;

- рассмотрение иска против ответчиков-неподписантов в Арбитраже при МТПП в любом случае нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на судебную защиту;

- в случае ошибочного распространения арбитражной оговорки на ответчиком-неподписантов, она является ничтожной по российскому праву;

- в случае ошибочного распространения Арбитражной оговорки на заявителя, она является недействительной по немецкому праву;

- решение не может быть принудительно исполнено, поскольку вынесено по спору, не предусмотренному арбитражной оговоркой, не подпадающему под ее условия и содержит постановления по вопросам, выходящим за ее пределы (абз. 6 п. 1 ст. 36 Закона о МКА);

- исковые требования о возмещении вреда (по сути – субсидиарной ответственности контролирующего лица) не соответствует предмету соглашения, содержащего арбитражную оговорку;

- арбитражная оговорка носит узкий характер и в принципе не может распространяться на деликтные требования;

- рассмотрение иска против ответчиков в Арбитраже при МТПП в отсутствие арбитражного соглашения нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на суд;

- решение противоречит публичному порядку (принципу обязательности судебных актов), поскольку требование о привлечении ответчиком к субсидиарной ответственности за банкротство уже было рассмотрено и отклонено Арбитражным судом Кировской области (№ А28-8586/2012);

- игнорирование выводов российского суда в решении нарушает российский публичный порядок (российские суды уже оценили аналогичные обстоятельства, не мог быть проигнорирован при рассмотрении иска составом арбитража в силу принципа обязательности вступившего в законную силу судебного акта. Следовательно, решение нарушает принцип обязательности вступившего в законную силу судебного акта, который

является частью публичного порядка Российской Федерации не может быть приведено в исполнение);

- решение противоречит публичному порядку поскольку нарушает принцип необходимости обеспечения защиты прав третьих лиц, включая конкурсных кредиторов ООО «ГУТТА»;

- если Арбитраж при МТПП не продолжал администрировать спор после 31.10.2017, то решение нарушает ч. 2 ст. 225.1 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации и абз. 2 п. 2 ст. 36 Закона о МКА, поскольку рассмотренный в решении корпоративный спор не мог явиться предметом рассмотрения в арбитраже ad hoc;

- отсутствовало согласие ответчиком на арбитраж ad hoc;

- если Арбитраж при МТПП продолжал администрировать спор после 31.10.2017, то решение не может быть приведено в исполнение в связи с нарушением процедуры арбитража (п. 20 ст. 44 Закона об арбитраже).

В соответствии с ч. 3 ст. 239 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, арбитражный суд может отказать в выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда, если сторона третейского разбирательства, против которой вынесено решение третейского суда, представит доказательства того, что:

1) одна из сторон третейского соглашения, на основании которого спор разрешен третейским судом, не обладала полной дееспособностью;

2) третейское соглашение, на основании которого спор был разрешен третейским судом, недействительно по праву, которому стороны его подчинили, а при отсутствии такого указания по праву Российской Федерации;

3) сторона, против которой вынесено решение, не была должным образом уведомлена о назначении третейского судьи или о третейском разбирательстве, в том числе о времени и месте заседания третейского суда, либо по другим уважительным причинам не могла представить в третейский суд свои объяснения;

4) решение третейского суда вынесено по спору, не предусмотренному третейским соглашением или не подпадающему под его условия, либо содержит постановления по вопросам, выходящим за пределы третейского соглашения, и что если постановления по вопросам, охватываемым третейским соглашением, могут быть отделены от тех, которые не охватываются таким соглашением, та часть решения третейского суда, в которой содержатся постановления по вопросам, охватываемым третейским соглашением, может быть признана и приведена в исполнение;

5) состав третейского суда или процедура арбитража не соответствовали соглашению сторон или федеральному закону.

В соответствии с ч. 4 ст. 239 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, арбитражный суд отказывает в выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда, если установит, что:

1) спор, рассмотренный третейским судом, в соответствии с федеральным законом не может быть предметом третейского разбирательства;

2) приведение в исполнение решения третейского суда противоречит публичному порядку Российской Федерации. Если часть решения третейского суда, которая противоречит публичному порядку Российской Федерации, может быть отделена от той части, которая ему не противоречит, та часть решения, которая не противоречит публичному порядку Российской Федерации, может быть признана или приведена в исполнение.

Судебный акт, на исполнение которого испрашивается исполнительный лист – Решение по арбитражному разбирательству ad hoc в г. Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019. При этом первоначально спор принят к производству Арбитражным судом при Московской торгово-промышленной палате в соответствии с арбитражной оговоркой, содержащейся в Соглашении об урегулировании взаимных претензий от 05.03.2007, а в дальнейшем, в связи с третейской реформой и утратой Арбитража при МТПП статуса постоянно действующего арбитражного учреждения, в порядке п. 16 ст. 52 ФЗ «Об

арбитраже (третейском разбирательстве) в Российской Федерации» спор обосновано продолжил рассматриваться в порядке ad hoc, что установлено вступившими в законную силу судебными актами по делу № А40-264409/2019-68-1743.

В качестве одних из оснований для отказа в выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда заинтересованные лица ссылаются на то, что имеющийся спор не подлежал рассмотрению составом арбитража, так как не был предусмотрен арбитражной оговоркой; арбитражная оговорка не распространялась на ответчиков-неподписантов, не являвшихся стороной соглашения; факт подписания соглашения от имени ООО «Экес-Гранини Рус» не может вменяться заявителю в качестве основания для распространения арбитражной оговорки на него; арбитражная оговорка распространяется только на стороны обязательства и не может быть распространена на третье лицо (не сторону), посредством его косвенного упоминания в тексте; арбитражная оговорка в соглашении не может распространяться на третьи лица посредством их участия в иных, более давних событиях; рассмотрение иска против ответчиков-неподписантов в арбитраже при МТПП в любом случае нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на судебную защиту; арбитражная оговорка носит узкий характер и не может распространяться на деликтные требования; рассмотрение иска против ответчиков в Арбитраже МТПП в отсутствие арбитражного соглашения нарушает публичный порядок Российской Федерации в части права каждого на суд.

В соответствии с п. 11.6 Соглашения об урегулировании взаимных претензий от 05.03.2017 все споры, вытекающие из настоящего договора или касающиеся его нарушения, расторжения или недействительности, окончательно разрешаются состоящим из 3 (трех) арбитров арбитражным судом в соответствии с регламентом Арбитража при Московской торгово-промышленной палате. Компетенция государственных судов исключается. Местом арбитражного разбирательства является город Москва. Языком арбитражного разбирательства является немецкий язык.

В Соглашении стороны не ограничили круг вопросов, которые подлежат разрешению в соответствии с указанной арбитражной оговоркой. Из содержания соглашения, вопреки доводам заявителей, не следует, что его действие распространяется только на прошлый период, так как ряд положений соглашения содержит условия о будущих правоотношениях сторон, например раздел 2 и 6 Соглашения.

Кроме того Верховный Суд Российской Федерации в п. 21 Постановления Пленума от 10.12.2019 № 53 «О выполнении судами Российской Федерации функций содействия и контроля в отношении третейского разбирательства, международного коммерческого арбитража» разъяснил, что если стороны не договорились об ином, арбитражное соглашение распространяется на любые сделки, направленные на исполнение, изменение или расторжение указанного в арбитражном соглашении договора, а также на любые споры, связанные с его заключением, вступлением в силу, изменением, прекращением, действительностью, в том числе с возвратом сторонами всего исполненного по договору, признанному недействительным или незаключенным. Если иное не следует из формулировок арбитражного соглашения, его действие распространяется на требования из причинения внедоговорного вреда, требования из неосновательного обогащения и иные требования, если такие требования связаны с договором, в отношении которого заключено арбитражное соглашение (части 9, 11 статьи 7 Закона об арбитраже, пункты 10, 12 статьи 7 Закона о международном коммерческом арбитраже).

Таким образом, для исключения каких-либо вопросов из-под действия арбитражной оговорки они должны быть прямо в ней указаны, что в рассматриваемом Соглашении отсутствует.

Соответственно, позиция заявителей противоречит указанным разъяснениям Верховного Суда Российской Федерации.

Более того, аналогичные доводы были заявлены и при рассмотрении спора по существу, и отклонены арбитрами при обосновании своей компетенции (пункты 8 - 10 (стр. 556 - 559) решения в переводе).

Так, в п. 8.2 решения указано, что, во-первых, требования по деликтным обязательствам напрямую связаны с нарушениями договора; они выведены из него и просто не могут рассматриваться как внедоговорные. Во-вторых, в арбитражном соглашении на русском языке, хотя Соглашением об урегулировании взаимных претензий однозначно определяется равенство немецкого и русского языка, что констатируется третейским судом и в настоящем решении ниже описывается и показывается более подробно (п. 11.6), однозначно заявляется: «Компетенция государственных судов исключается». Анализ этих обстоятельств в их совокупности и взаимосвязи с учетом принципа *contra proferentem* привел третейский суд к выводу, что стороны имели намерение обеспечить с помощью арбитражного соглашения урегулирование всех споров, тем или иным образом связанных с их отношениями по бизнес-проекту.

Далее по тексту решения (стр. 557 и далее) подробно и мотивированно, со ссылками на официальное Руководство Международного совета по коммерческому арбитражу (МСКА) по толкованию Нью-Йоркской конвенции 1958 года: пособие для судей, опровергнуты доводы заявителей об ограничительном толковании формулировок «споры, возникающие из...», «относящиеся к...», «касающиеся...» Соглашения. Аналогичным образом опровергнуты необоснованные доводы заявителей о том, что Соглашение и содержащаяся в нем оговорка якобы касаются только правоотношений, существовавших до его заключения.

Таким образом, доводы заявителей изложенные выше, несостоятельны, кроме того, учитывая, что в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743, а также в решении спорного третейского суда давалась оценка доводу об отсутствии полномочий у третейского суда рассматривать заявления Акселя Хартманна. Довод о том, что соглашением урегулирован только узкий круг вопросов, подлежит отклонению.

Заявители 2-7 оспаривают факт распространения на них арбитражной оговорки в связи с тем, что они не являются подписантами соглашения. Заявители 1-4 также указывают на это в своем заявлении.

Состав арбитража подробно в п. 7.10 - 7.38 на стр. 544 - 556 решения обосновал распространение оговорки на всех заявителей.

В частности, в оспариваемом решении приведены следующие выводы: 1. «Пункт 8.2 Соглашения об урегулировании взаимных претензий определяет, что все стороны Соглашения отвечают за то, что аффилированные с ними лица <...> признают окончательный характер этого Соглашения. Поэтому если аффилированным лицам — здесь под таковыми следует понимать и юридических лиц- будут предъявлены требования по вышеуказанным договорам или в связи с его прекращением, то должна будет применяться и арбитражная оговорка. Ответчики 5, 6 и 7 являются аффилированными предприятиями с ответчиком 4 в соответствии с § 15 Закона Германии об акционерных обществах.

До подписания Соглашения об урегулировании взаимных претензий между истцом и ответчиками 4-7 существовали договоренности, которые были заменены Соглашением об урегулировании взаимных претензий. Вследствие чего соответствующая сторона /ответчик тоже является вовлеченной/вовлеченным в остальные договоренности, которые относятся к замененным договоренностям - то есть также и в арбитражную оговорку» (пункт 7.11 решения).

«Ответчик 5 был среди прочего отмечен в заявлении о намерениях -(доказательство СС8) от 07.10.2005, заявление о намерениях в части предусматривало обязательные договоренности. Он также отдельно упоминается среди определений, содержащихся в договорах об осуществлении прав участников общества, в составленном юристами ответчиков 4-7 проекте соглашения о завершении действия нового договорного пакета, сотрудничества и заключительного урегулирования взаимных претензий» (пункт 7.12 решения).

«Протокол совещания Ответчика 2 с консультантом истца господином Де Фариа (De Farid) в Висбадене 24.08.2006 был оформлен на бланке компании Экес-Гранини (Eckes-Granini). В протоколе ответчик 2 повторно указывает на обязательный характер заявления о намерениях от 07.10.2005.

Это должно было в совокупности с презентацией истца на заседании совета директоров 18.07.2006 составить «основу сотрудничества». В протоколе вновь затрагивается тема отказа от требования со стороны Экес-Гранини в отношении российской компании Экес-Гранини - отказ должен был осуществиться путем конвертации займа в собственный капитал.

- с соответствующей вторичностью требований третьих лиц; в Экес-Гранини РУС Истец собирался участвовать в соответствии с Опционным договором. Протокол среди прочих подписан господином Грэцем (Gratz) без добавления сведений о действии в качестве представителя. В списке участников протокола под его именем указано лишь (Экес Гранини (Eckes Granini))» (пункт 7.13 решения).

«Ответчик 6 - компания Группы Экес-Гранини (EG Group) - был ответственен за товарные знаки компаний Группы Экес-Гранини (EG Group) - соответствующие договоренности также содержались в заявлении о намерениях - заявление о намерениях было составлено 07.10.2005 на фирменном бланке ответчика 6» (пункт 7.14 решения).

«Дополнительные соглашения к соглашению о сотрудничестве - подписанное 31.03.2004, по которому ответчик 1 выступил от имени всей Группы Экес-Гранини (Eckes Granini Gruppe) - это дополнительное соглашение было заменено Соглашением об урегулировании взаимных претензий, в частности, в отношении договоренностей в разделе 1 - срок действия договоров. Дополнительное соглашение регулировало среди прочего в п. 6 лицензии, которыми в Группе Экес-Гранини (EG) распоряжался ответчик 6 (Группа Экес-Гранини (Eckes-Granini Group)). В дополнительном соглашении от 22.10.2004 и 12.07.2005 (не подписано) - оба являются договоренностями, выходящими за пределы действия российской компании Экес-Гранини, так что согласие Группы Экес-Гранини (Eckes-Granini Group) в отношении этого соглашения (дополнительного соглашения) должно считаться полученным при одобрении бюджета по маркетингу и сбыту на 2005 год в размере 1 500 000 долл. США. Утверждение этих бюджетов компанией истца также влекло за собой одобрение Группы Экес-Гранини (Eckes-Granini Group).

- здесь ответчики также могли выступать только от имени компаний, входящих в Группу Экес-Гранини (Eckes-Granini Group)» (пункт 7.16 решения).

«Ответчики 4-7 входят в структуру группы, основанной на принципе разделения труда, и поэтому действия отдельных членов группы относятся ко всей группе целиком. Вследствие системы разделения труда в группе процессуальные договоренности обойти нельзя. Хотя компании группы являются юридически самостоятельными лицами, но в отношениях с третьими лицами они выступали как единое целое, в частности, из-за наличия единого руководства бизнесом. Исполнение закрепленных договором обязательств на стороне Экес-Гранини должны были осуществлять несколько компаний. Как отмечается ниже, эти компании позже работали вместе и опять-таки с учетом принципа разделения труда над тем, чтобы экономически уничтожить российскую компанию Экес-Гранини и тем самым причинить ущерб кредиторам, в частности Истцу. Это причинение ущерба является не только незаконным с точки зрения права, регулирующего банкротство, но и - как красноречиво отмечается в показаниях свидетелей - выходит за эти рамки - в частности, особенно можно выделить Ответчиков 1-3, которые намеренно действовали с целью нанесения ущерба интересам Истца»» (пункт 7.17 Решения).

«Ответчики 1, 2, 3 в качестве руководителей компании Экес Гранини РУС (ответчик 1 - генеральный директор с 2003 года по октябрь 2008 года) или, соответственно, компании Экес Холдинг ГмбХ (Eckes Holding GmbH) (Ответчики 2 и 3) подписали соглашения с истцом и его компанией. Они обладали знаниями о договорах - или, соответственно, договорном пакете, и форме сотрудничества, которое должно было завершиться участием истца в компании. В данном случае эти физические лица позднее действовали, не только выполняя функцию руководителей, но и лично совершая деликтные действия, на которые распространяется действие арбитражной оговорки на основании принципа связи дел и взаимосвязи деликтных действий.

Действия, которые еще будут перечислены, были частью целенаправленного вмешательства в коммерческую деятельность истца через компании и физических лиц, которые с учетом деликтного характера своих действий не могут сослаться на то, что они их совершали, только выполняя функции органов управления.

Подобное расширение пределов действия арбитражного соглашения является допустимым только в исключительных случаях - и настоящее разбирательство как раз представляет собой такой исключительный случай. Раздвоение или разделение процесса в отношении требований из деликтов и договорных требований невозможно — их следует рассматривать в одном арбитражном разбирательстве, проведение которого было инициировано сторонами.

Из заслуживающих доверия показаний свидетелей Бражникова, Карташова, Ярковой и конкурсного управляющего Вадима Рыбкина вытекает факт наличия злого умысла участвовавших лиц и умышленное намерение причинения вреда действиями, которые в то же время представляют собой нарушение дополнительных договорных обязательств — в частности, физические лица - ответчики 1-3 - поспособствовали причинению ущерба, при этом они действовали не в качестве руководителей, а от своего имени.

Они участвовали в заключении договоров, и разделение ответственности на личную и ответственность контролирующих лиц было бы невозможным, так как их действия дополнялись и пересекались»» (пункт 7.18 решения).

«Из вышеприведенных высказываний следует, что господа Вендланд и Грэц, ответчики 1 и 2, самостоятельно организовали действия, которые в конечном итоге привели к банкротству ООО «ГУТТА». Они действовали на своих должностях как руководители, с одной стороны, но и предпринимали выходящие за эти должностные рамки противоправные действия, которые не относились к функциям руководителей»» (пункт 7.21 Решения).

«Из приведенных выше высказываний следует, что замешана была вся группа компаний Экес Гранини (Eckes-Granini). У вышестоящих по отношению к компании Экес Гранини РУС Ответчиков 4, 5, 6 и 7 имелись обязательства по осуществлению действий. При этом они могли извлечь полезный опыт из действий Ответчиков 2 и 3. Они нарушили свое обязательство по осуществлению действий и поэтому также несут ответственность за причиненный истцу ущерб»» (пункт 7.23 решения).

«Третейский суд соглашается с профессором Пфайффером (Pfeiffer), что в соответствии с немецким правом арбитражные соглашения, в принципе, действуют в отношении сторон соглашения и их правопреемников, и что арбитражное соглашение распространяется на лиц, которые его не подписывали, только в исключительных случаях.»» (пункт 7.26 решения).

«... ведет к уже детально обоснованному в этом разделе решения выводу о неординарности данного дела и о возможности распространения арбитражного соглашения на Ответчиков 1-3 на основании вышеприведенных доказательств и указанных ниже аргументов»» (пункт 7.27 решения).

«Из арбитражного соглашения следует, что все ответчики к моменту заключения Соглашения об урегулировании взаимных претензий явно намеревались разрешать все споры, каким-либо образом связанные с их совместным бизнес-проектом в Арбитраже при МТПП при условии полного исключения компетенции государственных судов. Из совокупности обстоятельств (условия подписания и порядок исполнения договоренностей сторон, активное участие всех ответчиков в реализации бизнес-проекта и существенная прибыль для них по проекту) следует, что незаинтересованное разумное лицо не без оснований предположило бы, что упомянутые лица в случае такого спора как раз хотят урегулировать его в суде, указанном в арбитражной оговорке, и отказ от этого привел бы в том числе к проведению двух или нескольких разбирательств с теми же или аналогичными обстоятельствами в разных юрисдикциях и с другими юридически нежелательными последствиями при несоразмерных и лишней затратах сторон и к нецелесообразной трате денег на процессуальные действия. Поэтому предложенный ответчиками чисто формальный подход не должен в силу вышеизложенного, а также в силу буквы и духа применимого права

(а также сегодняшних международных стандартов) быть важнее здравого смысла и правосудия и предоставить ответчикам, которые извлекли материальную выгоду из бизнес-проекта и их недобросовестного поведения при его завершении, возможность извлечь прибыль также и из этого спора. Всё иное было бы пародией на правосудие» (пункт 7.28 решения).

«Соглашение об урегулировании взаимных претензий содержит п. 8.2, который сформулирован следующим образом (на немецком и русском языках):

«8.2 Каждая сторона настоящего Соглашения отвечает за то, чтобы аффилированные с ней лица не заявляли никаких претензий в связи с обстоятельствами и деловыми отношениями, оговоренными в настоящем Соглашении, и признали окончательный характер настоящего Соглашения».

Тем самым каждый из ответчиков принимал на себя обязательство распространить действие арбитражного соглашения на аффилированных с ним лиц, однако, очевидно, что подписавшее лицо не может распространить действие арбитражного соглашения на «посторонних» третьих лиц. При этом, однако, следует признать, что физические лица, которые сами подписали указанное Соглашение, распространили в качестве представителей компаний — с учетом других обстоятельств, установленных по этому делу, а также в силу приведенной выше формулировки арбитражного соглашения, действие арбитражного соглашения на самих себя как на физических лиц, а также на любую контролируемую ими аффилированную компанию, включая материнские компании» (пункт 7.29 - 7.30 Решения).

Установленное опровергает доводы о нераспространении на заинтересованных лиц 2-7 действия арбитражной оговорки.

Доводы заинтересованных лиц о наличии оснований, предусмотренных ст. 233 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, уже являлись предметом рассмотрения в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743 об отмене решения ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019 и были признаны судами всех инстанций несостоятельными.

Из содержания указанного выше определения Арбитражного суда города Москвы по делу № А40-264409/2019-68-1743, все доводы заинтересованных лиц в порядке ст. 239 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации сводятся к следующему:

- Решение не может быть принудительно исполнено, поскольку вынесено в отношении лиц, не являющихся сторонами арбитражной оговорки и возражавших против компетенции арбитража при МТПП;
- Решение не может быть принудительно исполнено, поскольку вынесено по спору, не предусмотренному арбитражной оговоркой;
- Решение не может быть принудительно исполнено, поскольку оно противоречит публичному порядку РФ;
- Вне зависимости от того, продолжал ли арбитраж при МТПП администрировать спор после 31.10.2017 решение не может быть принудительно исполнено, так как спор являлся корпоративным и нарушена процедура арбитража.

Указанные доводы заявлялись заинтересованными лицами в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743 и были признаны судом несостоятельными. Повторное заявление аналогичных доводов обусловлено несогласием с выводами судов, сделанными по результатам рассмотрения требований об отмене решения.

Заинтересованные лица указывают на наличие новых оснований для отказа в выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения.

По мнению заинтересованных лиц, в рамках дела № А40-264409/2019-68-1743 не исследовались доводы о том, что: решение вынесено в отсутствие какого-либо третейского соглашения в отношении заинтересованных лиц 2-7; если бы даже заинтересованные лица Вендланд, Грэц, Хиндерер были сторонами арбитражного соглашения, то оно было бы недействительным, поскольку не была бы соблюдена форма, предусмотренная правом ФРГ для заключения арбитражных соглашений с потребителями; арбитражная оговорка в части ее распространения на заинтересованных лиц 2-7 является ничтожной в силу ст. 169

Гражданского кодекса Российской Федерации (в отзывах заинтересованных лиц указано, что данный довод не был ранее заявлен при рассмотрении дела № А40-264409/2019-68-1743); процедура арбитража не соответствовала закону и соглашению сторон, в частности соглашение нарушено в части применимого регламента, немецкого языка, а также иные нарушения; решение противоречит публичному порядку Российской Федерации; решение противоречит международному публичному порядку; решение вынесено по спору, не предусмотренному арбитражной оговоркой; вне зависимости от того, продолжал ли арбитраж при МТПП администрировать спор после 31.10.2017, решение не может быть принудительно исполнено, поскольку судами общей юрисдикции установлен корпоративный характер спора, рассмотрение которого в порядке ad hoc недопустимо, отсутствовало согласие ответчиков на арбитраж, нарушена процедура арбитража.

Кроме того, заинтересованными лицами заявлено о необходимости исследования и оценки судом протокола судебного заседания 02.09.2021. В Высшем земельном суде Кобленца и Заключения по немецкому праву профессора, доктора Райнхарда Гайера (т. 22 и т. 23 настоящего дела).

В соответствии с ч. 1 ст. 16 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации установлено, что вступившие в законную силу судебные акты арбитражного суда являются обязательными для органов государственной власти, органов местного самоуправления, иных органов, организаций, должностных лиц и граждан и подлежат исполнению на всей территории РФ. При этом в силу ч. 3 ст. 16 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации обязательность судебных актов не лишает лиц, не участвовавших в деле, возможности обратиться в арбитражный суд за защитой нарушенных этими актами их прав и законных интересов путем обжалования указанных актов.

Судебные акты по делу № А40-264409/2019-68-1743 обжаловались заинтересованными лицами в суде кассационной инстанции, а также в Верховном Суде Российской Федерации, и оставлены без изменения.

Подлежит отклонению также довод о нераспространении на них действия арбитражной оговорки в связи с ее не подписанием.

Как следует из материалов дела, спор рассмотренный третейским судом по делу № А-2016/50-АН, возник в связи с нарушениями договорных отношений, возникших между группой юридических и физических лиц.

Соглашение не содержит какого-либо запрета или иного ограничения, не позволяющего применить его нормы к заявителям, а напротив, содержит положения (определение Группы Экес-Гранини, пункт 8.2 Соглашения), расширяющие субъектный состав участников, правоотношения между которым регулируются нормами Соглашения.

Из материалов дела, решения третейского суда следует, что все ответчики по арбитражному решению, заявители в рамках настоящего дела, относятся к одной группе аффилированных лиц – группе Гранини.

В соответствии с положениями Соглашения его действие распространяется на всю группу Гранини (предпоследний абзац стр.2 Соглашения «Группа Экес-Гранини» означает «Экес Гранини ГмбХ &Ко. КГ», Экес Холдинг ГмбХ, «Экес Гранини Нордик Ой Аб» и все компании, аффилированные с ними по смыслу §15 Закона об акциях ФРГ» и пункт 8.2 Соглашения «Каждая Сторона настоящего Соглашения отвечает за то, чтобы аффилированные с ней лица также не заявляли никаких претензий в связи с обстоятельствами и деловыми отношениями, оговоренными в настоящем Соглашении, и признали окончательный характер настоящего Соглашения»).

Арбитраж уделил этому вопросу особенное внимание в решении (стр.544, пункт 7.11), в котором указано «Пункт 8.2 Соглашения определяет, что все стороны Соглашения отвечают за то, что аффилированные с ними лица признают окончательный характер этого соглашения. Поэтому если аффилированными лицами – здесь под таковыми следует понимать и юридических лиц – будут предъявлены требования по вышеуказанным договорам или в связи с его прекращением, то должна будет применяться и арбитражная

оговорка. Ответчики 5, 6 и 7 являются аффилированными предприятиями с ответчиком 4 в соответствии с § 15 Закона Германии об акционерных обществах».

Также в решении отмечено, что заявители (5), (6), (7) являются не просто физическими лицами, они квалифицированные специалисты, во многом действовавшие полностью самостоятельно, в том числе принимая незаконные решения, повлекшие убытки для Хартманна А.Н. и сами исключили компетенцию государственных судов во взаимоотношениях с Хартманном А.Н.

Таким образом, арбитраж, дал толкование условиям Соглашения, принимая во внимание его содержание, действия сторон спора, применив нормы материального права, пришел к выводу, что действие Соглашения распространяется на все юридические и физические лица, аффилированные с подписантами Соглашения и задействованные прямо или косвенно в тех взаимоотношениях, которые возникли у сторон при подписании договорного пакета.

Кроме того, заявителями в материалы дела представлено заключение профессора Бухвица, в котором приведена норма п. 6 ст. 1031 ГПК ФРГ, в соответствии с которой недостаток формы устраняется путем участия в рассмотрении дела в третейском суде по существу.

Как установлено решением арбитров со ссылкой на экспертные заключения, судебную практику и материалы дела в соответствии с применимым немецким правом не исключается распространение арбитражной оговорки на законных представителей юридического лица и аффилированных лиц.

Заинтересованные лица ссылались также на корпоративный характер спора. Однако, как следует из содержания решения, спор носил экономический характер, а не являлся спором между участником общества с самим обществом, связанным с созданием, управлением или участием в юридическом лице, являющемся коммерческой организацией.

Также одним из оснований, изложенным заинтересованными лицами в своих письменных возражениях, по их мнению, является и нарушение публичного порядка Российской Федерации.

Верховный Суд Российской Федерации в п. 51 Постановления Пленума №35 подробным образом указал, что понимается под нарушением публичного порядка, а именно фундаментальные правовые начала (принципы), которые обладают высшей императивностью, универсальностью, особой общественной и публичной значимостью, составляют основу построения экономической, политической, правовой системы Российской Федерации. Для отмены или отказа в принудительном исполнении решения третейского суда по мотиву нарушения публичного порядка суд должен установить совокупное наличие двух признаков: во-первых, нарушение фундаментальных принципов построения экономической, политической, правовой системы Российской Федерации, которое, во-вторых, может иметь последствия в виде нанесения ущерба суверенитету или безопасности государства, затрагивать интересы больших социальных групп либо нарушать конституционные права и свободы физических или юридических лиц.

Применение третейским судом норм иностранного права, не имеющих аналогов в российском праве; неучастие ответчика в третейском разбирательстве; незаявление должником возражений против принудительного исполнения третейского решения сами по себе не свидетельствуют о нарушении публичного порядка Российской Федерации.

Противоречие публичному порядку как основание для отмены решения третейского суда, отказа в приведении в исполнение решения третейского суда применяется судом в исключительных случаях, не подменяя специальных оснований для отказа в признании и приведении в исполнение, предусмотренных международными договорами Российской Федерации и нормами Гражданского процессуального кодекса Российской Федерации и Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

В рассматриваемой ситуации заинтересованными лицами не приведено оснований, свидетельствующих о нарушении публичного порядка.

Ссылки заинтересованных лиц на то, что указанный спор уже бы предметом рассмотрения в рамках дела о банкротстве ООО «Соковая Компания» (Арбитражного суда Кировской области, дело № А28-8586/2012) судом отклоняется, поскольку споры имеют различный субъектный состав, предмет и основание споров также различны. Правовым регулированием спора в рамках дела № А28-8586/2012 являлся ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)».

Также в своих возражениях заинтересованные лица ссылаются на нарушение процедуры арбитража.

Как следует из материалов дела, Арбитраж начал рассматривать указанный выше спор в декабре 2016 года в качестве постоянно действующего Арбитражного суда при МТПП.

В силу ФЗ «Об арбитраже (третейском разбирательстве) в Российской Федерации» с 01.11.2017 продолжил рассматривать данный спор в статусе третейского суда, образованного сторонами арбитража для разрешения конкретного спора (ad hoc) в соответствии с порядком, предусмотренном п. 16 ст. 52 Федерального закона от 29.12.2015 № 382-ФЗ «Об арбитраже (третейском разбирательстве) в Российской Федерации».

В соответствии с п. 16 ст. 52 ФЗ «Об арбитраже (третейском разбирательстве) в Российской Федерации» споры в рамках арбитража, администрируемого постоянно действующим арбитражным учреждением, постоянно действующим третейским судом, утратившими право администрировать спор в соответствии с частью 13 настоящей статьи, продолжают рассматриваться третейским судом, и все функции по администрированию арбитража подлежат выполнению третейским судом как при арбитраже, осуществляемом третейским судом, образованным сторонами арбитража для разрешения конкретного спора, если стороны спора не договорятся об иной процедуре разрешения спора и если арбитражное соглашение не становится неисполнимым.

Рассмотрение дела Арбитражем при МТПП было прекращено 31.10.2017 и оформлено соответствующим постановлением, на которое ссылаются заявители, после этого рассмотрение дела продолжено в формате ad hoc, что следует из текста решения.

Заявляя о нарушении процедуры, заинтересованные лица ссылаются на то, что с 01.11.2017 арбитражные учреждения, не получившие права на осуществление функций постоянно действующего арбитражного учреждения, включая арбитраж при МТПП, не вправе осуществлять функции по администрированию арбитража.

Вместе с тем принципиально важным обстоятельством является момент, когда учреждение утратило право на осуществление функций постоянно действующего арбитражного учреждения.

Так, если сначала учреждение утратило статус ПДАУ, а после этого приняло к производству дело, то действительно имеет место нарушение, о чем свидетельствует судебная практика, представленная заявителями.

Но если учреждение начало рассматривать дело, а в ходе рассмотрения утратило статус ПДАУ, то императивное требование действующего законодательства - продолжить и завершить рассмотрение дела в режиме ad hoc.

Компетенцию суда стороны в установленном законе в государственном арбитражном суде не оспаривали. Соответствующие доводы, которые были изложены ими и при рассмотрении спора по существу, заявили после принятия решения третейским судом при подаче заявления о его отмене.

Заинтересованные лица указывают, что решение нарушает основополагающий принцип российского права, в соответствии с которым исковое заявление может быть удовлетворено только в случае, если истец обладает правом на иск. При этом Хартманн А.Н. не имел право на предъявление искового заявления о взыскании Убытков, якобы причиненных ООО «ГУТТА», так как ООО «ГУТТА» такое право никому не уступало.

Указанный довод сделан в отрыве от обстоятельств дела и выводов, приведенных в оспариваемом решении. Состав арбитража, подтверждая право Хартманна А.Н. на заявление рассмотренного иска, привел соответствующее обоснование (пп. F п. 18 (стр. 582-583)

решения), основанное на конкретных документах. Хартманн А.Н. лично является стороной Соглашения об урегулировании убытков, и иные участники соглашения и аффилированные с ними лица, как следует из решения, приняли на себя обязательства именно перед ним.

В соответствии с регламентом арбитража стороны имели право заявить отвод арбитра, если полагали, что их права нарушаются, чего сделано не было.

По утверждению заявителей состав арбитража проигнорировал многочисленные их просьбы о предоставлении им дополнительного времени на подготовку.

Между тем, все заявители принимали активное участие в арбитражном процессе *ad hoc*, защищали свои права, представляли свои позиции, доказательства и пояснения, а следовательно, такой основополагающий принцип права как право на защиту, не был нарушен. В связи с изложенным отсутствуют основания для вывода о нарушении публичного порядка, который являлся бы основанием для отказа в выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения третейского суда в силу закона.

Кроме того, заинтересованные лица указывают на ничтожность арбитражной оговорки на основании ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации, поясняя, что право каждого на судебную защиту в государственном суде закреплено в ст. 46 Конституции Российской Федерации. Данная норма подлежит применению к Арбитражной оговорке. Хотя состав арбитража применил в оговорке немецкое право, ст. 46 Конституции Российской Федерации подлежит применению к Арбитражной оговорке в силу ст. 1192 Гражданского кодекса Российской Федерации, поскольку право на судебную защиту имеет особое значение, в том числе для обеспечения прав и охраняемых законом интересов участников гражданского оборота.

То есть, как указывают заинтересованные лица, соглашение и содержащаяся в нем оговорка являются ничтожными по ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации в части, лишаящей ответчиков, по их мнению неподписантов, права на суд в государственном суде, и обязывающей ответчиком, по их мнению неподписантов, недобровольно участвовать в третейском разбирательстве.

Представленные доводы заинтересованных лиц, в том числе представленные ими заключения по немецкому праву, не опровергают ни обстоятельства, установленные в рамках дела №А40-264409/2019-68-1743, ни правовые выводы о законности решения *ad hoc*, изложенные в судебных актах по делу №А40-264409/2019-68-1743, а также не могут быть основанием для отказа в выдаче исполнительного листа.

В заключении по немецкому праву профессора, доктора Райнхарда Гайера оцениваются вопросы хода судебного разбирательства в ходе арбитража, порядка применения заключений по немецкому праву профессора Пфайффера, доктора Курзински-Зингер, профессора Асоскова, правил толкования права, примененных экспертами, вопросы проверки решения третейского суда на предмет нарушения права быть заслушанным, гарантируемого абз. 1 ст. 103 Основного закона ФРГ.

Выводы заключения о недостаточном упоминании в решении от 21.05.2019 выводов из юридических заключений, недостаточном, по мнению эксперта, анализа судебной практики, а также его предположения о необеспечении арбитрами «способности к восприятию» позиции ответчиков (п. 110 – 122 указанного заключения), а также о наличии в связи с этим нарушения публичного порядка и международного публичного порядка (*ordre public international*) являются частным мнением составителя заключения, поскольку им не приведены ссылки на конкретные нормы права или судебные решения, в которых указанные обстоятельства признаются основанием для отказа в приведении в исполнение решения третейского суда.

В п. 127 указанного заключения делается вывод, что если бы третейский суд принял к сведению юридические заключения профессора Пфайффера, ему бы вряд ли удалось распространить сферу арбитражной оговорки на всех ответчиков. Помимо того, что вывод сделан как неокончательный, о чем свидетельствуют формулировки «вряд ли», «наверняка», «возможно», необходимо отметить, что заключения профессора Пфайффера учтены в

решении от 21.05.2019 (п.7.26 решения), а сам он допрашивался в качестве эксперта, что не оспаривается сторонами.

Таким образом, суд не усматривает оснований для иных правовых выводов относительно законности решения от 21.05.2019 по указанным выше доводам заинтересованных лиц, отличных от выводов, сделанных судами по делу №А40-264409/2019-68-1743.

Что касается доводов о недействительности арбитражной оговорки по российскому и немецкому праву, суд считает необходимым сделать выводы о следующем.

Заинтересованные лица с 1 по 4 в отзыве заявляют о том, что арбитражная оговорка в части ее распространения на заинтересованных лиц со 2 по 7 является ничтожной по российскому праву.

В обоснование заявления заинтересованные лица с 1 по 4 указывают на то, что в силу ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации сделка, совершенная с целью, заведомо противной основам правопорядка и нравственности, ничтожна и влечет последствия, установленные ст. 167 Гражданского кодекса Российской Федерации. Свою позицию заинтересованные лица 1-4 обосновывают разъяснениями, приведенными в п. 85 Постановления Пленума Верховного Суда Российской Федерации от 23.06.2015 «О применении судами некоторых положений раздела I части первой Гражданского кодекса Российской Федерации», положениями ст.ст. 45, 46 Конституции Российской Федерации, ст. 6 Европейской конвенции (заключена в г. Риме 04.11.1950), а также ст. 1 Гражданского кодекса Российской Федерации.

По мнению заинтересованных лиц 1-4, если согласиться с выводами арбитража, то арбитражная оговорка распространяется на заинтересованных лиц 2-7, то есть между заявителем с одной стороны и заинтересованными лицами 2-7 с другой имеется соглашение (сделка), то такая сделка нарушает основы российского правопорядка, а именно лишает заинтересованных лиц 2-7 права на судебную защиту и рассмотрение спора в компетентном государственном суде, поскольку данные лица никогда не заключали с заявителем никаких соглашений о передаче спора на рассмотрение в третейском суде, а также нарушает принцип автономии воли и свободы договора, поскольку заинтересованные лица 2-7 никогда не выражали своей воли на обязательное для них соглашение об урегулировании взаимных претензий и содержащуюся в нем оговорку.

Заинтересованные лица 5-7 в отзывах указывают на то, что в случае ошибочного распространения арбитражной оговорки на ответчиков-неподписантов, она является ничтожной по российскому праву.

В обоснование своей позиции заинтересованные лица 5-7 ссылаются на ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации и указывают, что сделка, совершенная с целью, заведомо противной основам правопорядка или нравственности, ничтожна и влечет последствия, установленные ст. 167 настоящего Кодекса. В случаях, предусмотренных законом, суд может взыскать в доход Российской Федерации все полученное по такой сделке сторонами, действовавшими умышленно, или применить иные последствия, установленные законом.

Кроме того, заинтересованные лица 5-7 ссылаются на положение ст. 46 Конституции Российской Федерации и указывают, что данная норма подлежит применению к арбитражной оговорке. Хотя состав арбитража применил к Арбитражной оговорке немецкое право, ст. 46 Конституции Российской Федерации подлежит применению к арбитражной оговорке в силу ст. 1192 Гражданского кодекса Российской Федерации, поскольку право на судебную защиту имеет особое значение, в том числе для обеспечения прав и охраняемых законом интересов участников гражданского оборота.

Заинтересованные лица 5-7 считают, что соглашение и содержащаяся в нем арбитражная оговорка являются ничтожными по ст. 169 Российской Федерации в части, лишаящей ответчиков-неподписантов права на суд в государственном суде, и обязывающей ответчиков-неподписантов недобровольно участвовать в третейском разбирательстве.

Изучив доводы заинтересованных лиц суд не усматривает оснований для признания соглашения об урегулировании взаимных претензий и содержащейся в нем арбитражной оговорки ничтожными в части на основании ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации.

Согласно ч. 1 ст. 46 Конституции Российской Федерации каждому гарантируется судебная защита его прав и свобод.

В силу ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации в редакции, действовавшей на дату заключения соглашения об урегулировании взаимных претензий и согласования арбитражного соглашения, сделка, совершенная с целью, заведомо противной основам правопорядка или нравственности, ничтожна. При наличии умысла у обеих сторон такой сделки - в случае исполнения сделки обеими сторонами - в доход Российской Федерации взыскивается все полученное ими по сделке, а в случае исполнения сделки одной стороной с другой стороны взыскивается в доход Российской Федерации все полученное ею и все причитавшееся с нее первой стороне в возмещение полученного. При наличии умысла лишь у одной из сторон такой сделки все полученное ею по сделке должно быть возвращено другой стороне, а полученное последней либо причитавшееся ей в возмещение исполненного взыскивается в доход Российской Федерации.

В силу разъяснений, приведенных в п. 85 Постановления Пленума Верховного Суда РФ от 23.06.2015 № 25 «О применении судами некоторых положений раздела I части первой Гражданского кодекса Российской Федерации» в качестве сделок, совершенных с целью, заведомо противной основам правопорядка или нравственности, могут быть квалифицированы сделки, которые нарушают основополагающие начала российского правопорядка, принципы общественной, политической и экономической организации общества, его нравственные устои. К названным сделкам могут быть отнесены, в частности, сделки, направленные на производство и отчуждение объектов, ограниченных в гражданском обороте (соответствующие виды оружия, боеприпасов, наркотических средств, другой продукции, обладающей свойствами, опасными для жизни и здоровья граждан, и т.п.); сделки, направленные на изготовление, распространение литературы и иной продукции, пропагандирующей войну, национальную, расовую или религиозную вражду; сделки, направленные на изготовление или сбыт поддельных документов и ценных бумаг; сделки, нарушающие основы отношений между родителями и детьми. Нарушение стороной сделки закона или иного правового акта, в частности уклонение от уплаты налога, само по себе не означает, что сделка совершена с целью, заведомо противной основам правопорядка или нравственности. Для применения статьи 169 Гражданского кодекса Российской Федерации необходимо установить, что цель сделки, а также права и обязанности, которые стороны стремились установить при ее совершении, либо желаемое изменение или прекращение существующих прав и обязанностей заведомо противоречили основам правопорядка или нравственности, и хотя бы одна из сторон сделки действовала умышленно. Сделка, совершенная с целью, заведомо противной основам правопорядка или нравственности, влечет общие последствия, установленные статьей 167 Гражданского кодекса Российской Федерации (двусторонняя реституция). В случаях, предусмотренных законом, суд может взыскать в доход Российской Федерации все полученное по такой сделке сторонами, действовавшими умышленно, или применить иные последствия, установленные законом.

Таким образом, заявляя о признании арбитражного соглашения ничтожным по основаниям, предусмотренным ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации, заинтересованные лица должны доказать, что оно совершалась с целью, противной основам правопорядка или нравственности, а также наличие хотя бы у одной из сторон умысла на совершение такой сделки. Наличие умысла должно быть доказано и не может носить предположительный характер.

В ходе рассмотрения настоящего спора судом не выявлено обстоятельств, свидетельствующих об антисоциальном характере арбитражного соглашения, позволяющих применить норму ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации. При этом судом

отмечается, что заинтересованными лицами не представлены доказательства того, что арбитражное соглашение заключалось с целью, противной основам правопорядка или нравственности, а также наличие хотя бы у одной из сторон умысла на совершение такой сделки.

Состав арбитража подробно в пунктах 7.10 - 7.38 Решения обосновал распространение оговорки на всех заинтересованных лиц.

В ходе рассмотрения дела № А40-264409/2019-68-1743 суд по результатам анализа вышеуказанных пунктов Решения постановил, что арбитраж дал толкование условиям соглашения об урегулировании претензий, принимая во внимание его содержание, действия сторон спора, применив нормы материального права, пришел к выводу, что действие соглашения об урегулировании взаимных претензий распространяется на все юридические и физические лица, аффилированные с подписантами соглашения и задействованные прямо или косвенно в тех взаимоотношениях, которые возникли у сторон при подписании договорного пакета.

Спор возник в связи с нарушениями договорных отношений, возникших между группой юридических и физических лиц. Соглашение об урегулировании взаимных претензий, в рамках которого было заключено арбитражное соглашение, не содержало какого-либо запрета или иного ограничения, не позволяющего применить его нормы к заинтересованным лицам, а напротив, содержало положения, расширяющие субъектный состав участников, правоотношения между которым регулируются нормами соглашения.

Именно заинтересованные лица 5-7 предложили заявителю разработанную собственными консультантами конкретные формы договоров (п. 7.31 Решения).

Из изложенного следует, заинтересованные лица, являясь сильной стороной, составившей соглашения с заявителем, выступали инициаторами передачи спора на рассмотрение третейского суда, отказавшись от компетенции государственных судов. Обратных доказательств материалы дела не содержат.

В то же время материалами дела подтверждается, что все заинтересованные лица стали участниками третейского разбирательства, принимали в нем активное участие, защищали свои права, представляли свои позиции, доказательства и пояснения, а следовательно, такой основополагающий принцип права как право на защиту, нарушен не был.

При указанных обстоятельствах доводы заинтересованных лиц о ничтожности соглашения об урегулировании взаимных претензий и содержащейся в нем арбитражной оговорки на основании ст. 169 Гражданского кодекса Российской Федерации являются необоснованными и недоказанными. А учитывая момент, когда со стороны заинтересованных лиц заявлено о ничтожности арбитражного соглашения, суд полагает, что соответствующее заявление сделано исключительно с целью ухода от ответственности и недобросовестного уклонения от исполнения решения.

Оценивая довод о недействительности арбитражной оговорки по немецкому праву, суд приходит к выводу об отсутствии оснований для признания ее недействительной.

Недействительность оговорки по немецкому праву мотивирована наличием у заинтересованных лиц 5-7 статуса потребителей по смыслу пункта 5 параграфа 1031 Гражданского процессуального кодекса Германии, параграфа 13 Германского гражданского уложения со ссылкой на правовую позицию, изложенную в заключении по немецкому праву, подготовленном В. Бухвицем.

В то же время указанные лица не являются потребителями, поскольку спорное соглашение с их участием было заключено в рамках урегулирования правоотношений в сфере предпринимательской и экономической деятельности на территории Российской Федерации.

В определении Арбитражного суда г. Москвы от 21.08.2020 по делу № А40-264409/2019-68-1743 установлено, что третейский суд, учитывая анализ принятой в 1993 г. Директивы Совета №93/13/EWG о недопустимых оговорках в потребительских договорах, а также анализ немецких законодательных норм и судебной практики Верховного

федерального суда, дополнительно установил, что ответчики по данному делу не являлись более слабой стороной по сравнению с истцом. Напротив, ответчики представляют собой в данных правоотношениях явно экономически доминирующую и искушенную в вопросах немецкого права и международной деловой практике сторону (стороны), и, как уже неоднократно упоминалось, они были теми, кто предложил истцу разработанную их консультантами правовую модель бизнес-процессов, включая конкретные формулировки договора.

Более того, в указанном определении Арбитражного суда г. Москвы от 21.08.2020 по делу № А40-264409/2019-68-1743 установлено, что: «Кроме того, заявителями в материалы дела представлено заключение профессора В. Бухвица, в котором приведена норма п. 6 ст. 1031 ГПК ФРГ, в соответствии с которой недостаток формы устраняется путем участия в рассмотрении дела в третейском суде по существу.

Как установлено решением арбитров со ссылкой на экспертные заключения, судебную практику и материалы дела в соответствии с применимым немецким правом не исключается распространение арбитражной оговорки на законных представителей юридического лица и аффилированных лиц».

Доводов, опровергающих данные выводы, в рамках настоящего дела не представлено, в связи с чем у суда отсутствуют основания для применения п. 2 ч. 3 ст. 239 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

Как было установлено Арбитражным судом города Москвы по делу № А40-264409/2019-68-1743, «Кроме того, финансовый управляющий обратил внимание на то, что определением Арбитражного суда г. Москвы от 10 марта 2020 года по делу №А40-233232/2019 в отношении Хартманна А.Н. введена процедура банкротства - реструктуризация долгов гражданина. На текущий момент требования заявили десять кредиторов, в том числе налоговый орган с требованиями на сумму более 5 миллионов рублей.

Очевидно, что указанная ситуация свидетельствует, во-первых, о том, что рассмотрение настоящего спора имеет публичный характер, а результат рассмотрения затронет права кредиторов Хартманна А.Н., а, во-вторых, о том, что у Хартманна А.Н. отсутствуют денежные средства для повторного проведения судебного процесса или процессов о взыскании долга с заявителей. А именно на это, по сути, направлены их требования с целью создания необходимости для Хартманна заново обращаться за защитой своих прав в иные судебные инстанции, в том числе в иностранных юрисдикциях.

При этом очевидно, что новое рассмотрение того же самого дела (или дел) в иностранных юрисдикциях противоречит интересам кредиторов и уполномоченного органа, а также публичному характеру дела о банкротстве».

Все многочисленные отзывы и доводы заинтересованных лиц изложенные в ходе рассмотрения заявления сводятся с несогласием решения третейского суда и выводами изложенными в нем по итогам рассмотрения, кроме того возражения в рамках данного заявления в основной своей массе повторяют доводы заинтересованных лиц которые приводились ими в рамках рассмотрения дела № А40-264409/19-68-1743 и направлены на переоценку решения третейского суда и определения Арбитражного суда г. Москвы от 21.08.2020г. по делу А40-264409/19-68-1743, вступившего в законную силу и оставленного без изменения всеми вышестоящими судами. Иные доводы изложенные в письменных позициях заинтересованных лиц суд рассмотрел, однако не может признать их обоснованными. Отсутствие в мотивировочной части выводов, касающихся оценки каждого заявленного довода, не свидетельствует о том, что они не были исследованы и оценены судом в рамках рассмотрения заявления о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019 в редакции определения арбитров от 10.09.2019.

Также суд отмечает согласованные действия заинтересованных лиц, и то, что они входят в одну группу как установлено в рамках третейского разбирательства и отражено в решении ad hoc (п. п. 7.17, 7.18, 7.23 решения, т.7 л.д. 145).

В компетенцию арбитражного суда не входит проверка правильности применения третейским судом норм материального или процессуального права и оценка имеющихся в деле доказательств, подтверждающих наличие того или иного обстоятельства.

В пункте 12 Информационного письма Президиума Высшего Арбитражного Суда Российской Федерации от 22.12.2005 № 96 «Обзор практики рассмотрения арбитражными судами дел о признании и приведении в исполнение решений иностранных судов, об оспаривании решений третейских судов и о выдаче исполнительных листов на принудительное исполнение решений третейских судов» указано, что при рассмотрении заявления об отмене решения третейского суда арбитражный суд не вправе пересматривать решение по существу. При исследовании материалов дела арбитражный суд ограничивается установлением наличия или отсутствия оснований для отмены решения третейского суда, предусмотренных статьей 233 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, а также исследованием совокупности представленных в обоснование требований доказательств, не допуская переоценки по сути конкретных обстоятельств дела.

Аналогичные положения закреплены в пункте 44 постановления Пленума Верховного Суда РФ от 10.12.2019 № 53 «О выполнении судами Российской Федерации функций содействия и контроля в отношении третейского разбирательства, международного коммерческого арбитража».

Переоценка доказательств, иное толкование условий договоров применительно к фактическим отношениям сторон недопустимо в силу действующего законодательства при рассмотрении арбитражными судами заявлений в порядке главы 30 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации. Нарушений общепризнанных принципов и норм права, публичного порядка Российской Федерации, как указано выше, при рассмотрении заявлений не установлено.

Таким образом, исходя из вышеизложенного, правовых оснований для отказа в выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Шварц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019 не установлено.

Расходы по уплате государственной пошлины по заявлению в силу ст. 110 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации подлежат возложению на заинтересованных лиц.

На основании изложенного и руководствуясь ст. ст. 110, 236-240 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации, суд

ОПРЕДЕЛИЛ:

Заявления заинтересованных лиц о приостановлении производства по заявлению, о прекращении производства по заявлению - оставить без удовлетворения.

Заявление гражданина ФРГ Акселя Нильса Хартманна о выдаче исполнительного листа на принудительное исполнение решения арбитражного решения по арбитражному разбирательству ad hoc в Москве по делу № А-2016/50-АН от 21.05.2019, арбитры: М.Ю. Савранский, Др. Йенс Поттен, Михаэль Шварц, в редакции определения арбитров от 10.09.2019 удовлетворить.

Выдать исполнительный лист.

Взыскать солидарно с 2.ЭрХаВэ Фервальтунгс ГмбХ, Экеc-Гранини Интернешнл ГмбХ, Экеc-Гранини Груп ГмбХ, Экеc АГ, Томаса Хиндерера, Ральфа Вендланда, Вальтера Альберта Франца Грэца в пользу Акселя Нильса Хартманна 3 000 руб. расходов по оплате госпошлины.

Определение может быть обжаловано в Арбитражный суд Московского округа в течение месяца со дня его вынесения.

Судья

Р.Е. Галиева

Электронная подпись действительна.

Данные ЭП: Удостоверяющий центр ФГБУ ИАЦ Судебного
департамента
Дата 07.04.2021 8:35:50
Кому выдана Галиева Рената Евгеньевна